

■ WACHSTUMSABSCHWÄCHUNG IN ÖSTERREICH SEIT DEM SOMMER 1998

Das Jahr 1998 verlief für Österreichs Wirtschaft sehr erfolgreich (BIP +3,3%). Im 1. Halbjahr gingen die Wachstumspulse vom Exportboom aus. Bedingt durch die internationale Finanzkrise verlangsamte sich der Exportanstieg jedoch im Frühherbst beträchtlich. Da die im Jahresverlauf verstärkte Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte den Nachfrageausfall aus dem Ausland nur teilweise ausglich, kühlte sich die Konjunktur im 2. Halbjahr ab. Der Verfall der Rohstoff- und Erdölpreise ließ die Inflationsrate auch 1998 weiter zurückgehen. Die günstige Wirtschaftsentwicklung zeigte sich auch in einem kräftigen Anstieg der Beschäftigung. Wegen einer gleichzeitigen Erhöhung des Arbeitskräfteangebotes nahm die Arbeitslosigkeit jedoch abermals leicht zu.

Der Konjunkturaufschwung des Jahres 1997 hielt in der ersten Hälfte 1998 an. Eine überaus rege Auslandsnachfrage bestimmte die Entwicklung im 1. Halbjahr. Die zweistellige Zuwachsrate der Exporte ließ die Sachgüterproduktion deutlich expandieren. Auch die Investitionen konnten in diesem günstigen Umfeld beträchtlich ausgeweitet werden, die Bauinvestitionen profitierten sowohl vom milden Wetter im I. Quartal als auch von einem Boom im Sanierungsbau.

Während die lebhaftere Auslandsnachfrage Österreichs Wirtschaft im 1. Halbjahr noch kräftig wachsen ließ, kühlte sich die Konjunktur im III. Quartal ab. Die durch die internationale Finanz- und Währungskrise verursachte Dämpfung der Auslandsnachfrage bremste das Wachstum der Warenexporte erheblich. Der überaus guten Entwicklung im österreichischen Tourismus ist es zuzuschreiben, daß sich der Leistungsbilanzsaldo im Jahr 1998 wieder verbesserte. Die Deviseneinnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr stiegen gegenüber dem Vorjahr um 8 Mrd. S.

Etwas verhalten zeigte sich 1998 der Konsum der privaten Haushalte, obwohl sich das Ausgabenwachstum im Jahresverlauf stetig beschleunigte. Die Folgen der Exportschwäche für das BIP wurden dadurch gemildert. Die leichte Erholung der privaten Konsumausgaben ging auf die Zunahme der verfügbaren Einkommen gegenüber dem vom Sparpaket geprägten Jahr 1997 und auf den außer-

Entstehung des realen Bruttoinlandsproduktes

	1994	1995	1996	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Land- und Forstwirtschaft Bergbau ¹⁾	+ 5,0	- 3,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 4,9
Sachgütererzeugung	- 8,4	+ 4,1	- 2,5	- 8,5	+ 1,4
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,2	+ 0,9	+ 1,3	+ 5,3	+ 5,1
Bauwesen	- 2,1	+ 4,8	+ 2,2	+ 4,6	+ 1,7
Handel ²⁾	+ 7,6	+ 0,0	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 1,3	+ 6,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,1	+ 3,4
Kredit- und Versicherungswesen	+ 3,9	- 1,2	+ 6,7	+ 4,7	+ 5,3
Realitätenwesen ³⁾	- 8,7	+ 5,6	+ 2,3	+10,5	+ 3,2
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,2
Öffentliche Dienste	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,8	+24,3	+ 2,7
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	+ 2,2	+ 0,7	+ 0,6	-11,4	+ 1,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+ 4,7	+ 1,1	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,3
Ohne Land- und Forstwirtschaft	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3
Primärsektor	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,2
Sekundärsektor	+ 5,0	- 3,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 4,9
Tertiärsektor	+ 3,4	+ 1,2	+ 1,7	+ 4,3	+ 4,3
	+ 0,9	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,7

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogener Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich häuslicher Dienste. – ⁵⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

ordentlich niedrigen Anstieg der Verbraucherpreise zurück. Gleichzeitig sparten die privaten Haushalte mehr.

Die zur Erreichung der Maastricht-Kriterien forcierte Verringerung des öffentlichen Defizits von 3,7% des BIP 1996 auf 1,9% 1997 setzte sich 1998 nicht fort. Trotz guter Konjunkturlage stieg der Finanzierungssaldo leicht auf -2,1% des BIP.

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums hatte auch positive Auswirkungen auf die Arbeitskräftenachfrage. Im Jahr 1998 erhöhte sich die Zahl der unselbstständig Beschäftigten (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld und Präsenzdienere) um 29.800. Allerdings ist ein Großteil dieser Entwicklung auf die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungssektor zurückzuführen. Die Zunahme der Arbeitskräftenachfrage hielt mit der des Angebotes nicht Schritt, sodaß sich die Arbeitslosenquote auch 1998 leicht erhöhte.

Der Anstieg der Verbraucherpreise war 1998 mit +0,9% so niedrig wie zuletzt vor 43 Jahren. Hatten 1997 hauptsächlich die verzögerten Effekte des EU-Beitritts für geringe Preissteigerungen gesorgt, so übte 1998 der internationale Verfall der Erdöl- und Rohstoffpreise einen dämpfenden Einfluß aus. Auch die durch Liberalisierungen auf dem heimischen Markt (Strom, Telekommunikation) induzierten Preissenkungen trugen aber dazu bei, den allgemeinen Preisanstieg in engen Grenzen zu halten.

Im internationalen Vergleich liegt Österreich mit einem Wirtschaftswachstum von 3,3% 1998 im Spitzenfeld der EU-Länder. Das reale BIP expandierte um rund ½ Prozentpunkt rascher als im EU-Durchschnitt und auch in Deutschland, wo sich vor allem Bauwirtschaft

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

	1994	1995	1996	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Privater Konsum	+ 1,8	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,7
Öffentlicher Konsum	+ 2,5	- 0,0	+ 0,6	- 3,9	+ 1,3
Bruttoanlageinvestitionen Ausrüstungen netto ¹⁾	+ 8,4	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,9
Bauten netto ¹⁾	+11,0	+ 1,2	+ 3,3	+ 5,0	+ 7,7
Inländische Endnachfrage Lagerbildung in Prozentpunkten ²⁾	+ 7,0	+ 0,7	+ 2,4	+ 1,3	+ 3,0
	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 2,5
Mrd. S ³⁾	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,4	+ 0,2
	6,1	6,2	3,9	26,8	29,4
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,6
Exporte i. w. S.	+ 5,6	+ 6,5	+ 6,9	+10,1	+ 8,2
Importe i. w. S.	+ 8,3	+ 7,0	+ 6,3	+ 8,7	+ 6,9
Außenbeitrag in Prozentpunkten ²⁾	- 1,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3

¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer. – ²⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes. – ³⁾ Zu Preisen von 1983.

und Tourismus ungünstiger entwickelten als in Österreich.

EXPORTWACHSTUM IM JAHRESVERLAUF
VERLANGSAMT

Der 1997 einsetzende Exportboom fand Mitte 1998 aufgrund der internationalen Finanz- und Währungs-krise ein jähes Ende. Im August wies die Außenhandelsstatistik des ÖSTAT ein nominelles Wachstum von 7½% gegenüber dem Vorjahr aus, im September von nur noch 4½%. Vor allem in die Krisenregionen Südostasien, Japan und Rußland wurde weniger geliefert als im Vorjahr. Der in den letzten Jahren beobachtete Nachfragesog aus Ost-Mitteuropa wurde durch die Abschwächung des Wirtschaftswachstums in diesem Raum etwas eingedämmt. Die Bedeutung der westeuropäischen Absatzmärkte für Österreichs Exportwirtschaft nahm damit nach langer Zeit wieder zu.

1998 stieg die Warenausfuhr real um etwa 7¾%, halb so rasch wie 1997. Hingegen nahmen die Reiseverkehrsexporte mit real +3,8% erstmals wieder kräftig zu, sodaß sich das Leistungsbilanzdefizit 1998 nach vorläu-

Verwendung des nominellen verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens

	1998	1998
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	2.622,6	+4,3
Minus Exporte i. w. S. ¹⁾	1.151,6	+8,2
Plus Importe i. w. S. ²⁾	1.145,6	+6,2
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	2.616,7	+3,5
Privater Konsum	1.449,8	+2,6
Öffentlicher Konsum	493,4	+3,2
Bruttoanlageinvestitionen	628,0	+5,4
Ausrüstungen	237,7	+8,3
Bauten	353,7	+3,4
Mehrwertsteuer für Investitionen	36,6	.
Lagerveränderung und Statistische Differenz	45,4	.

¹⁾ Einschließlich Transitsaldo und Adjustierungen. – ²⁾ Einschließlich Adjustierungen.

Das Volkseinkommen und seine Verteilung 1998

	Zu laufenden Preisen Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr In %
Bruttoinlandsprodukt	2.622,6	+4,3
Faktoreinkommen aus dem/ an das Ausland	- 2,4	.
Bruttonationalprodukt	2.620,2	+4,3
Minus Abschreibungen	369,0	+7,2
Nettonationalprodukt	2.251,2	+3,9
Minus indirekte Steuern ¹⁾	426,1	+3,5
Plus Subventionen ¹⁾	72,4	-1,5
Volkseinkommen	1.897,4	+3,8
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit	1.311,2	+3,4
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung und unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	710,5	+5,9
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung abzüglich Zinsen für die Staatsschuld und Konsumentenschulden	- 124,3	.

¹⁾ Einschließlich Transfers an/von EG-Institutionen.

figen Berechnungen von 61,4 Mrd. S 1997 auf knapp 52 Mrd. S (2% des BIP) verringerte.

Der Strukturwandel im heimischen Tourismus und die Steigerung der preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit ermöglichten sowohl eine Ausweitung der Nächtigungszahlen als auch eine Einnahmenerhöhung durch Qualitäts- und Strukturverbesserungen. Der deutlichste Anstieg war im Städtetourismus zu beobachten, der von Österreichs Ratsvorsitz in der EU und dem Wiener Gipfel zusätzlich profitierte. Auch im Wintertourismus ergaben sich wieder Zuwächse. Die Reiseverkehrsbilanz wurde jedoch nicht nur von der Einnahmenseite her verbessert: Im Jahr 1998 verbrachten die Österreicher ihren Urlaub vermehrt im Inland. Auch hier dürfte ein wichtiger Grund die Verbesserung der preisbestimmten und strukturellen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs sein.

INLANDSNACHFRAGE WIRD ZUR KONJUNKTURSTÜTZE

Nach dem nominellen Rückgang der Nettomasseneinkommen um 1,1% im Jahr 1997 aufgrund der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte war 1998 wieder ein Anstieg um 2,9% zu verzeichnen. In der Folge lagen die Konsumausgaben der privaten Haushalte real um 1,7% über dem Niveau des Vorjahres. Die verfügbaren persönlichen Einkommen stiegen um 3,6%, sodaß neben der Konsumausweitung auch eine Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte auf 8,3% möglich war. Trotz der fiskalischen Restriktionen hatten die Haushalte 1997 nicht mit Angstsparen reagiert, sondern ihre Spartätigkeit sogar eingeschränkt; die Sparquote war dadurch mit 7,4% deutlich unter ihren langjährigen Durchschnitt gesunken. 1998 erhöhte sie sich wieder und näherte sich ihrem langfristigen Niveau. Die im Laufe des Jahres zunehmende Ausweitung des privaten Konsums lieferte einen wichtigen Beitrag zur Stützung der Konjunktur, als Mitte des Jahres die Exportnachfrage abrupt an Dynamik verlor.

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1994	1995	1996	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Arbeitsmarktangebot					
Erwerbspersonen ¹⁾	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,4	+ 1,0
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5	+ 1,1
Arbeitslosenquote	in % 6,5	6,6	7,0	7,1	7,2
Arbeitsmarktnachfrage					
Erwerbstätige ³⁾	+ 0,1	- 0,3	- 0,6	+ 0,1	+ 0,9
Unselbständig Beschäftigte (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld)	+ 0,5	+ 0,0	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0
Beschäftigte in der Sachgütererzeugung	.	.	- 3,0	- 1,4	+ 0,1
Ausländische Arbeitskräfte	+ 4,9	+ 3,2	+ 0,0	- 0,5	- 0,1
Geleistete Arbeitszeit in der Industrie	+ 1,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Erwerbsquote (brutto) ⁴⁾	in % 45,7	45,4	45,2	45,3	45,6
Erwerbsquote ⁵⁾	in % 67,8	67,5	67,2	67,2	67,6
Arbeitsstückkosten					
Gesamtwirtschaft ⁶⁾	+ 1,4	+ 1,8	- 0,7	- 1,3	+ 0,2
Industrie	- 3,6	- 0,6	- 1,0	- 5,0	- 3,5
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3

¹⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld), Selbständige und Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld) und Arbeitslose. – ³⁾ Selbständige und Unselbständige (laut Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). – ⁴⁾ Unselbständige, Selbständige und Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. – ⁵⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. – ⁶⁾ Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit in % des BIP, real.

Die günstige Wirtschaftsentwicklung in der ersten Jahreshälfte schuf ein gutes Investitionsklima, die Bruttoanlageinvestitionen wurden 1998 real um 5% ausgeweitet. Die Hauptimpulse gingen von den Ausrüstungsinvestitionen aus – diese erhöhten sich real um 7³/₄%. Trotz der Krise im Hoch- und Tiefbau ergab sich auch für die Bauinvestitionen ein beträchtlicher Anstieg (+3%). Das milde Wetter sowie die Aufarbeitung eines – durch die Restriktionen zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien verursachten – Rückstaus von Tiefbauaufträgen hatten insbesondere im I. Quartal eine lebhaftere Bautätigkeit zur Folge. Während sich der Hochbau (vor allem der Wohnungsneubau) sehr ungünstig entwickelte, boomte der Sanierungsbau. Gegen Jahresende schwächte sich jedoch, besonders aufgrund des schlechten Wetters, die Bauproduktion merklich ab. Die Bauinvestitionen sanken, und in der Folge wurde die Baubeschäftigung verringert.

BUDGETDEFIZIT WIEDER LEICHT GESTIEGEN

Unter dem Druck der Maastricht-Kriterien erfolgte 1997 eine überaus erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. 1998 war hingegen wieder ein leichter Anstieg des Defizits von 1,9% auf 2,1% des BIP zu beobachten. Aufgrund der Abschwächung des Mehrwertsteueraufkommens entwickelten sich die Einnahmen aus indirekten Steuern nur mäßig. In den vergangenen Jahren waren zudem Einmaleffekte zum Tragen gekommen, welche 1998 nicht mehr wirkten. Im Vorfeld der EWU-Teilnahme konvergierten die langfristigen Zinssätze in der Euro-Zone gegen ein Niveau von rund 4%. Vor Jahresende senkten auch die Notenbanken der bisherigen Weichwährungsländer ihre kurzfristigen Zinsen. Am 31. Dezember wurden die Wechselkurse der Teilneh-

Preise und Einkommen

	1994	1995	1996	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Verbraucherpreise	+ 3,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,9
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,0
Exportpreise, Waren	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,1	- 0,0
Importpreise, Waren	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,3	- 1,5
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis ¹⁾)	+ 3,2	- 3,2	+ 8,5	+13,2	-21,3
Terms of Trade					
Waren und Dienstleistungen	+ 0,3	- 0,1	- 0,9	- 1,1	+ 0,7
Waren	+ 0,0	+ 0,5	- 0,5	- 0,3	+ 1,5
Lohn- und Gehaltssumme ²⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 3,6
Je Beschäftigten	+ 3,3	+ 3,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,6
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 6,1	+ 4,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,6
Sparquote ³⁾ in %	10,0	9,8	7,8	7,4	8,3

¹⁾ HWWA-Index. - ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. - ³⁾ Sparen (verfügbares persönliches Einkommen minus privater Konsum) in % des verfügbaren persönlichen Einkommens.

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1994	1995	1996	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Exporte, Waren					
Nominell	+ 9,7	+13,2	+ 5,5	+16,8	+ 7,8
Real	+ 8,7	+12,1	+ 5,4	+15,6	+ 7,8
Importe, Waren					
Nominell	+ 11,3	+ 6,2	+ 6,7	+10,9	+ 6,8
Real	+ 10,4	+ 5,7	+ 6,1	+ 9,4	+ 8,4
Terms of Trade	+ 0,0	+ 0,5	- 0,5	- 0,3	+ 1,5
Handelsbilanz	Mrd. S -116,4	-88,0	-100,6	-75,2	-73,2
In % des BIP	- 5,2	- 3,8	- 4,2	- 3,0	- 2,8
Leistungsbilanz ¹⁾	Mrd. S - 33,1	-54,0	- 52,3	-61,4	-51,6
In % des BIP	- 1,5	- 2,3	- 2,2	- 2,4	- 2,0

Q: ÖSTAT, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ Laut OeNB (Accrual-Basis); 1998: WIFO-Schätzung.

merländer zum Euro unwiderruflich fixiert. Ein Euro entspricht demnach 13,7603 S. Mit der Teilnahme an der EWU steht den einzelnen Ländern das Instrument einer eigenständigen Währungs- und Zinspolitik nicht mehr zur Verfügung. An die Stelle des von der OeNB fixierten Lombard- und Diskontsatzes tritt damit der von der EZB festgesetzte Referenz- und Basiszinssatz.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM ERMÖGLICHT BESCHÄFTIGUNGS-AUSWEITUNG

Die gute Wirtschaftsentwicklung zeigte 1998 auch positive Wirkungen auf die Arbeitskräftenachfrage. So erhöhte sich im Jahresdurchschnitt die Zahl der Beschäftigten um rund 30.000 (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld und Präsenzdienner) und lag damit um 1% über dem Vorjahresniveau. Nachdem der Sachgüterbereich 1997 seinen Beschäftigtenstand nicht weiter reduziert hatte, war 1998 eine geringe Personalaufstockung zu beobachten. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich der Trend zur Ausgleichung von Auftragsspitzen durch Leihpersonal weiterhin verstärkte. Am stärksten nahm die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich zu, doch dürfte ein Großteil der Ausweitung auf Teilzeitarbeitsplätze entfallen sein.

Trotz der Beschäftigungszunahme stieg die Arbeitslosenquote weiter. 1998 betrug sie im Jahresdurchschnitt (nach traditioneller österreichischer Berechnung) 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen. Dies ist mit einer überproportionalen Zunahme des Arbeitskräfteangebotes (+1,1%) zu erklären. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Einerseits erhöhten institutionelle Sondereffekte, wie die Verkürzung der Dauer des Karenzurlaubsgeldbezugs um ein halbes Jahr und die Erschwerung des Zugangs zur Frühpension, das Arbeitskräftepotential; andererseits ermutigte die günstige Konjunkturlage auch Arbeitskräfte, welche bisher dem Arbeitsmarkt ferngeblieben waren, sich um eine Anstellung zu bewerben. Zugleich nahm aber die Zahl der offenen Stellen weiter zu.

INFLATIONSRATE 1998 ANHALTEND RÜCKKLÄUFIG

Auch 1998 hielt der europaweite Trend einer Verlangsamung des Preisauflriebs an. Im Jahresdurchschnitt wurde in Österreich eine Inflationsrate von nur noch 0,9% registriert, die geringste seit 1955. Angesichts von Verzerrungen in der Inflationsmessung kann das als Preisstabilität gewertet werden. Am stärksten verbilligte sich „Beleuchtung- und Beheizung“ (-2%); der Verfall der Rohölpreise spielte eine entscheidende Rolle. In der Gruppe Verkehr sank das Preisniveau ebenfalls deutlich. Verteuerungen waren im Bereich der Dienstleistungen und der Wohnungskosten zu verzeichnen. Die Inflationsrate hatte während des gesamten Jahres abnehmende Tendenz. Die Impulse dafür kamen nicht nur aus dem Ausland, sondern auch von Verbilligungen im Inland in der Folge der Verschärfung des Wettbewerbs durch Liberalisierungsschritte. So wurden etwa Telefongespräche und Versicherungsdienstleistungen gegenüber dem Vorjahr billiger.

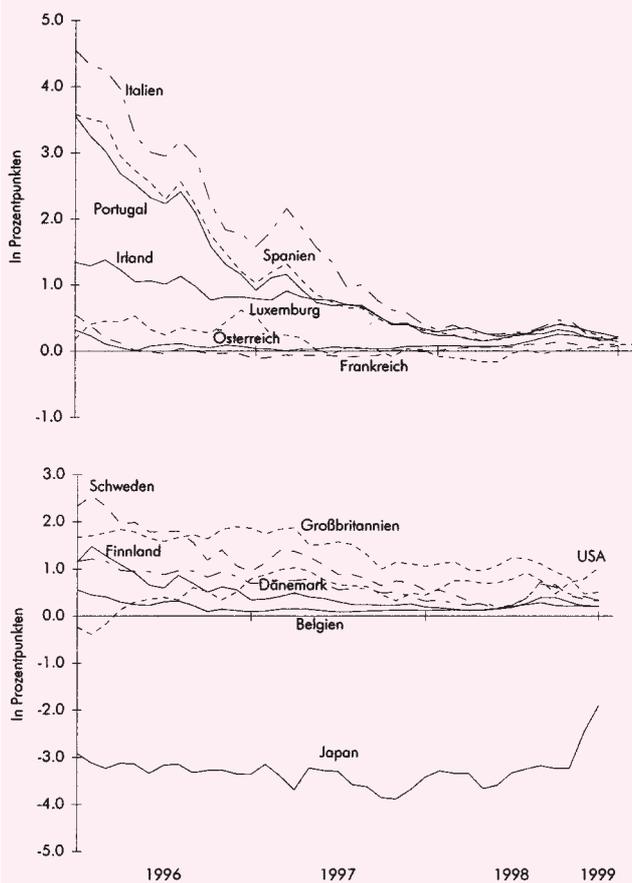
Nachdem die Nettoreallöhne pro Kopf 1997 um 1¼% zurückgegangen waren, war 1998 wieder eine Zunahme um 1¾% zu verzeichnen. Neben den höheren Tariflöhnen (+2¼%; die Steigerung war damit um etwa ½ Prozentpunkt höher als 1997) war auch die niedrige Inflationsrate für diesen Anstieg maßgebend. Da die Produktivität in der Gesamtwirtschaft etwa im gleichen Ausmaß wie die Tariflöhne zunahm, blieben die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Marcus Scheiblecker
Statistik: Christine Kaufmann

REIBUNGSLOSER START DER EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION

Die langfristigen Zinssätze konvergierten in den EU-Staaten bis Mitte 1998 zum weiterhin sinkenden deutschen Niveau. Als Gründe für diese Entwicklung lassen sich sehr hohe Preisstabilität, hohes Marktvertrauen in das Zustandekommen der Europäischen Währungs-

Zinssatzdifferenzen zu Deutschland für langfristige Staatsanleihen

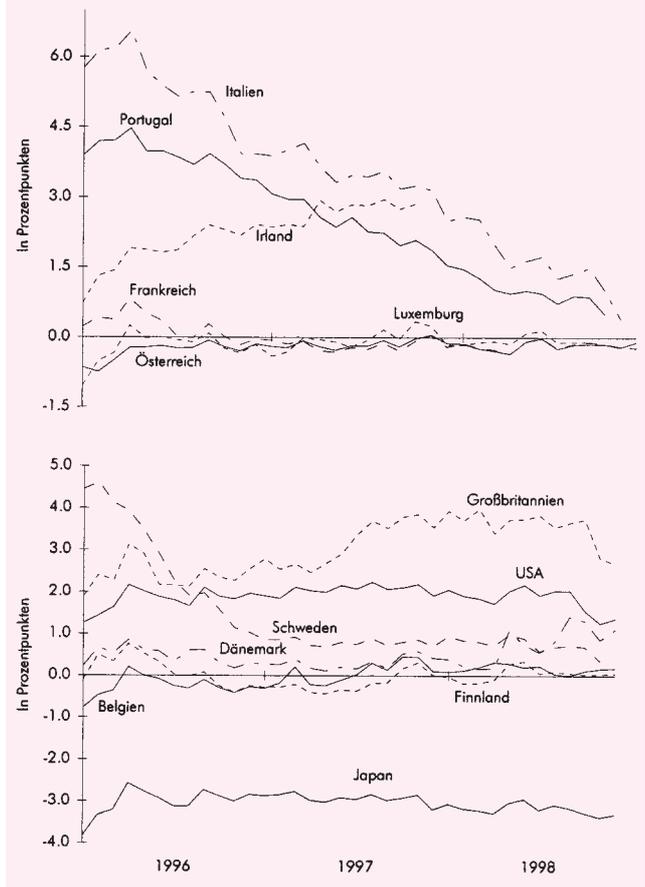


union (EWU) und der verringerte Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte im Zuge der europaweiten Budgetkonsolidierung anführen. Mit dem Ausbruch der Rußlandkrise verschoben internationale Investoren ihre Wertpapierhaltung hin zu den sichersten und liquidesten Wertpapieren innerhalb der Industrieländer – was den Zinsrückgang begünstigte¹⁾.

Die Sekundärmarktrendite von Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren verringerte sich im Jahresdurchschnitt auf 4,7% (1997 5,7%). Der Zinsabstand zu Deutschland betrug im Durchschnitt 14 Basispunkte und hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas ausgeweitet. Die Sekundärmarktrendite für den gesamten Rentenmarkt sank im Jahresdurchschnitt um 0,4 Prozentpunkte auf 4,4%. Der vom WIFO verwendete Indikator für die Prime Rate – die Untergrenze der Bandbreite für Kommerzkredite – entwickelte sich auch 1998 parallel zur

¹⁾ Einen kurzen Überblick zur Rußlandkrise 1998 geben Baumgartner, J., Marterbauer, M., Stankovsky, J., „Außenhandel der EU merklich gebremst, zunehmende Impulse von der Binnennachfrage. Wirtschaftstendenzen in der EU 1998“, in diesem Heft. Eine detaillierte Analyse der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Rußlandkrise findet sich in International Monetary Fund, World Economic Outlook and International Capital Markets, Interim Assessment, Washington D.C., 1998.

Zinssatzdifferenzen zu Deutschland für Taggeldsätze



Sekundärmarktrendite und ging im Jahresdurchschnitt um 0,4 Prozentpunkte auf 5,1% zurück.

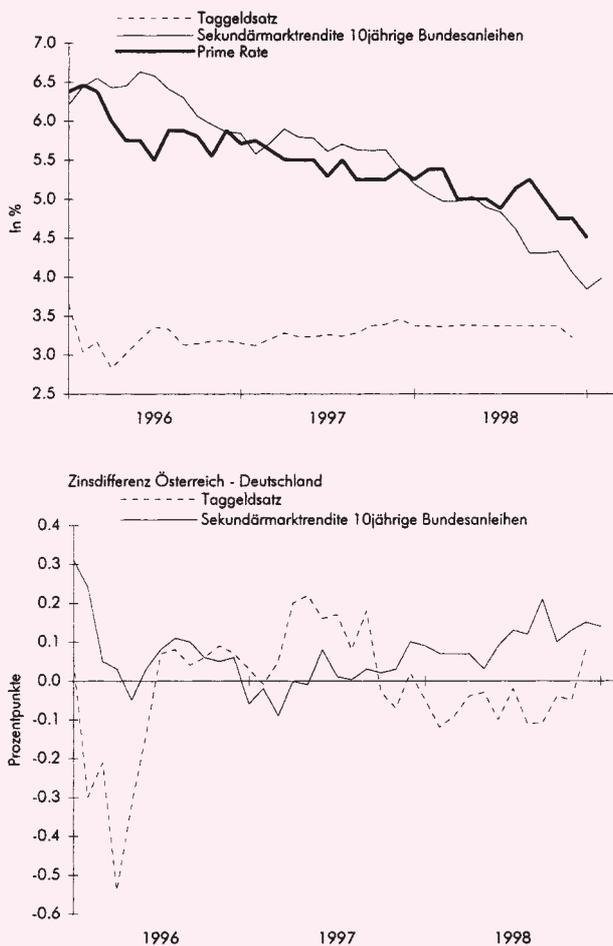
Infolge der drei Zinssenkungsschritte der Fed im Herbst 1998 (um jeweils $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt) sank das kurzfristige Zinsniveau in den USA deutlich. Dadurch verringerte sich auch das kurzfristige Zinsdifferential zu Deutschland von durchschnittlich 2,1 Prozentpunkten in den ersten drei Quartalen auf 1,6 Prozentpunkte im IV. Quartal.

Waren die kurzfristigen europäischen Zinssätze (Taggeldsätze) 1997 vor allem an der Peripherie des geplanten Euro-Währungsgebietes noch deutlich vom deutschen Niveau abgewichen, so konvergierten sie – durch akkomodierte Zinssenkungen der nationalen Notenbanken – bis Ende 1998 zu einem einheitlichen Niveau. Die Deutsche Bundesbank setzte im Dezember 1998 einen Zinssenkungsschritt: Der Tendersatz für Wertpapierpensionsgeschäfte wurde um 0,3 Prozentpunkte auf 3,0% zurückgenommen, wodurch das kurzfristige Zinsniveau in Europa weiter sank²⁾.

Im Jahresdurchschnitt betrug der österreichische Taggeldsatz 3,4%; er war bis zum Dezember um bis zu

²⁾ Diese Zinssatzänderung wurde von der OeNB nachvollzogen, der Tendersatz wie auch der GOMEX-Satz wurden um 0,2 Prozentpunkte auf nun ebenfalls 3,0% bzw. 3,2% gesenkt. Weder der österreichische Diskontsatz (2½%) noch der Lombardsatz (4¼%) wurde im letzten Jahr verändert.

Zinsentwicklung in Österreich



12 Basispunkte niedriger als in Deutschland. Durch das unterschiedliche Ausmaß der Tendersatzsenkung kehrte sich das Vorzeichen der Zinsdifferenz zum Jahresende um. Seit 1. Jänner 1999 besteht EWU-weit ein einheitlicher gemeinsamer Geldmarkt. Der Euro-Taggeldsatz

Änderung der geldpolitischen Instrumente

Seit Jahresbeginn 1999 wird die Geldpolitik für den Euro-Raum vom System der Europäischen Zentralbanken ESZB durchgeführt. Die bisher von der OeNB verwendeten Refinanzierungsformen liefen mit Ende 1998 aus und werden im ESZB durch folgende Refinanzierungsformen (bzw. Leitzinssätze) ersetzt: Wöchentliche Tender-Offenmarktgeschäfte mit einer Laufzeit von 2 Wochen (zur Zeit beträgt der Tendersatz 3,0%) sind die wichtigste Refinanzierungsfazilität zur Steuerung der kurzfristigen Zinssätze und Liquidität und signalisieren den geldpolitischen Kurs des ESZB. Die ständigen Fazilitäten dienen der Absorption (Einlagefazilität – gegenwärtig bei 2%) bzw. der Bereitstellung (Spitzenrefinanzierungsfazilität – zur Zeit bei 4,5%) von täglich fälliger Liquidität. Letztere ist im Prinzip unbegrenzt verfügbar, muß aber durch refinanzierungsfähige Sicherheiten gedeckt sein. Die ständigen Fazilitäten bilden einen Korridor für den Taggeldsatz und signalisieren die mittelfristige geldpolitische Einschätzung des ESZB.

Alle im Euro-Währungsgebiet ansässigen Kreditinstitute unterliegen der Mindestreservepflicht; die liquiden Mittel werden damit strukturell knapper und die Geldmarktsätze stabilisiert. Der Reservesatz wurde mit 2% festgelegt. Die Reserves Guthaben der Geschäftsbanken werden mit dem Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (dem Tendersatz) verzinst.

(EONIA – euro overnight index average) lag im I. Quartal 1999 bei 3,1%³⁾.

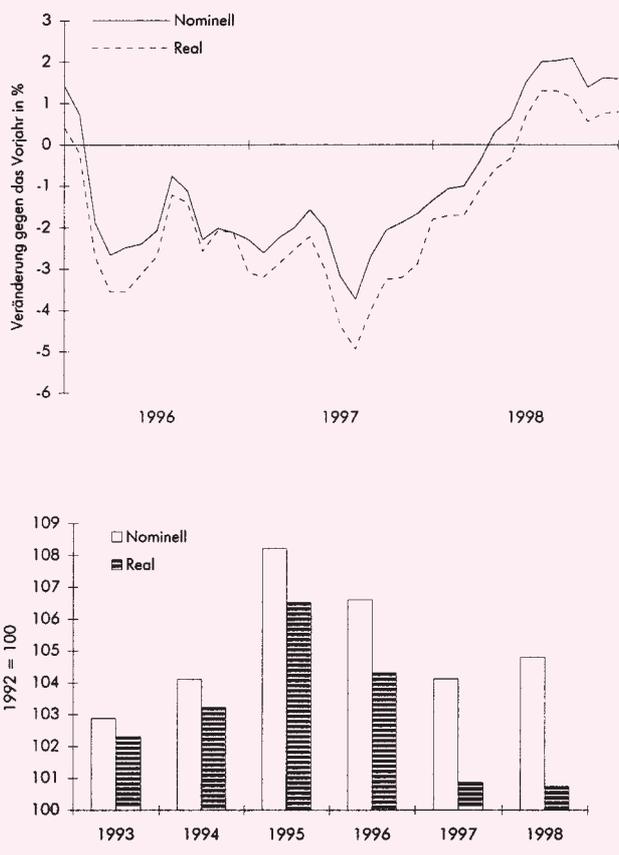
³⁾ Der EONIA-Taggeldsatz ist der gewichtete Durchschnitt der Sätze für unbesicherte Übernachtkontrakte, die von einer Gruppe größerer Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet gemeldet werden.

Geldpolitische Operationen des ESZB

	Transaktionsart		Laufzeit	Rhythmus	Verfahren
	Liquiditätsbereitstellung	Liquiditätsabschöpfung			
<i>Offenmarktgeschäfte</i>					
Hauptrefinanzierungsinstrument	Befristete Transaktionen	–	Zwei Wochen	Wöchentlich	Standardtender
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Befristete Transaktionen	–	Drei Monate	Monatlich	Standardtender
Feinststeuerungsoperationen	Befristete Transaktionen	Devisenswaps	Nicht standardisiert	Unregelmäßig	Schnelltender
	Devisenswaps	Hereinnahme von Termineinlagen			
	Definitive Käufe	Definitive Verkäufe	–	Unregelmäßig	Bilaterale Geschäfte
Strukturelle Operationen	Befristete Transaktionen	Emission von Schuldverschreibungen	Standardisiert und nicht standardisiert	Regelmäßig und unregelmäßig	Standardtender
	Definitive Käufe	Definitive Verkäufe	–	Unregelmäßig	Bilaterale Geschäfte
<i>Ständige Fazilitäten</i>					
Spitzenrefinanzierungsfazilität	Befristete Transaktionen	–	Über Nacht	Inanspruchnahme auf Initiative der Geschäftspartner	
Einlagefazilität	–	Einlagenannahme	Über Nacht	Inanspruchnahme auf Initiative der Geschäftspartner	

Q: EZB.

Effektiver Wechselkursindex des Schillings



WECHSELKURS STABIL

Der Wechselkurs des Schillings blieb im Jahr 1998 gegenüber den wichtigsten Währungen weitgehend stabil. Im Jahresdurchschnitt wertete der Schilling gegen die türkische Lira stark (+67,2%) und gegen den japanischen Yen (+6,5%) und die schwedische Krone (+2,6%) leicht auf. Dem stand eine Abwertung des Schillings zum Dollar um 1,4% und zum Pfund um 2,5% gegenüber. Im effektiven Wechselkursindex glichen einander die bilateralen Kursänderungen nahezu aus: Nominell-effektiv stieg der Wechselkursindex um 0,6%, real-effektiv ging er um 0,1% zurück. Der Unterschied zwischen dem nominell- und dem real-effektiven Wechselkursindex resul-

Unwiderrufliche Umrechnungskurse zum Euro

	Landeswährung je Euro	
Belgien	BEF	40,3399
Deutschland	DEM	1,95583
Spanien	ESP	166,386
Frankreich	FRF	6,55957
Irland	IEP	0,787564
Italien	ITL	1.936,27
Luxemburg	LUF	40,3399
Niederlande	NLG	2,20371
Österreich	ATS	13,7603
Portugal	PTE	200,482
Finnland	FIM	5,94573

Q: EZB.

Umstellungen in der Zahlungsbilanz

Mit der Umstellung der Berechnung der Zahlungsbilanz auf „Manual 5“ Anfang 1998 haben sich Abgrenzungen, Zuordnungen, Zwischenbilanzen und Erhebungsmethoden geändert. Die monatliche Zahlungsbilanz liefert nun in verkürzter Form eine schnelle Information (30 Tage nach Monatsultimo), wird auf Cash-Basis erstellt und nicht revidiert, während die Quartalswerte die außenwirtschaftlichen Transaktionen in periodenbereinigter Form (Accrual-Basis) wesentlich genauer und detaillierter wiedergeben. Die Quartalswerte liegen 3 bis 4 Monate nach Quartalsende in ihrer vorläufigen Form vor. Sie weichen erhebungsbedingt zum Teil erheblich von der Summe der entsprechenden drei Monate aus der Monatsrechnung ab und werden in den zwei folgenden Jahren revidiert. Damit liegen endgültig revidierte Daten für das jeweilige Quartal erst nach 2 Jahren vor.

Die vorliegende Analyse ist mit früheren Berichten wegen dieser Veränderungen nicht mehr vergleichbar. Die jetzt verfügbare Jahresrechnung auf Grundlage der Monatswerte (Cash-Basis) wird zudem vom Jahresergebnis auf Transaktionsbasis (Quartalsrechnung auf Accrual-Basis) bedeutend abweichen. 1997 betrug der Unterschied zwischen Cash- und Accrual-Basis (revidierte Daten) für den Leistungsbilanzsaldo 16,7 Mrd. S, für den Kapitalbilanzsaldo sogar 46,8 Mrd. S (überwiegend aufgrund der Differenz der sonstigen Investitionen: 34,1 Mrd. S) und für die Statistische Differenz 32,2 Mrd. S – sie ist aufgrund der unvollständigen Datenbasis auf Cash-Basis besonders groß.

Die angeführten Differenzen gehen auf das Fehlen wichtiger Daten zurück (z. B. Handelskredite unter den sonstigen Investitionen, reinvestierte Gewinne im Bereich der Direktinvestitionen, Ergebnisse der Periodenabgrenzung im Bereich der Erträge aus Wertpapieren usw.), die bei der Erstellung der Zahlungsbilanz auf Cash-Basis noch nicht vorliegen.

Da nun lediglich die transaktionsbedingten Veränderungen der offiziellen Währungsreserven erfaßt werden (im alten System wurden auch Bewertungsänderungen einbezogen), sind die Zahlen in ihrer Größenordnung mit jenen nach dem früheren System nicht mehr vergleichbar. Sie werden nicht mehr als eigene Position, sondern als Unterposition der Kapitalbilanz geführt, so daß sich das Vorzeichen ändert: Eine Zunahme der Währungsreserven geht mit einem Minus-Saldo, eine Abnahme mit einem Plus-Saldo in die Kapitalbilanz ein. Daher wird auf eine detaillierte Diskussion jener Teilpositionen verzichtet, die besonders stark divergieren.

tiert überwiegend aus der sehr viel höheren Inflation in der Türkei sowie (in bedeutend geringerem Ausmaß) in Großbritannien und Italien.

Konzepte des Manual 5 und ihre Auswirkungen in der Zahlungsbilanzstatistik Österreichs

Wesentliche Änderungen und neue Konzepte des Manual 5	Sichtbar in der neuen Zahlungsbilanz
Harmonisierung der Zahlungsbilanzstatistik mit dem System der VGR: Zeitliche Zuordnung der Transaktionen Behandlung reinvestierter Gewinne Unterscheidung zwischen laufenden Übertragungen und Vermögensübertragungen	Wertpapiere: statt Zinszahlungen in der Periode angefallene Zinsen Verbuchung von Krediten zum Zeitpunkt der Fälligkeit Einbuchung reinvestierter Gewinne Einführung einer neuen Teilbilanz: „Bilanz der Vermögensübertragungen“
Klare Trennung zwischen Dienstleistungen und Einkommen	Gliederung der Leistungsbilanz in vier Teilbilanzen: Güter, Dienstleistungen, Einkommen, laufende Übertragungen
Tiefere Gliederung der Dienstleistungen wird deren wachsender Bedeutung gerecht	Statt 15 nunmehr 21 Unterpositionen
Restrukturierung der Kapitalbilanz wird den Veränderungen auf den Kapitalmärkten gerecht	Erstes Ordnungskriterium ist nicht mehr Fristigkeit, sondern Finanzierungsinstrument Trennung in Forderungen und Verpflichtungen Teilweise Detaillierung der Finanzierungsinstrumente Teilweise Sektorgliederung
Klare Trennung zwischen: Transaktionen Anderen Änderungen von Forderungen und Verpflichtungen wie: Wechselkurseffekte, Preiseffekte, Reklassifikationen, sonstige Gründe	Wegfall der bisherigen Position „Reserveschöpfung und Bewertungsänderung“ Transaktionsbedingte Veränderungen statt Nettoveränderungen von Ständen

Q: OeNB.

Seit 1. Jänner 1999 gelten zwischen den Währungen der EWU-Teilnehmerländer unwiderruflich fixe Konversionskurse. Der Dollar-Euro-Kurs (bzw. Dollar-ECU-Kurs für 1998) stieg von August 1998 bis Oktober 1998 im Zuge einer gewissen „Euro-Phorie“ von 1,10 \$ auf 1,19 \$ (+8,4%) und stabilisierte sich nach einem kontinuierlichen Rückgang Anfang März 1999 bei 1,09 \$.

KRÄFTIGER KAPITALZUFLUSS IM JAHR 1998

Das österreichische Leistungsbilanzdefizit (auf Cash-Basis) fiel 1998 mit 41,9 Mrd. S (1,6% des BIP) geringfügig niedriger aus als im Vorjahr (44,7 Mrd. S). Die Verschlechterung des Defizits der Wareneinzahlungen (-5,9 Mrd. S), des Einkommenssaldos (-2,8 Mrd. S), des Saldos der laufenden Transfers (-3 Mrd. S) und der Ver-

mögensübertragungen (-1,9 Mrd. S) gegenüber dem Vorjahr wurde durch eine Verbesserung der Dienstleistungsbilanz (+14,5 Mrd. S) – insbesondere im Reiseverkehr (+10,5 Mrd. S) – ausgeglichen.

Das Defizit aus den laufenden Transfers (23,8 Mrd. S) ist zu einem großen Teil durch die Nettozahlerposition Österreichs innerhalb der EU bedingt. Nach vorläufigen Schätzungen des Finanzministeriums trug Österreich zum EU-Budget 1998 25,9 Mrd. S bei, um 5,3 Mrd. S weniger als im Vorjahr. Leicht gesunken (-1,3 Mrd. S) sind auch die EU-Rückflüsse nach Österreich (16,4 Mrd. S, 1997 17,7 Mrd. S).

Der Saldo der Kapitalströme weist für 1998 einen Nettokapitalzufluß von 65,8 Mrd. S aus (1997 8 Mrd. S). Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die Direktinvestitionen und die Portfolioinvestitionen bei. Die Beteiligung der Telecom Italia International (Stet) mit 25% an der Telekom Austria AG (rund 27 Mrd. S; die Zahlung wurde im Dezember 1998 geleistet und beeinflusste die Termineinlagenentwicklung in diesem Monat wesentlich) machte den Großteil der ausländischen Direktinvestitionen in Österreich (57,7 Mrd. S) aus. Auch ohne diesen Betrag lagen die ausländischen Direktinvestitionen aber mit rund 30 Mrd. S über dem Durchschnitt vergangener Jahre, was die Attraktivität des Standortes Österreich bestätigt. Zugenommen haben auch die Direktinvestitionen Österreichs im Ausland (auf 28,9 Mrd. S; 1997 19,8 Mrd. S). Der Nettokapitalimport wurde durch einen Zufluß von rund 53 Mrd. S an Portfolioinvestitionen noch verstärkt. Diese Position setzt sich aus einem Kapitalzufluß im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere (107,8 Mrd. S) und einem Kapitalabfluß aus den Anteilswerten (-55 Mrd. S) zusammen. Der Kapitalabfluß des Vorjahres aus den sonstigen Investitionen (-34,3 Mrd. S) drehte sich in einen Kapitalzufluß von 33 Mrd. S. Nach einer Abnahme im Vorjahr um 35,9 Mrd. S stiegen die Währungsreserven 1998 um 42,7 Mrd. S.

Vergleich der monatlichen und der quartalsweisen Zahlungsbilanz

Monatliche Zahlungsbilanz	Quartalsweise Zahlungsbilanz
	<i>Leistungsbilanz</i>
Wareneinzahlungen	Güter Datenquelle: Außenhandel laut ÖSTAT Berücksichtigung von Handelskrediten
Dienstleistungen	Dienstleistungen (21 Unterpositionen in 2 Ebenen)
Einkommen	Einkommen (5 Unterpositionen in 2 Ebenen)
Ohne reinvestierte Gewinne	Einschließlich reinvestierter Gewinne
Verbuchung von Zinszahlungen	Zinsen aus Wertpapieren "accrual"
Laufende Übertragungen	Laufende Übertragungen (3 Unterpositionen)
	<i>Vermögensübertragungen</i>
	3 Unterpositionen
	<i>Kapitalbilanz</i>
Direktinvestitionen	Direktinvestitionen
Ohne reinvestierte Gewinne	Einschließlich reinvestierter Gewinne
Portfolioinvestitionen	Portfolioinvestitionen
Ohne Veränderung der Zinsforderungen	Einschließlich Veränderung der Zinsforderungen
Sonstige Investitionen	Sonstige Investitionen
Ohne Handelskredite	Einschließlich Handelskredite
Währungsreserven	Währungsreserven (7 Unterpositionen)
	<i>Statistische Differenz</i>

Q: OeNB.

Ausgewählte Komponenten der österreichischen Kapitalbilanz

	1994	1995	1996	1997	1994	1995	1996	1997	1998
	Accrual-Basis			Mrd. S			Cash-Basis		
Leistungsbilanz	- 33,1	- 54,0	- 52,3	- 61,4	- 20,4	- 40,8	- 37,9	- 44,7	- 41,9
Vermögensübertragungen	- 1,0	- 0,6	0,8	0,3	- 1,0	- 0,6	0,8	0,3	- 1,6
Kapitalbilanz	37,0	59,0	45,5	54,9	24,4	45,8	31,1	8,0	65,8
Direktinvestitionen	9,7	7,8	27,9	5,3	- 0,0	- 4,8	23,3	- 0,3	28,8
Im Ausland	- 14,4	- 11,4	- 19,7	- 23,8	- 15,3	- 12,5	- 17,4	- 19,8	- 28,9
In Österreich	24,0	19,2	47,6	29,1	15,3	7,7	40,7	19,5	57,7
Portfolioinvestitionen	- 2,9	94,1	- 26,7	13,9	- 1,9	95,4	- 28,9	6,2	52,9
Ausländische Wertpapiere	- 52,5	- 29,8	- 85,8	-123,5	- 51,5	- 28,5	- 88,0	-123,6	-149,0
Inländische Wertpapiere	49,7	123,9	59,1	137,4	49,7	123,9	59,1	129,8	201,9
Sonstige Investitionen	40,8	- 29,1	55,4	- 0,3	37,8	- 29,7	45,6	- 34,3	33,4
Offizielle Währungsreserven	- 10,6	- 13,8	- 11,1	35,9	- 10,6	- 13,8	- 11,1	35,9	- 42,7
Statistische Differenz	- 2,9	- 4,3	6,0	6,2	- 2,9	- 4,3	6,0	36,4	- 22,2

Q: OeNB.

FREMDWÄHRUNGSKREDITNACHFRAGE
STEIGT

Die Bilanzsumme des österreichischen Bankensektors (rund 6.350 Mrd. S) erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 1998 mit +7,9% stärker als in den Jahren zuvor. Die Nachfrage inländischer Nichtbanken nach Direktkredit (+3,0%) wuchs wie schon in den letzten Jahren im Fremdwährungsbereich am stärksten (+35,4%). Die Struktur des Kreditportefolles verschiebt sich aufgrund des niedrigeren Zinsniveaus in einigen ausländischen Währungen zunehmend zu Fremdwährungskrediten – sie machten 1998 annähernd 90% des gesamten inländischen Direktkreditwachses aus. Die wie im Vorjahr kräftige Zunahme (+6,8%) der Direktkredite an Unternehmen spiegelt die angesichts der guten Konjunktur steigende Investitionsgüternachfrage (nominell +5,4%) wider. Auf die Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Haushalte gingen sowohl die Verringerung der Direktkreditnachfrage des Staates (-5,7%) als auch der

verstärkte Rückgang der titrierten Kredite an inländische Nichtbanken (-2,9%; verringerte Ausgabe von Bundes-schatzscheinen und anderen öffentlichen Schuldtiteln) zurück.

Die Struktur der Mittelaufbringung verschob sich weiter zum sehr liquiden Bereich. Aufgrund niedriger Opportunitätskosten (sehr niedrige kurzfristige Zinssätze) gewannen die Sichteinlagen (+10,7%) auf Kosten der Termineinlagen (-1,2%) und der Spareinlagen (+1,8%) an Attraktivität. Ohne den Zuwachs des Bausparens (+6,2%) hätten letztere wie 1997 stagniert. Die Fremdwährungseinlagen gingen wegen der bevorstehenden Einführung des Euro um 7,3% zurück.

Die Termineinlagen zeigten gegen Ende des Jahres eine Sonderentwicklung: Im Dezember stiegen sie gegenüber dem Vormonat um 53,8 Mrd. S (+57%). Dies betraf vor allem die Wirtschaftsunternehmen und Privaten (+39,8 Mrd. S) und hatte zwei Gründe: Die meisten Kreditunternehmen paßten die mindestreservspflichtigen Einlagen an die veränderten Mindestreserveregulungen der EWU an⁴⁾, und ein Unternehmen des Sparkassensektors wickelte im Zuge der Veräußerung von Anteilen der Telekom Austria an die Telecom Italia International ein Termineinlagengeschäft ab.

Schwächer als im Vorjahr entwickelte sich sowohl auf der Aktiv- (+9,9%) als auch auf der Passivseite (+11,3%) das Auslandsgeschäft – die Zuwachsraten waren nur etwa halb so groß wie 1997.

Die erweiterte Geldbasis ging 1998 um 0,6% auf 254,7 Mrd. S zurück. Die Geldmengenaggregate M1' und M3' wuchsen um 6,1% bzw. 2,1%; die höhere Rate

Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

	1996	1997	1998	1996	1997	1998
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Inländische Mittelaufbringung</i>						
Sichteinlagen	262,6	282,0	312,1	+15,1	+ 7,4	+10,7
Termineinlagen	105,5	100,9	99,6	- 5,3	- 4,4	- 1,2
Spareinlagen	1.550,2	1.588,1	1.616,3	+ 3,2	+ 2,4	+ 1,8
Bauspareinlagen	177,7	194,3	206,4	+ 6,4	+ 9,3	+ 6,2
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	710,4	717,2	738,2	+ 3,6	+ 1,0	+ 2,9
<i>Inländische Mittelverwendung</i>						
Direktkredite	2.497,2	2.603,4	2.682,4	+ 6,1	+ 4,3	+ 3,0
An den öffentlichen Sektor	491,0	450,0	424,1	+ 7,6	- 8,4	- 5,7
An Unternehmen	1.285,6	1.387,0	1.481,9	+ 1,1	+ 7,9	+ 6,8
An Private	578,6	614,8	647,1	+10,0	+ 6,3	+ 5,3
Fremdwährungskredite	157,7	197,9	268,0	+23,9	+25,5	+35,4
Schillingkredite	2.339,5	2.405,5	2.414,4	+ 5,1	+ 2,8	+ 0,4
Titrierte Kredite an inländische Nichtbanken	414,8	412,4	400,3	+ 5,7	- 0,6	- 2,9
<i>Auslandsgeschäft</i>						
Auslandsaktiva	1.218,4	1.445,3	1.588,6	+10,0	+18,6	+ 9,9
Auslandspassiva	1.319,2	1.612,4	1.794,6	+13,5	+22,2	+11,3
Bilanzsumme	5.506,2	5.885,2	6.347,8	+ 5,5	+ 6,9	+ 7,9

Q: OeNB.

⁴⁾ Hohe Schilling-Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen wurden von den Kreditinstituten durch Pari-Swaps in Fremdwährungseinlagen (fast ausschließlich DM-Einlagen) umgewandelt, da für letztere in Österreich keine Mindestreservpflicht bestand und gegenüber der DM das Währungsrisiko sehr gering war. Mit Inkrafttreten der EWU unterliegen alle Einlagen der Mindestreserveregulierung, sodaß diese Transaktionen nicht mehr notwendig sind. Diese Entwicklung erklärt teilweise auch den Rückgang der Fremdwährungseinlagen.

von M1' resultierte wie in den Jahren zuvor aus der größeren Dynamik der Sichteinlagen bei verhaltenem Wachstum der Spareinlagen.

DEUTLICHE ERTRAGSSTEIGERUNG DER ÖSTERREICHISCHEN BANKEN

Die Ertragslage des österreichischen Bankensystems verbesserte sich 1998 aufgrund der guten Erträge im Wertpapier-, Beteiligungs- und Provisionsgeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich – das Betriebsergebnis erhöhte sich um 8,8% auf 52,9 Mrd. S⁵⁾.

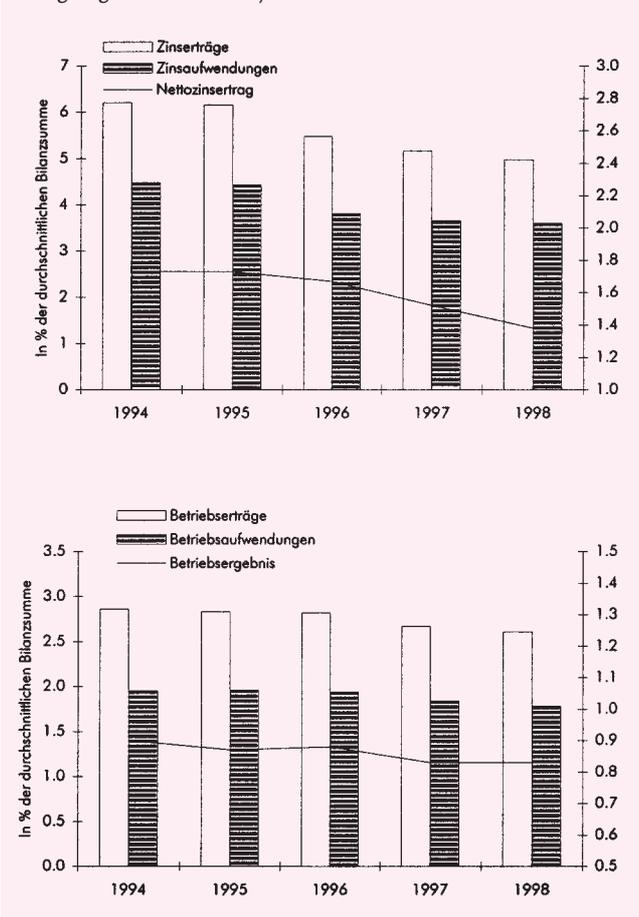
Der Nettozinsertag (87,3 Mrd. S) verringerte sich wie in den letzten Jahren (-2,4%): Trotz sinkender Kreditzinssätze stiegen die Zinserträge (und zinsähnlichen Erträge) um beinahe 4%; die Einlagenzinssätze gingen weniger stark zurück, und die Zinsaufwendungen (und zinsähnlichen Aufwendungen) nahmen um 6,5% zu. Nach Angaben der OeNB fiel die Zinsmarge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft auf 2,5 Prozentpunkte (1997 2,7 Prozentpunkte). Der Rückgang des Nettozinsertags wurde neuerlich durch nicht zinsbedingte Erträge mehr als ausgeglichen. Die Erträge aus (nicht festverzinslichen) Wertpapieren und Beteiligungen waren um 6,1 Mrd. S (+46,9%) höher als im Vorjahr, der Saldo des Provisionsgeschäfts stieg um 11,4% (+3,4 Mrd. S); der (Netto-)Ertragszuwachs fiel im Bereich der Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft mit über 23% besonders hoch aus. Der Saldo aus dem Finanzgeschäft und die sonstigen betrieblichen Erträge wuchsen um 6,9% bzw. 4,8%. Die Betriebserträge (165,7 Mrd. S) übertrafen das Vorjahresniveau damit um 5,5%.

Die Betriebsaufwendungen (112,8 Mrd. S) waren um 4,1% höher als im Jahr zuvor (+1,5%); der Personalaufwand nahm – bei weiterhin rückläufiger Beschäftigung (-3,4%) – um 2,4%, der Sachaufwand (sonstiger Verwaltungsaufwand) um 7,7% zu. Die Abschreibungen (auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte) stiegen um 7,8%, und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stagnierten (-0,9%).

Der Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wird für 1998 mit 30,1 Mrd. S höher als im Vorjahr (23,5 Mrd. S) angesetzt – insbesondere werden um 3,4 Mrd. S höhere Wertberichtigungen für Forderungen an Kreditinstitute erwartet. Hauptsächlich durch Auflösung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen und durch niedrigere erwartete Steuerzahlungen ergibt sich mit 22,4 Mrd. S für 1998 ein deutlich höherer erwarteter Jahresüberschuß des heimischen Bankwesens als im Vorjahr (+15,5%).

⁵⁾ Diese Summe umfaßt das gesamte österreichische Bankwesen (alle Sektoren); in früheren Analysen waren die Bausparkassen ausgeklammert.

Ertragslage des Bankensystems



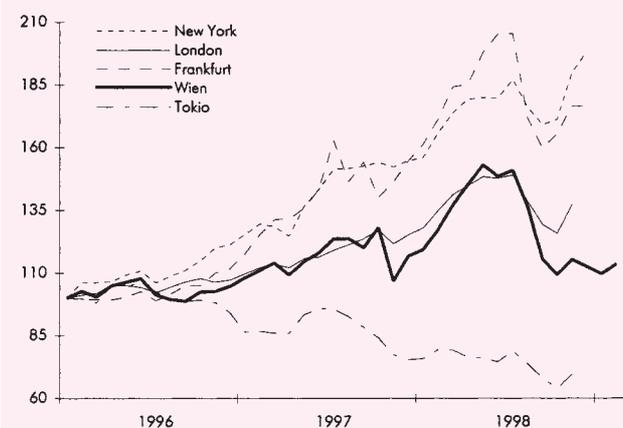
STRUKTURBEREINIGUNG IM FILIALNETZ NOCH NICHT ABGESCHLOSSEN

Infolge der Übernahme der Creditanstalt durch die Bank Austria und der GiroCredit durch die Erste Österreichische Spar-Casse im Jahr 1997 ging die Zahl der Zweigstellen 1998 um 115 auf 4.576 zurück (Aktienbanken -47, Sparkassensektor -37, Raiffeisensektor -9, Sonderbanken -21). Die Zahl der Hauptanstalten verringerte sich 1998 abermals (-24 auf 971); wie im Vorjahr betraf diese Entwicklung überwiegend den Raiffeisensektor (-17), in dem kleinere Banken von größeren Instituten übernommen wurden, um regional wettbewerbsfähigere Institute zu etablieren. Mit der Abnahme der Zahl der Bankstellen auf nunmehr 5.547 hat sich die Bankstellendichte verringert. Der Wert von 1.456 Einwohnern je Bankstelle ist im internationalen Vergleich aber noch immer hoch.

Ende 1998 unterhielten österreichische Banken 9 von insgesamt 20 Auslandsfilialen (1997 24 Filialen) im EU-Raum. Das Geschäft in Osteuropa wird nach wie vor über Bankenbeteiligungen (12 österreichische Kreditinstitute sind an 33 ostmitteleuropäischen Banken mit zumindest 25% beteiligt) und Repräsentanzen österreichischer Kreditinstitute (26) betrieben. Auf dem österreichischen Markt waren 1998 ausländische Kreditinstitute

Internationale Börsenindizes

Jänner 1996 = 100



Q: IFS.

durch 17 selbständige Banken (8 aus der EU), 12 Zweigstellen (davon 10 aus der EU) und 31 Repräsentanzen vertreten.

AKTIENMARKT

Die Asienkrise beeinflusste die Kurse der internationalen Aktienbörsen im Herbst 1997 nur kurzfristig. In der Folge stiegen die Kurse sehr dynamisch bis zum Juli 1998. Mit dem Ausbruch der Rußlandkrise erfolgten an allen wichtigen Börsen der Welt drastische Kurskorrekturen – insbesondere von Bankenwerten. Während sich die meisten Aktienmärkte ab Oktober wieder erholten und mit Jahresende beinahe das Niveau vom August (vor den Kurseinbrüchen) erreichten, stagnierte der Wiener Markt auf niedrigem Niveau. Im Jahresverlauf ging der Index der Wiener Börse um 4,6% zurück. Eine leichte Erholung setzte erst im I. Quartal 1999 ein.

RENTENMARKT

Zum Jahresende 1998 erreichte der Umlauf an Rentenwerten einen Stand von 1.720 Mrd. S (1997 1.624 Mrd. S). Der überwiegende Teil des Zuwachses entfiel dabei auf Bundesanleihen (+104 Mrd. S), die Bankenemissionen gingen 1998 etwas zurück (-6,7 Mrd. S). Jeweils knapp weniger als die Hälfte des Bruttoemissionsvolumens von 334 Mrd. S entfiel auf den Bund (49%) und die Banken (48%).

INVESTMENTFONDS

Der Vermögensbestand österreichischer Investmentfonds erhöhte sich bis Ende 1998 auf über 766 Mrd. S (+198,6 Mrd. S, +35%). Die Steigerung beträgt seit 4 Jahren 30% oder mehr. Die Investmentfonds bauten damit ihre Stellung auf dem österreichischen Kapital-

markt weiter kräftig aus. Der Zuwachs setzt sich überwiegend aus einer Erhöhung des Vermögensbestands von (in- und ausländischen) Rentenwerten um 117 Mrd. S und ausländischer Anteilswerte um 47 Mrd. S zusammen. Im Jahr 1998 verwalteten 24 in Österreich tätige Kapitalanlagegesellschaften 858 Investmentfonds; deren Zahl stieg gegenüber 1997 mit +233 zwar beträchtlich, aber schwächer als im Vorjahr (+517).

PENSIONSKASSEN

Die dynamische Entwicklung der Pensionskassen – der „zweiten Säule“ der Altersvorsorge – hielt 1998 an. Zum Jahresultimo verwalteten 17 Pensionskassen (10 betriebliche und 7 überbetriebliche Institutionen) die Einlagen von 208.000 Anwartschafts- und Leistungsberechtigten (1997 177.000). Das Gesamteinlagenvolumen betrug 1998 64,4 Mrd. S (1997 rund 44 Mrd. S); es war zum überwiegenden Teil (86%) in Investmentzertifikaten inländischer Emittenten angelegt.

Josef Baumgartner
Statistik: Christa Magerl

 EXPORTE TROTZ ABSCHWÄCHUNG
WICHTIGE KONJUNKTURSTÜTZE

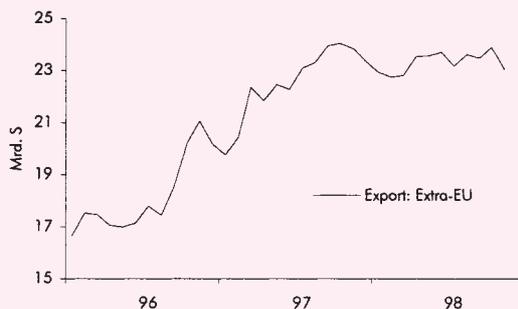
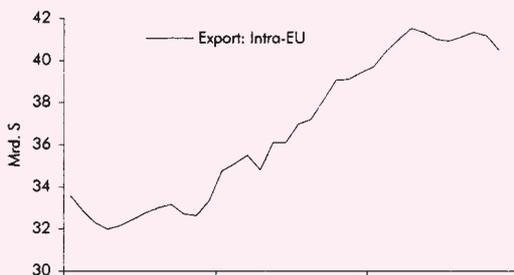
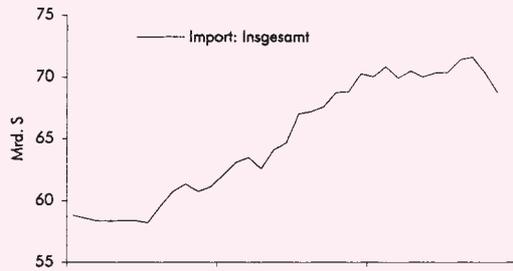
Die österreichische Ausfuhr stieg 1998 um 7,8%. Damit war der Export neben den Bruttoanlageinvestitionen die wichtigste Stütze der Konjunktur. Gegenüber 1997 (+16,8%) verringerte sich das Exportwachstum freilich auf weniger als die Hälfte. Die Importe nahmen um 6,8% zu, etwas schwächer als 1997 (+10,9%). Das Defizit der Handelsbilanz war mit 73,2 Mrd. S um 2 Mrd. S geringer als 1997. Die Warenzahlungen (OeNB) zeigen für den Export eine Zunahme um 8,3%, für den Import von 8,5%. Die Handelsbilanz verschlechterte sich nach dieser Statistik um fast 6 Mrd. S.

EXPORTBOOM BIS ZUM FRÜHJAHR 1998

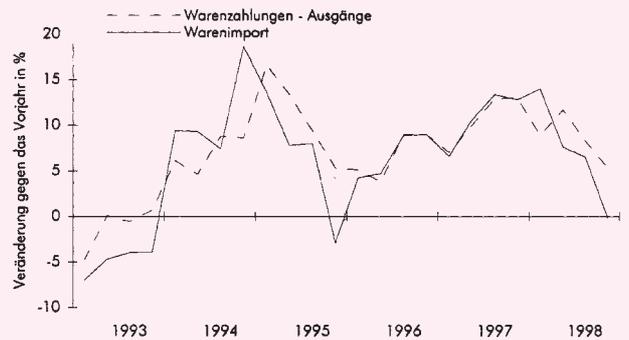
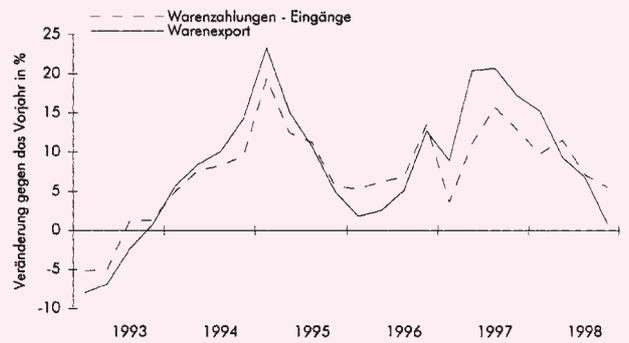
Der österreichische Export expandierte vom Frühjahr 1996 bis zum Frühjahr 1998 zwei Jahre lang kräftig. Die *saisonbereinigten* Monatswerte stiegen von 50 Mrd. S auf über 65 Mrd. S; an der Jahreswende 1997/98 war ein kurzer Knick zu verzeichnen. Bis Ende 1998 schwächte sich die monatliche Ausfuhr auf 63½ Mrd. S ab. Der Intra-EU-Export, der etwa zwei Drittel der Gesamtausfuhr ausmacht, entwickelte sich nach etwa demselben Muster. Der Extra-EU-Export erreichte seinen Höhepunkt bereits im Herbst 1997; er verlor zur

Österreichs Außenhandel

Gleitender Dreimonatsdurchschnitt, saisonbereinigt



Österreichs Außenhandel 1993 bis 1998



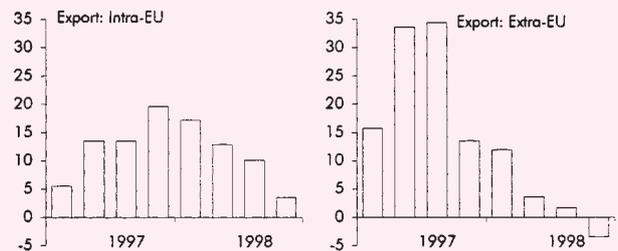
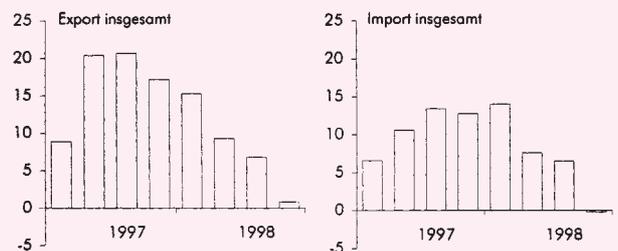
im Vorjahresvergleich kräftig. Die Zunahme war von der weiterhin hohen Nachfrage in der EU getragen (+19,6% bzw. +17,2%), vor allem in Italien, Spanien, Großbritannien, Finnland und auch Deutschland (I. Quartal 1998 +17,0%). Der Anstieg des Extra-EU-Exports flachte auf etwas über 12% ab, war aber regional stark differenziert. Hohen Wachstumsraten der Ausfuhr nach Ost-Mitteleuropa (insbesondere nach Ungarn), Rußland, in die OPEC und die USA standen Rückschläge in Japan, dem Fernen Osten und Südamerika gegenüber.

Jahreswende spürbar an Dynamik, hat aber seither saisonbereinigt leicht steigende Tendenz.

Im Vorjahresvergleich verzeichnete der Export seine höchste Dynamik mit Wachstumsraten von jeweils über 20% im II. und III. Quartal 1997. Er stützte sich dabei vor allem auf die um jeweils etwa 34% expandierende Extra-EU-Ausfuhr (insbesondere Oststaaten einschließlich Rußland, OPEC, USA); die Intra-EU-Exporte nahmen mit jeweils etwa +13½% eher verhalten zu. Auch im IV. Quartal 1997 sowie im I. Quartal 1998 (+15,3%) stieg der Export

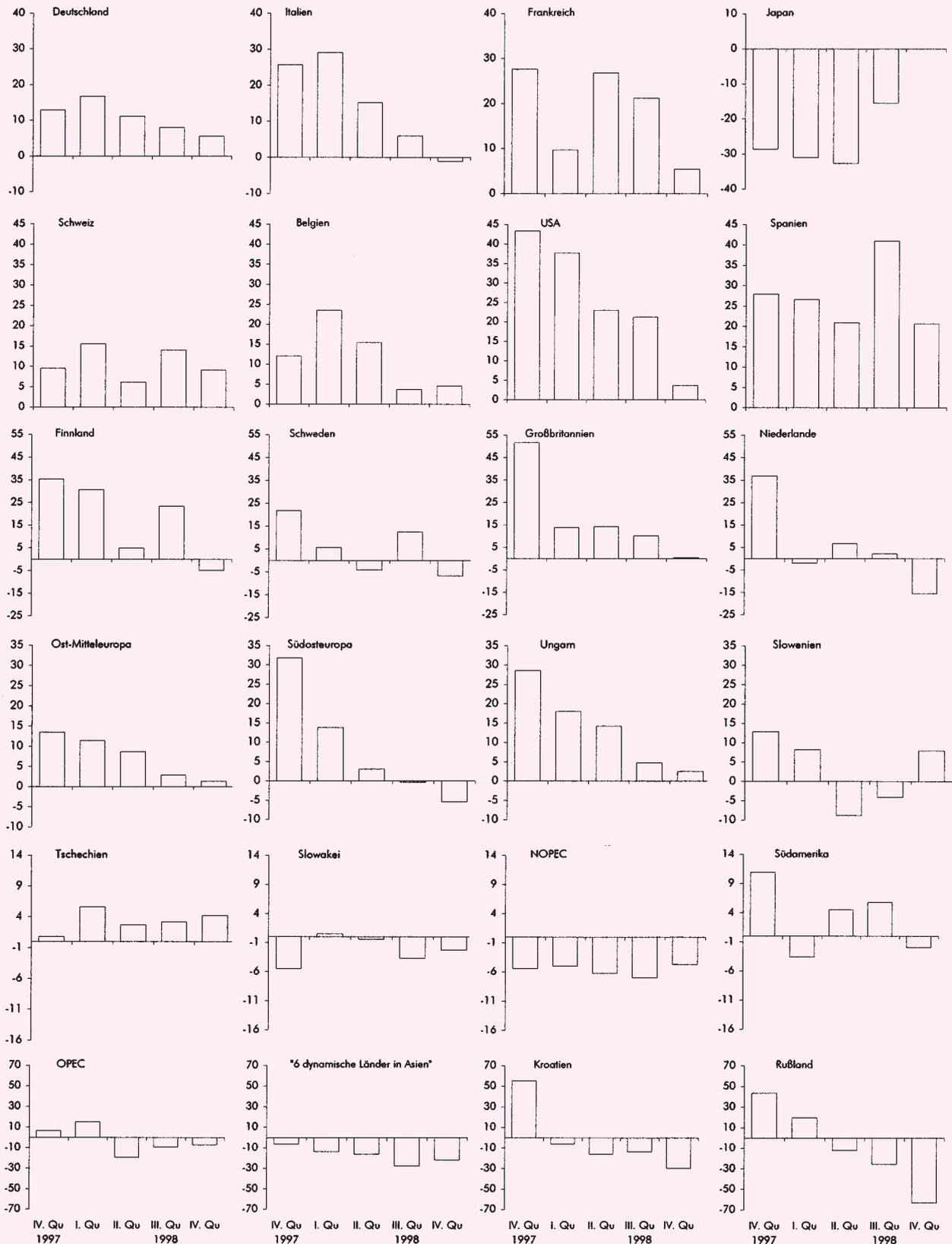
Österreichs Außenhandel im Quartalsverlauf

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Österreichs Außenhandel: Export

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Das Frühjahr 1998 markiert eine Wende. Im II. Quartal schwächte sich das Exportwachstum auf 9,3%, im III. Quartal auf 6,8% und im IV. Quartal auf 0,8% ab. In

der EU blieb die Nachfrage bis zum Herbst fest, auch im IV. Quartal nahmen die EU-Exporte um 3,5% zu. Der Extra-EU-Export stieg hingegen im III. Quartal um noch

Österreichs Außenhandel: Überblick

	1997		1998	
	Export	Import	Export	Import
	Mrd. S			
<i>Insgesamt</i>	715,0	790,3	770,5	843,7
Intra-EU-Handel	443,7	545,1	491,3	584,0
Extra-EU-Handel	271,3	245,2	279,2	259,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Nominell	+16,8	+10,9	+ 7,8	+ 6,8
Intra-EU-Handel	+13,0	+ 8,0	+10,7	+ 7,1
Extra-EU-Handel	+23,6	+17,9	+ 2,9	+ 5,9
Real	+15,6	+ 9,4	+ 7,8	+ 8,4
Preise	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,0	- 1,5
Nominell, auf ECU-Basis	+12,4	+ 6,6	+ 7,0	+ 6,0
Warenzahlungen ¹⁾	+10,8	+10,8	+ 8,3	+ 8,5
	In % des BIP			
<i>Insgesamt</i>	28,4	31,4	29,4	32,2
Intra-EU-Handel	17,6	21,7	18,7	22,3
Extra-EU-Handel	10,8	9,8	10,6	9,9
	Anteile am Außenhandel insgesamt in %			
Intra-EU-Handel	62,0	69,0	63,8	69,2
Extra-EU-Handel	38,0	31,0	36,2	30,8

¹⁾ Laut OeNB.

1,7%, im IV. Quartal schrumpfte er um 3,5%. Stark verringerte sich in der zweiten Jahreshälfte vor allem die Ausfuhr nach Rußland und Asien.

Der saisonbereinigte Wert der österreichischen Einfuhr stieg vom Sommer 1996 bis August 1998 und hielt seither etwa dieses Niveau. Im Vorjahresvergleich ergibt sich ein Plateau mit Wachstumsraten von 13% bis 14% vom II. Quartal 1997 bis zum I. Quartal 1998. Im Frühjahr schwächte sich die Importdynamik ab, im IV. Quartal 1998 stagnierte die Einfuhr.

EU-NACHFRAGE STÜTZT DEN EXPORT

Der österreichische Export stützte sich 1998 wieder auf die EU (+10,7%), während die Extra-EU-Ausfuhr um nur 2,9% zunahm. In den Jahren 1996 und 1997 waren hin-

gegen die Extra-Exporte viel stärker gewachsen als die Lieferungen in die EU. Ursache dieser Entwicklung war teils die Nachfrageschwäche in den meisten EU-Ländern als Folge der restriktiven Budgetpolitik in Vorbereitung der Währungsunion, teils die kräftige Konjunktur in Osteuropa und Übersee. Der Exportanteil der EU war von 65,9% im Jahre 1995 auf 62,0% 1997 gesunken und nahm 1998 wieder auf 63,8% zu. Ende der achtziger Jahre und Anfang der neunziger Jahre waren die heutigen EU-Staaten mit über 68% an der österreichischen Ausfuhr beteiligt gewesen. Der relative Bedeutungsverlust der EU für den österreichischen Export – der auf den ersten Blick überraschen mag – ist eine Folge der Integration Osteuropas in die internationale Wirtschaft.

Auch im österreichischen Import wuchs der Intra-EU-Handel (+7,1%) etwas stärker als der Extra-EU-Handel (+5,9%). Der Extra-EU-Import wurde vor allem durch die Brennstoffverbilligung gedämpft. Der Importanteil der EU, der von 72,2% 1995 auf 69,0% 1997 zurückgegangen war, nahm geringfügig auf 69,2% zu.

Das gute Ergebnis im EU-Export ist vor allem der Zunahme der Lieferungen in die beiden wichtigsten Auslandsmärkte Deutschland (+10,2%) und Italien (+11,8%) zu verdanken. Die Entwicklung der Lieferungen in die anderen EU-Staaten streute stark: Während der Absatz in Irland und Spanien um über 40% bzw. fast 30%, in Finnland und Dänemark um etwa 15% und in Großbritannien um fast 10% ausgeweitet wurde, stagnierten die Lieferungen nach Schweden, jene in die Niederlande gingen um 2,7% zurück.

Außerhalb der EU fanden Österreichs Exporteure 1998 nur wenige dynamische Märkte vor: Zu diesen zählten die USA (+19,7%), die Schweiz (+10,9%) und China (+21,8%). Das Wachstum des Ostexports ließ spürbar nach (von +33,7% 1997 auf nur +2% 1998). Die Lieferungen an die 10 EU-Beitrittswerber nahmen um immerhin 7,1% zu. Die Ausfuhr nach Ungarn (dem wichtigsten Handelspartner Österreichs in Osteuropa) stieg um

Österreichs Außenhandel mit der EU

	Export		Import		Saldo			
	1998	1998	1998	1998	1997	1998		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %		Mrd. S			
	Anteile in %		Anteile in %					
<i>Euro-Raum¹⁾</i>								
Intra-Euro-Raum	57,1	+11,6	+11,0	63,8	+ 8,2	+ 7,0	-106,9	-98,5
Deutschland	35,9	+ 9,5	+10,2	41,6	+ 7,8	+ 6,6	- 78,5	-74,6
Italien	8,6	+16,4	+11,8	8,1	+ 6,5	+ 2,9	- 7,5	- 2,4
Extra-Euro-Raum	42,9	+23,9	+ 3,7	36,2	+15,8	+ 6,3	31,7	25,3
Großbritannien	4,2	+36,9	+ 9,1	3,1	+12,0	+ 7,5	5,6	6,5
Schweiz	5,4	+13,6	+10,9	3,6	+ 5,2	+10,3	10,6	11,9
<i>EU</i>								
Intra-EU ²⁾	63,8	+13,0	+10,7	69,2	+ 8,0	+ 7,1	-101,4	-92,7
Extra-EU	36,2	+23,6	+ 2,9	30,8	+17,9	+ 5,9	26,2	19,5
<i>Assoziierte Länder</i>								
10 EU-Beitrittswerber ³⁾	13,5	+30,9	+ 7,1	9,2	+24,6	+13,9	28,9	26,3
AKP-Staaten	0,3	+ 2,3	+11,9	0,4	- 2,6	-31,3	- 2,8	- 1,1
<i>Insgesamt</i>	100,0	+16,8	+ 7,8	100,0	+10,9	+ 6,8	- 75,2	-73,2

¹⁾ EU-Länder ohne Dänemark, Großbritannien, Griechenland, Schweden. – ²⁾ 14 Länder. – ³⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen.

Regionalstruktur des Außenhandels

	Export			Import			Saldo	
	1998	1997	1998	1998	1997	1998	1997	1998
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Mrd. S	Mrd. S
OECD aktuell ¹⁾	86,7	+15,5	+ 9,6	88,8	+10,1	+ 7,7	- 86,7	-81,2
OECD	76,7	+13,6	+10,2	81,7	+ 9,1	+ 7,2	-107,2	-98,6
EU (Intra-Handel)	63,8	+13,0	+10,7	69,2	+ 8,0	+ 7,1	-101,4	-92,7
Sonstiges Westeuropa	6,8	+15,1	+ 8,2	4,3	+ 7,3	+ 9,6	15,3	16,1
EFTA	6,0	+13,1	+ 9,4	3,7	+ 5,3	+10,3	13,4	14,4
Schweiz	5,4	+13,6	+10,9	3,6	+ 5,2	+10,3	10,6	11,9
Andere	0,9	+30,0	+ 0,5	0,6	+21,0	+ 5,4	1,9	1,7
Industriestaaten in Übersee	6,1	+18,6	+ 6,8	8,2	+20,2	+ 6,0	- 21,1	-22,0
NAFTA	5,0	+31,3	+17,8	5,9	+30,0	+ 3,3	- 15,3	-11,1
USA	4,1	+34,5	+19,7	5,2	+33,1	+ 4,2	- 16,1	-12,7
Japan	0,9	- 5,1	-20,5	2,3	+ 0,8	+14,0	- 8,4	-12,6
Oststaaten	16,7	+33,7	+ 2,0	11,5	+22,4	+11,5	38,8	31,3
Ost-Mitteuropa ²⁾	10,6	+31,5	+ 5,8	7,7	+25,0	+13,2	20,3	17,3
Südosteuropa ³⁾	4,4	+42,6	+ 1,7	2,0	+24,3	+15,7	19,1	17,4
Frühere UdSSR	1,6	+27,2	-16,9	1,9	+12,3	+ 1,8	- 0,6	- 3,4
Entwicklungsländer	6,6	+14,6	- 3,1	6,7	+15,6	- 4,4	- 6,8	- 5,9
OPEC	1,6	+18,0	- 6,1	1,2	+18,1	-32,7	- 1,7	2,4
NOPEC	5,0	+13,5	- 2,1	5,5	+14,7	+ 5,1	- 5,2	- 8,3
China	0,7	+15,4	+21,8	1,3	+20,0	+ 3,1	- 6,6	- 6,0
Südamerika	1,3	+36,4	+ 1,1	0,8	+24,2	+14,2	3,5	2,8
„Vier Tiger“ ⁴⁾	1,2	+13,6	-22,1	1,5	+ 8,9	+ 5,1	- 0,5	- 3,8
„6 dynamische Länder Asiens“ ⁵⁾	1,5	+ 8,3	-20,1	2,1	+10,9	+ 6,5	- 1,9	- 5,8
Insgesamt	100,0	+16,8	+ 7,8	100,0	+10,9	+ 6,8	- 75,2	-73,2

¹⁾ OECD einschließlich Mexiko, Südkorea, Tschechien, Ungarn, Polen. – ²⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Albanien, Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien. – ⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

9,4%, jene nach Rumänien und Bulgarien um über 30%. In Tschechien verkaufte Österreich um 3,9%, in Polen um 4,8% mehr. Nach Rußland wurde hingegen um 26% weniger geliefert als 1997.

Die Exporte in die Entwicklungsländer (6,6% der Gesamtausfuhr) schrumpften um 3,1%; davon waren die Lieferungen in die OPEC-Staaten (-6,1%) stärker betroffen als jene in die anderen Entwicklungsländer (NOPEC -2,1%). Die Ausfuhr in die „sechs dynamischen Länder in Asien“ schrumpfte um 20,1%, jene nach Japan um 20,5%. Die Exporte nach Südamerika konnten – trotz der Brasilienkrise – auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

MARKTANTEILSGEWINNE IM EXPORT

Mit einer realen Ausweitung der Exporte um 7,8% konnte Österreich nach den bisher verfügbaren Daten

seine Position im internationalen Handel verbessern. Die Exporte der EU 15 nahmen 1998 real um 5,5% zu, der Welthandel wuchs um 4,3%. Österreich war durch die Regionalstruktur seiner Exporte begünstigt. Die EU ermittelt für Österreich ein Marktwachstum von 6,6%.

Da internationale Statistiken (OECD, IMF) keine aktuellen Daten für den österreichischen Außenhandel ausweisen, können keine detaillierten Marktanteile berechnet werden. Die Wirtschaftskammer Österreich erhebt über die österreichischen Handelsdelegierten die erforderlichen Daten. Nach dieser Quelle konnte Österreich seinen Marktanteil am Gesamtimport der meisten EU-Länder erhöhen, u. a. in Deutschland (von 3,7% 1997 auf 3,9% 1998), Italien, Frankreich, Schweden und Spanien. Unverändert oder leicht rückläufig war der österreichische Anteil in Finnland und Großbritannien, größere Positionsverluste erlitt Österreichs Exportwirtschaft

Warenstruktur des Außenhandels

	Export			Import			Saldo	
	1998	1997	1998	1998	1997	1998	1997	1998
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Mrd. S	Mrd. S
Nahrungsmittel	4,5	+19,6	+ 7,5	6,1	+16,3	+ 3,2	-17,2	-16,3
Rohstoffe	3,4	+15,6	+ 1,6	4,0	+21,0	+ 3,6	- 6,7	- 7,4
Holz	1,8	+18,3	+ 4,5	1,0	+12,9	+ 6,0	5,7	5,9
Brennstoffe	0,9	+13,9	-20,5	4,1	+ 9,5	-17,9	-33,1	-27,4
Chemische Erzeugnisse	9,3	+21,2	+ 3,8	10,6	+13,6	+ 6,8	-14,5	-17,5
Bearbeitete Waren	26,6	+11,4	+10,8	18,2	+11,6	+ 6,3	40,7	51,6
Papier	5,0	+ 5,9	+ 6,8	2,1	+10,7	+ 8,2	19,7	20,8
Textilien	3,2	+11,4	+ 5,5	2,6	+ 8,3	+ 1,1	1,9	3,0
Eisen, Stahl	5,8	+12,2	+36,3	2,6	+11,0	+14,6	13,8	23,0
Maschinen, Fahrzeuge	41,1	+17,8	+ 8,0	39,5	+11,7	+10,6	- 8,5	-17,0
Pkw	3,7	+ 5,9	+ 5,6	6,1	-11,2	+16,2	-16,7	-22,2
Konsumnahe Fertigwaren	13,8	+22,5	+ 7,3	16,7	+ 5,5	+ 5,3	-34,4	-34,3
Insgesamt	100,0	+16,8	+ 7,8	100,0	+10,9	+ 6,8	-75,2	-73,2

Weiterhin Probleme in der Außenhandelsstatistik

Mit dem EU-Beitritt Österreichs Anfang 1995 wurde die statistische Basis des Intra-Handels (Warenaustausch mit den EU-Staaten) von der traditionellen Erfassung im Rahmen der Zollabfertigung beim Grenzübertritt auf Meldungen im Zusammenhang mit der Mehrwertsteueranmeldung umgestellt. Nach dieser Zäsur standen lange keine Daten über den österreichischen Außenhandel zur Verfügung oder wurden nur mit einer erheblichen Verzögerung publiziert. Wiederholt wurde auch die Frage gestellt, ob die Außenhandelsstatistik den österreichischen Export und Import auch richtig widerspiegeln (vgl. hierzu Stankovsky, J., „Kräftige Expansion des Außenhandels 1995 wahrscheinlich“, WIFO-Monatsberichte, 1996, (69)4; Egger, P., „Außenhandel expandiert 1997 stark“, WIFO-Monatsberichte, 1998, (71)4).

Seit einiger Zeit liegen wieder aktuelle Außenhandelsdaten vor. Der Publikationsplan des ÖSTAT sieht eine Veröffentlichung zehn Wochen nach dem Ende der Berichtsperiode vor, in der Praxis ergibt sich meist eine weitere Verzögerung von einigen Wochen. Die jeweils zuletzt publizierten Exportdaten werden in den folgenden Monaten systematisch nach oben korrigiert (zumindest um 5% bis 6%; auch ältere Ergebnisse werden geändert, ebenfalls in der Regel nach oben). Die Korrekturen der Importe lassen hingegen kein Muster erkennen. Bisher liegen auch keine Angaben über die Entwicklung der Preise im österreichischen Außenhandel vor.

Die OeNB veröffentlicht sechs Wochen nach dem Ende der Referenzperiode Angaben über Warenzahlungen (Cash-Bilanz) im Außenhandel, die eine wichtige Ergänzung der ÖSTAT-Daten erlauben. Die Cash-Statistiken schließen auch Änderungen der Zahlungsziele ein und sind regional nicht gegliedert.

in Belgien und Luxemburg. Auch in der Schweiz waren die österreichischen Exporteure erfolgreich.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich für Osteuropa, wo Österreich seinen in der Regel recht hohen Marktanteil nicht ganz halten konnte. So ging der österreichische Importmarktanteil in Ungarn von 10,7% auf 9,7% zurück. Auch in Tschechien, Slowenien, Kroatien, Polen und Rußland verlor Österreich Marktanteile. Verbessert hat sich die Position in Bulgarien und Rumänien. In den USA konnten die Exporteure ihren Marktanteil (0,28%) wahren, in Japan gab es Verluste.

KRÄFTIGE ZUNAHME IM EXPORT VON STAHL UND FAHRZEUGEN

Die Stahlkonjunktur hielt das ganze Jahr 1998 hindurch an. Die Exportwachstumsraten flachten zwar zu Jahresende etwas ab, blieben aber zweistellig. Insgesamt stie-

Österreichs Energieimporte

	1973	1981	1994	1997	1998
			Mrd. S		
Brennstoffe, Energie	10,3	62,4	27,7	41,7	34,2
Erdöl und -erzeugnisse	7,1	43,9	17,7	26,4	21,2
Erdöl	3,9	32,8	11,0	15,7	10,6
			Anteile am Gesamtimport in %		
Brennstoffe, Energie	7,5	18,7	4,4	5,3	4,1
Erdöl und -erzeugnisse	5,2	13,1	2,8	3,3	2,5
Erdöl	2,8	9,8	1,8	2,0	1,3
			In % des BIP		
Brennstoffe, Energie	1,9	5,8	1,2	1,7	1,3
Erdöl und -erzeugnisse	1,3	4,1	0,8	1,1	0,8
Erdöl	0,7	3,0	0,5	0,6	0,4
			Erdölpreise		
Importpreis					
\$ je t	638,2	4.351,3	1.416,8	2.095,4	1.282,6
\$ je Barrel	4,1	36,9	16,7	20,6	13,8

gen die Stahlexporte 1998 um 36,3%. Auch die Fahrzeugindustrie hatte eine überdurchschnittlich gute Exportkonjunktur: Lkw +16,7%, Kfz-Teile +21,6%, Schiffe +228,8%, Pkw +5,6%. Die Ausfuhr von elektronischen Mikrochips stieg um 27,6%, jene von Fernsehgeräten um 20,9%. Im Maschinenbereich waren die Exporteure von Baumaschinen und Metallbearbeitungsmaschinen erfolgreich, weniger gut schnitten die Erzeuger von Büromaschinen und Videorekordern ab.

Unter der 10%-Marke blieb die Zunahme der Exporte von Papier, Textilien, Metallwaren und NE-Metallen, der Export konsumnaher Fertigwaren nahm um 7,3% zu (z. B. Bekleidung, Möbel, Musikinstrumente).

BRENNSTOFFIMPORTE AUF HISTORISCHEM TIEFSTWERT

Die österreichische Handelsbilanz wurde 1998 durch die Verbilligung von Erdöl und anderen Brennstoffen spürbar entlastet. Die Einfuhr von Energie ging um 17,9% (7,5 Mrd. S) zurück. Die Brennstoffimporte machten 1998 nur 4,1% der Gesamteinfuhr aus; dies entsprach 1,3% des BIP. Die Vergleichswerte für das Jahr 1973 – vor dem Ausbruch der ersten Erdölpreiskrise – sind mit 7,5% bzw. 1,9% höher. Auf dem Höhepunkt der zweiten Erdölpreiskrise 1981 machten die Brennstoffimporte fast ein Fünftel (18,7%) des Gesamtimports bzw. 5,8% des BIP aus. Die deutlich geringere Abhängigkeit Österreichs von den Brennstoffimporten ist sowohl der Verbilligung als auch den Einsparungen im Energieverbrauch zu verdanken.

Die Einfuhr von Rohöl macht 31% der gesamten Brennstoffimporte aus; Erdölprodukte sind mit etwa einem Viertel, Erdgas mit einem Fünftel beteiligt. Auf Kohle und Koks entfallen – mit sinkender Tendenz – nur etwa 10% der Brennstoffimporte (Ende der achtziger Jahre waren es noch fast 20%), auf elektrischen Strom (mit steigender Tendenz) etwa 7%.

Der Importpreis von Erdöl (1.282 S je t) ging 1998 auf Schillingbasis um 32,1% zurück, die Importpreise von Erdölprodukten um 16,4%, jene von Erdgas um 10,6%. Die Importmenge von Erdöl war 1998 etwa gleich hoch wie 1997, an Erdölprodukten wurde um 18,1% mehr importiert als 1997.

Jan Stankovsky

Statistik: Gabriele Wellan, Sonja Wirgler

KRÄFTIGE LEBENSZEICHEN IM TOURISMUS

Nachdem der österreichische Tourismus seit Anfang der neunziger Jahre unter Nachfrageausfällen und Struktur-schwächen gelitten hatte, belebte sich in der zweiten Jahreshälfte 1997 die Nachfrage nach Österreich-Aufenthalten. Damit entspannte sich die schwierige Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft spürbar, die Marktanteilsverluste im internationalen Reiseverkehr schwächten sich ab. 1998 stabilisierte sich die Wettbewerbsposition im europäischen Reiseverkehr erstmals seit dem Ende der achtziger Jahre. Die Umsätze expandierten im österreichischen Tourismus nominell um 6% (real +4¼%) und erreichten ein Volumen von 192,8 Mrd. S; dabei stiegen die Umsätze im Binnenreiseverkehr stärker (+8¾%) als die Einnahmen im internationalen Reiseverkehr (+5¼%).

Die Umsatzentwicklung koppelt sich weiterhin von der Nächtigungsentwicklung ab – ein Hinweis auf Strukturverbesserungen. Bei nur leicht steigender Nächtigungszahl wurde der Aufwand je Nächtigung um 4¼% gesteigert (nach +5½% im Jahr 1997).

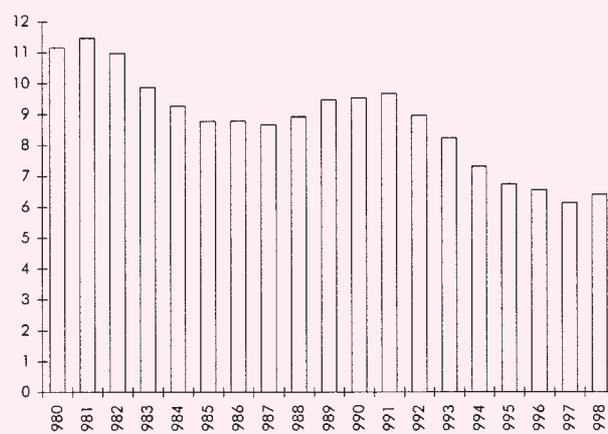
Die Auslandsreisetätigkeit der Österreicher schwächte sich gegenüber 1997 weiter ab und war nominell rückläufig (-1¾%, real -4½%), während die Inlandsaufenthalte zunahm. Die Erholung im Reiseverkehr schlug sich in der Verbesserung der Reiseverkehrsbilanz nieder. Nach Einbußen seit Anfang der neunziger Jahre war 1998 im Vorjahresvergleich eine Zunahme um rund 10 Mrd. S zu verzeichnen. 1998 betrug der Überschub in der Reiseverkehrsbilanz 28,9 Mrd. S.

Die Tourismuswirtschaft profitierte 1998 auch erheblich von Sonderfaktoren wie der österreichischen EU-Präsidentschaft¹⁾ und der Vorbereitung auf die Währungsunion (EWU). Die relativ günstige Positionierung auf dem rasch expandierenden Kurzurlaubsmarkt und die allmählich greifende Strukturverbesserung in Verbindung mit der Modernisierung des Tourismusangebotes unterstützten den Erholungsprozeß maßgeblich.

¹⁾ Smeral, E., Wüger, M., Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Wien, 1999.

Österreichs Wettbewerbsposition im internationalen europäischen Tourismus

Reale Marktanteile in %



Q: IMF, eigene Berechnungen. Gemessen an den internationalen Zahlungsströmen, zu Preisen und Wechselkursen von 1985; 1998: Schätzung.

Die Errichtung der Europäischen Währungsunion (EWU) bedeutet für den Tourismus, daß wechselkursbedingte Verlagerungen der internationalen Reiseströme im Euro-Raum durch die Zentralisierung der Geld- und Wechselkurspolitik wegfallen. Die EWU-Teilnehmer können den nationalen (nominellen) Wechselkurs nicht mehr einsetzen, um strukturelle Ungleichgewichte zu korrigieren. Ein Preiseinfluß geht damit auf die Reiseströme innerhalb des Euro-Raumes nur noch von regionalen Inflationsdifferenzen aus, die jedoch aufgrund des „Stabilitätspaktes“ relativ eng begrenzt sind. Insbesondere der österreichische Tourismus wird von der Schaffung der EWU profitieren, da die früheren Weichwährungsländer mittelfristig relativ stärkere Preissteigerungen verzeichnen werden. Die Wechselkursentwicklung wirkte sich demnach schon in der Vorbereitungsphase der EWU aufgrund der Notwendigkeit, die Konvergenzkriterien einzuhalten, nicht mehr nachteilig auf die österreichische Konkurrenzposition aus²⁾. Dies spiegelt sich 1998 in einer Dämpfung der Auslandsreisen der Österreicher bzw. einer Stimulierung der Besuche von ausländischen Gästen.

MÄSSIGE ZUNAHME DER WINTERUMSÄTZE 1997/98

Nach einer Stagnation in der Wintersaison 1996/97 stiegen die Umsätze der Tourismusbetriebe im Winterhalbjahr 1997/98 um 4% (real +1½%) und erreichten ein Niveau von 94,4 Mrd. S.

Die Aufwendungen der Österreicher im Zuge von Auslandsreisen sanken im Winterhalbjahr 1997/98 nomi-

²⁾ Smeral, E., „Europäische Währungsunion und internationaler Tourismus“, WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(3), S. 187-195.

Entwicklung von Einnahmen und Nächtigungen

	Einnahmen ¹⁾						Nächtigungen ²⁾					
	Inländer	Ausländer Mill. S	Insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer Mill. S	Insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt
Winterhalbjahr												
1979/80	8.161	32.823	40.984	+ 3,0	+12,4	+10,4	11,523	28,274	39,798	+ 5,1	+ 6,8	+ 6,3
1984/85	9.769	47.290	57.060	+ 3,8	+ 8,3	+ 7,5	10,994	34,315	45,309	- 3,7	+ 3,9	+ 2,0
1989/90	11.705	66.048	77.753	+ 5,8	+ 5,4	+ 5,4	10,917	37,931	48,847	- 4,0	- 2,9	- 3,2
1990/91	13.488	71.898	85.385	+15,2	+ 8,9	+ 9,8	11,603	39,786	51,389	+ 6,3	+ 4,9	+ 5,2
1991/92	14.562	76.279	90.841	+ 8,0	+ 6,1	+ 6,4	11,927	41,149	53,075	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,3
1992/93	14.687	78.350	93.036	+ 0,9	+ 2,7	+ 2,4	11,824	42,227	54,051	- 0,9	+ 2,6	+ 1,8
1993/94	15.718	80.230	95.947	+ 7,0	+ 2,4	+ 3,1	11,987	40,911	52,898	+ 1,4	- 3,1	- 2,1
1994/95	15.499	76.374	91.873	- 1,4	- 4,8	- 4,2	12,056	39,351	51,407	+ 0,6	- 3,8	- 2,8
1995/96	15.340	75.576	90.916	- 1,0	- 1,0	- 1,0	11,725	38,777	50,502	- 2,7	- 1,5	- 1,8
1996/97	15.264	75.533	90.797	- 0,5	- 0,1	- 0,1	11,193	37,613	48,807	- 4,5	- 3,0	- 3,4
1997/98	16.330	78.037	94.367	+ 7,0	+ 3,3	+ 3,9	11,617	37,795	49,412	+ 3,8	+ 0,5	+ 1,3
Sommerhalbjahr												
1980	8.973	47.523	56.496	- 3,2	+ 8,5	+ 6,5	16,991	61,235	78,226	+ 2,0	+ 5,3	+ 4,6
1985	10.848	55.691	66.539	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	16,460	51,240	67,700	- 0,5	- 3,3	- 2,6
1990	14.024	78.633	92.657	+ 6,8	+ 9,9	+ 9,4	17,769	56,134	73,903	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,5
1991	15.875	81.131	97.006	+13,2	+ 3,2	+ 4,7	18,776	59,341	78,117	+ 5,7	+ 5,7	+ 5,7
1992	16.068	82.550	98.618	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7	18,736	58,662	77,398	- 0,2	- 1,1	- 0,9
1993	16.278	80.422	96.700	+ 1,3	- 2,6	- 1,9	18,362	55,217	73,580	- 2,0	- 5,9	- 4,9
1994	15.720	72.219	87.939	- 3,4	-10,2	- 9,1	18,225	51,376	69,601	- 0,7	- 7,0	- 5,4
1995	15.995	70.507	86.501	+ 1,7	- 2,4	- 1,6	17,994	47,580	65,574	- 1,3	- 7,4	- 5,8
1996	16.147	70.639	86.787	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,3	17,017	44,863	61,880	- 5,4	- 5,7	- 5,6
1997	16.853	73.149	90.002	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,7	17,154	42,891	60,045	+ 0,8	- 4,4	- 3,0
1998	18.646	78.678	97.324	+10,6	+ 7,6	+ 8,1	17,424	43,785	61,209	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,0

Q: ÖSTAT, OeNB, eigene Berechnungen. – ¹⁾ Inländer und Insgesamt: einschließlich Einnahmen im Zuge von Nächtigungen in unentgeltlichen Unterkünften. – ²⁾ Inländer und Insgesamt: ohne Nächtigungen in unentgeltlichen Unterkünften.

nell leicht (-3/4%), real war der Rückgang mit -4 1/2% deutlich stärker. Im Gegensatz zur Entwicklung der Auslandsreisen erhöhten sich die Aufwendungen der Österreicher im Binnenreiseverkehr relativ kräftig (+7%).

Im Winterhalbjahr 1997/98 war die Zahl der Übernachtungen um rund 1% höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Nominell wandten die Gäste pro Nächtigung um 2 3/4% mehr auf als 1997 (Winterhalbjahr 1996/97 +3 1/4%).

In der Nächtigungsbilanz ergaben sich für die Nächtigungen von Gästen aus der GUS (+30%), aus Tschechien und der Slowakei (+28%), aus Polen (+23 3/4%), Bulgarien (+13%), den USA und Ungarn (je +11%), aus Italien und Großbritannien (je +8 3/4%) sowie Schweden (+3%) merkliche Zuwächse.

Die Aufenthaltsdauer sank weiter deutlich. Sie betrug im Durchschnitt für Inländer 3,8, für Ausländer 5 Tage. Die dynamische Nachfrage der Inländer begünstigte die Entwicklung in der gehobenen Hotellerie.

In den Landeshauptstädten stieg die Zahl der Nächtigungen mit +6% deutlich stärker als im übrigen Österreich (Innsbruck +7 3/4%, Wien +6 3/4%, Salzburg +3 3/4%).

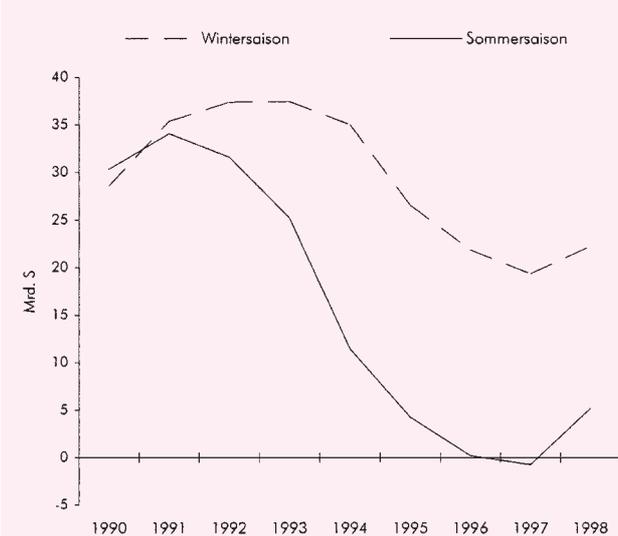
KRÄFTIGES WACHSTUM IN DER SOMMERSAISON 1998

Die Erholung in der Sommersaison hielt weiter an: Die Tourismusumsätze stiegen nach +3 3/4% im Sommer 1997 (real +1 1/2%) im Vorjahr um 8% (real +6 3/4%) und

erreichten 97,3 Mrd. S. Damit sind die Umsätze der Sommersaison erstmals seit 1993 wieder höher als jene der Wintersaison.

Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen sanken leicht, während die Ausgaben der Inländer für Österreich-Urlaube mit +10 1/2% außergewöhnlich kräftig ausgeweitet wurden. Bevorzugte Ziele waren das Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien; in Wien kam die Zunahme der Dienstreisen im Zuge der EU-Präsidentschaft zum Tragen.

Entwicklung des Reiseverkehrssaldos



Q: OeNB, WIFO.

Nächtigungsentwicklung nach der Herkunft

	1994	1995	1996	1997	1998	1994	1995	1996	1997	1998
	In 1.000					Anteile in %				
<i>Insgesamt</i>	122.360	117.115	112.936	109.066	111.131	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>Inländer insgesamt</i>	30.144	30.123	28.719	28.504	29.278	24,64	25,72	25,43	26,13	26,35
Wien	8.667	8.528	7.942	7.644	7.653	7,08	7,28	7,03	7,01	6,89
Andere Bundesländer	21.477	21.595	20.777	20.860	21.625	17,55	18,44	18,40	19,13	19,46
<i>Ausländer insgesamt</i>	92.216	86.991	84.217	80.562	81.853	75,36	74,28	74,57	73,87	73,65
Belgien, Luxemburg	2.705	2.615	2.564	2.427	2.254	2,21	2,23	2,27	2,23	2,03
Dänemark	820	803	792	781	822	0,67	0,69	0,70	0,72	0,74
Deutschland	61.992	58.430	56.304	52.822	52.783	50,66	49,89	49,85	48,43	47,50
Finnland	104	112	124	140	165	0,08	0,10	0,11	0,13	0,15
Frankreich	2.354	2.134	2.011	1.851	1.890	1,92	1,82	1,78	1,70	1,70
Griechenland	128	135	141	157	163	0,10	0,12	0,12	0,14	0,15
Großbritannien	3.190	2.716	2.370	2.478	2.673	2,61	2,32	2,10	2,27	2,41
Italien	2.638	2.211	2.274	2.378	2.606	2,16	1,89	2,01	2,18	2,34
Niederlanden	8.019	7.516	7.029	6.728	6.787	6,55	6,42	6,22	6,17	6,11
Norwegen	110	127	119	170	158	0,09	0,11	0,11	0,16	0,14
Schweden	810	710	620	613	625	0,66	0,61	0,55	0,56	0,56
Schweiz	2.875	2.903	2.972	2.783	2.803	2,35	2,48	2,63	2,55	2,52
Bulgarien	74	72	66	50	56	0,06	0,06	0,06	0,05	0,05
Polen	336	391	484	587	697	0,27	0,33	0,43	0,54	0,63
Rumänien	70	72	90	74	85	0,06	0,06	0,08	0,07	0,08
Tschechien, Slowakei	403	488	579	649	779	0,33	0,42	0,51	0,60	0,70
Ungarn	615	623	568	600	648	0,50	0,53	0,50	0,55	0,58
Australien, Neuseeland	175	180	178	204	255	0,14	0,15	0,16	0,19	0,23
Japan	478	498	539	558	563	0,39	0,43	0,48	0,51	0,51
Kanada	162	152	154	140	152	0,13	0,13	0,14	0,13	0,14
USA	1.393	1.328	1.412	1.411	1.595	1,14	1,13	1,25	1,29	1,44
Andere Länder	2.765	2.775	2.827	2.961	3.294	2,26	2,37	2,50	2,71	2,96

Q: ÖSTAT; Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Die Reiseverkehrsbilanz verbesserte sich in der Sommersaison deutlich: Nachdem der Saldo seit Anfang der neunziger Jahre (1992 +31,6 Mrd. S) deutlich gesunken und 1997 mit 800 Mill. S negativ gewesen war, erhöhte er sich 1998 kräftig, sodaß wieder ein Überschuß von rund 5 Mrd. S verbucht werden konnte.

Die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr stiegen mit +7½% ebenfalls kräftig, erreichten jedoch die hohe Steigerungsrate des Binnenreiseverkehrs nicht. Sowohl im Binnenreiseverkehr als auch im Ausländer-tourismus ergab sich eine deutliche Steigerung des Aufwands je Nächtigung. Ähnlich wie in der Wintersaison ging die Aufenthaltsdauer weiter zurück (Inländer 3,9, Ausländer 4,5 Tage).

Die Nächtigungsbilanz nach Herkunftsmärkten ergab relativ kräftige Zuwächse für Gäste aus der GUS (+50%), aus Rumänien (+44½%), Bulgarien (+19½%), den USA (+13¾%), aus Italien (+10%), den Niederlanden (+7½%), Polen (+7¾%), Großbritannien (+7%), Tschechien und der Slowakei (+6½%) sowie aus Ungarn (+5¾%).

Im Städtetourismus wurde insgesamt eine Nächtigungssteigerung von 5¼% realisiert (Wien +6¼%, Bregenz +6%, Salzburg +4¼%, Innsbruck +3%), während die Zahl der Übernachtungen im übrigen Österreich gegenüber dem Vorjahr nur leicht zunahm.

Egon Smeral
Statistik: Sabine Fragner

KRÄFTIGE KONSUMAUSWEITUNG BEI STEIGENDER SPARQUOTE

Die Erfüllung der Aufnahmekriterien für die Währungsunion erforderte u. a. eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den einzelnen EU-Ländern. Die dazu notwendige restriktive Fiskalpolitik engte den Expansionspielraum der Nachfrage der privaten Haushalte ein, sodaß die Wirtschaftsentwicklung hauptsächlich von der Exportnachfrage getragen wurde.

Auch in Österreich dämpften in den Jahren 1996 und 1997 Maßnahmen des Strukturanpassungsgesetzes 1996 die Einkommensentwicklung. Nach Simulationen mit dem WIFO-Makromodell¹⁾ entwickelten sich die Realeinkommen der privaten Haushalte in diesem Zeitraum um gut 2% pro Jahr schwächer als ohne diese fiskalischen Eingriffe.

Aufgrund einer in der Vergangenheit immer wieder beobachteten gewissen Trägheit im Verhalten der österreichischen Konsumenten, die auf Änderungen der Einkommenssituation verzögert und/oder nur dann reagieren, wenn sie diese als dauerhaft einschätzen, schwächte sich die Konsumnachfrage nicht so deutlich ab wie die Einkommensentwicklung. Die Sparquote der privaten Haushalte (jener Teil des Einkommens, der nicht für Zwecke des privaten Konsums verwendet wird,

¹⁾ Lehner, G., Schebeck, F., Weber, A., Makroökonomische Effekte des Strukturanpassungsgesetzes 1996, Studie des WIFO im Auftrag des Rechnungshofes, Wien, 1999.

Privater Konsum, Masseneinkommen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

Nominell

	Privater Konsum	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Sparen ¹⁾	Konsumkredite ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd S	
1994	+ 5,1	+ 5,0	+ 84,85	+ 18,21
1995 ³⁾	+ 4,5	+ 2,7	+ 89,49	+ 49,10
1996	+ 4,9	+ 0,9	+ 45,75	+ 32,17
1997	+ 2,8	- 1,1	+ 44,10	+ 28,22
1998	+ 2,6	+ 2,9	+114,45	+ 39,44

¹⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. – ²⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkredite an denselben Personenkreis. – ³⁾ Sparen und Konsumkredite enthalten seit dem IV. Quartal 1995 Institutionen ohne Erwerbscharakter.

in Prozent des Einkommens) ging pro Jahr um gut 1 Prozentpunkt zurück, sodaß der dämpfende Effekt der Budgetkonsolidierung abgefedert wurde²⁾. Allerdings ließ das oben beschriebene Verhaltensmuster der privaten Haushalte erwarten, daß sie angesichts einer Besserung der Einkommensentwicklung die Sparquote wieder an ein Normalniveau heranzuführen würden.

Die Österreicher gaben 1998 für Zwecke des privaten Konsums rund 1.450 Mrd. S aus, um 2,6% mehr als ein Jahr davor. Nach Ausschaltung der Inflation (gemessen am impliziten Deflator des privaten Konsums) übertrafen die Konsumausgaben der privaten Haushalte das Vorjahresniveau um 1,7%. Der reale Zuwachs war etwa so hoch wie in Deutschland und deutlich höher als 1997 (+0,7%), als die Nachfrage durch die erwähnten fiskalischen Maßnahmen gedämpft worden war. Die größte Nachfragerhöhung war in der Verbrauchsgruppe Verkehr und Nachrichten (+4,3%) zu beobachten. Die deutliche Zunahme der Tabaknachfrage war vor allem einer Verlagerung der Einkäufe in Osteuropa (die von der Statistik nicht erfaßt worden waren) nach Österreich infolge restriktiver Einfuhrbestimmungen zuzuschreiben. Der Rückgang des Konsums von Bildung, Unterhaltung und Erholung war hauptsächlich auf die schwache Nachfrage nach Auslandsurlauben (-4,6%) zurückzuführen.

Das Konsumwachstum beschleunigte sich im Jahresverlauf nur geringfügig (1. Halbjahr +1,6%, 2. Halbjahr +1,7% im Vorjahresvergleich). Die Konjunktur- und Trendkomponente verstärkte sich deutlicher: Saisonbereinigt waren die Konsumausgaben der privaten Haushalte im 2. Halbjahr 1998 um gut 1% höher als im 1. Halbjahr.

Das relativ kräftige Konsumwachstum wurde aufgrund einer günstigen Einkommensentwicklung trotz des erwartungsgemäßen Anstiegs der Sparneigung realisiert. Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Massen-

²⁾ Rein saldenmechanisch wurde die Verringerung des Defizits der öffentlichen Haushalte zwischen 1995 und 1997 zur Hälfte durch den Rückgang des Finanzierungssaldos der privaten Haushalte gedeckt; siehe Marterbauer, M., Walterskirchen, E., „Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Budgetkonsolidierungspolitik in der EU“, in diesem Heft.

Entwicklung des privaten Konsums

Real

	Ø 1976/1996	1996	1997	1998
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nahrungsmittel und Getränke	+ 1,2	- 2,6	+ 0,1	+ 0,4
Tabakwaren	- 0,0	- 2,3	+ 6,1	+11,7
Kleidung	+ 0,4	+ 0,1	- 1,4	+ 1,7
Wohnungseinrichtung und Hausrat ¹⁾	+ 2,1	+ 3,2	+ 0,9	+ 0,6
Heizung und Beleuchtung	+ 2,8	+ 6,7	- 3,2	- 1,2
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,6	- 0,3
Verkehr	+ 2,7	+ 5,2	- 1,4	+ 4,3
Sonstige Güter und Leistungen	+ 6,4	+ 3,6	+ 3,4	+ 5,4
Privater Konsum insgesamt	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,7

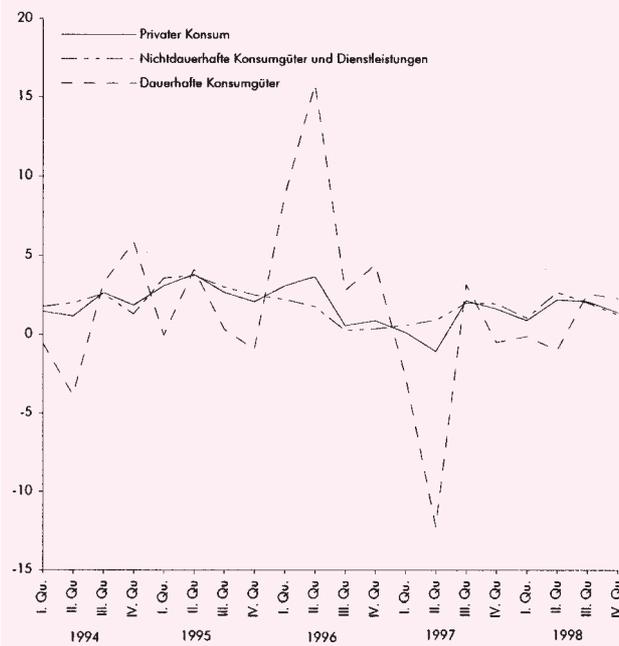
Q: ÖSTAT, eigene Berechnungen; vorläufige Werte. – ¹⁾ Einschließlich Haushaltsführung.

einkommen (Nettoeinkommen der Unselbständigen) 1998 real um 1,9% zu. Dank der günstigen Konjunktur stiegen die übrigen Einkommen noch stärker, sodaß die verfügbaren persönlichen Einkommen insgesamt das reale Vorjahresniveau sogar um 2,7% übertrafen. Aus der Gegenüberstellung von Einkommens- und Konsumentwicklung ergibt sich ein Anstieg der Sparquote gegenüber 1997 um rund 1 Prozentpunkt; sie erreichte damit 1998 8,3³⁾. Dieses Niveau ist wesentlich niedriger als das des Jahres 1995 (9,8%), vor dem Inkrafttreten der fiskalischen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

³⁾ Der durchschnittliche österreichische Haushalt verwendete demnach 1998 91,7% seines Einkommens zur Befriedigung seiner Konsumwünsche.

Nachfrageentwicklung nach Güterarten des privaten Konsums

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %, zu Preisen von 1983



Umsätze im Groß- und Einzelhandel

Real

	Ø 1973/ 1996	1996	1997	1998
	Jährliche Verände- rung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandel	+3,1	-1,2	+3,3	+1,6
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+2,3	+2,9	+0,8	-1,0
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+0,8	-7,3	+1,4	+2,8
Fertigwaren	+4,5	-1,9	+5,4	+3,2
Einzelhandel	+1,9	+2,1	±0,0	+2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+3,2	+5,5	+0,5	+4,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+1,4	+0,4	-0,2	+1,5

Q: Indizes des ÖSTAT, Ø 1973 = 100.

Die steigende Sparneigung der Österreicher zeigt sich auch im Bankensparen. Die Spar-, Sicht- und Termineinlagen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten nahmen 1998 per Saldo um knapp 115 Mrd. S zu, das Geldvermögen insgesamt um rund 305 Mrd. S, um über 40% stärker als im Vorjahr.

Die insgesamt lebhaftere Konsumnachfrage hatte zugleich einen Anstieg der Konsumkredite zur Folge. Die Kredite an private Haushalte ohne Bausparkredite erhöhten sich 1998 per Saldo um fast 40 Mrd. S, deutlich stärker als 1997.

Die kräftige Steigerung der Konsumnachfrage und die zunehmende Bereitschaft zur Verschuldung dürften auch mit der günstigen Entwicklung der Konsumentenstimmung zusammenhängen. Nach den von der EU-Kommission geförderten Erhebungen von Fessel + GfK war der „Vertrauensindex“ (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) 1998 um 20,4% höher als 1997. Auch die Preisentwicklung wurde angesichts der anhaltenden Preisstabilität, die Arbeitslosigkeit wegen der relativ guten Konjunktur optimistischer gesehen.

UMSATZZUWÄCHSE IM EINZELHANDEL HÖHER ALS IM GROSSHANDEL

Die beträchtliche Ausweitung der Ausgaben der Österreicher für Auslandsurlaube⁴⁾ und die mäßige Entwicklung des Ausländerreiseverkehrs engten den Expansionspielraum der Umsätze im Einzelhandel in den vorangegangenen Jahren ein⁵⁾. Die Umsätze des Einzel-

⁴⁾ Die Einkaufsausgaben der Österreicher im Ausland waren (laut Fessel + GfK) 1995 im Zuge des EU-Beitritts und der Liraabwertung deutlich gestiegen und entwickelten sich seither relativ schwach.

⁵⁾ Ausgaben der Österreicher im Ausland kommen einem Kaufkraftverlust für den heimischen Handel gleich. 20% der Ausgaben der ausländischen Touristen in Österreich entfallen auf „Shopping“, sodaß ein schwacher Ausländerreiseverkehr den Geschäftsgang im Einzelhandel dämpft.

Umsätze und Wareneingänge im Groß- und Einzelhandel

Nominell

	Ø 1973/ 1996	1996	1997	1998
	Jährliche Verände- rung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandel				
Umsätze	+5,2	-1,8	+2,7	+1,2
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+3,8	-1,5	+0,1	-0,0
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+4,1	-4,3	+3,6	+0,3
Fertigwaren	+6,4	-1,8	+3,5	+3,1
Wareneingänge	+5,1	-1,9	+1,8	+1,1
Einzelhandel				
Umsätze	+4,9	+2,1	-0,1	+2,6
Dauerhafte Konsumgüter	+5,8	+4,6	-1,6	+3,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+4,6	+1,0	+0,5	+2,4
Wareneingänge	+4,9	+3,0	+0,6	+2,6

Q: Indizes des ÖSTAT, Ø 1973 = 100; Nettowerte (ohne Mehrwertsteuer).

handels wuchsen nicht zuletzt aus diesem Grund langsamer als die Konsumausgaben der Österreicher. 1998 gaben die Österreicher für Auslandsurlaube weniger aus als 1997, und der Ausländertourismus in Österreich entwickelte sich relativ günstig. Dementsprechend fiel das reale Umsatzplus des Einzelhandels gegenüber dem Vorjahr mit +2,5% im Gegensatz zu den Vorjahren etwas höher aus als die Konsumsteigerung.

Die Einzelhandelsumsätze nahmen im 2. Halbjahr (+2,6%) etwas rascher zu als im 1. Halbjahr (+2,5%). Entgegen ersten Berichten waren die Umsätze im Weihnachtsgeschäft nicht rückläufig⁶⁾. Saisonbereinigt waren die realen Umsätze in der zweiten Jahreshälfte um knapp 1,5% höher als in der ersten. Der Geschäftsgang hat sich also konjunktur- und trendbedingt belebt.

Da die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern stark auf Einkommensänderungen und Konjunkturschwankungen reagiert, wuchsen die Umsätze des Einzelhandels mit diesen Gütern überdurchschnittlich (+4,6%). Besonders stark erhöhten sich die Umsätze mit Computern (Näh-, Strick- und Büromaschinen +30,5%) sowie optischen und feinmechanischen Erzeugnissen (+10,5%), während die Umsätze mit Möbeln und Heimtextilien (-3%) aufgrund der schwachen Wohnungsnachfrage rückläufig waren. Der Einzelhandel mit nichtdauerhaften Waren, dessen Umsätze erfahrungsgemäß wenig auf Einkommensänderungen reagieren, setzte 1998 real um 1,5% mehr um als 1997.

Der Geschäftsgang des Großhandels hängt neben der Entwicklung der Konsumnachfrage auch von jener der Industrieproduktion und des Außenhandels ab und ist dadurch relativ konjunktur reagibel. Deutlichen Umsatzzuwachsen im 1. Halbjahr 1998 (+3,2%) stand infolge

⁶⁾ Nach der Umsatzstatistik des ÖSTAT, der Basis für die Berechnung der Wirtschaftsleistung in Österreich, setzte der Einzelhandel im Dezember – ähnlich wie vom WIFO prognostiziert – real um 2,3% mehr um als ein Jahr zuvor.

der Konjunkturdämpfung im 2. Halbjahr eine Stagnation gegenüber. Im Jahresdurchschnitt waren die realen Umsätze des Großhandels um 1,6% höher als ein Jahr zuvor; Fertigwaren (+3,2%) sowie Rohstoffe und Halbwaren (+2,8%) wurden mehr umgesetzt, Agrarprodukte weniger (-1,0%).

Seit 1995 sind die Preise im Handel gemessen an den impliziten Deflatoren im Jahresdurchschnitt infolge eines verschärften Wettbewerbsdrucks (EU-Beitritt) und zum Teil auch infolge der restriktiven Fiskalpolitik (Einzelhandel) nicht mehr gestiegen. 1998 waren kaum Preisänderungen zu beobachten (Einzelhandel +0,1%, Großhandel -0,3%).

Die Produktivität – gemessen als realer Umsatz je Beschäftigten – erhöhte sich 1998 sowohl im Einzelhandel (+2,1%) als auch im Großhandel (+2,7%) infolge von Rationalisierungen weiter. Die tatsächliche Entwicklung wird dabei im Einzelhandel statistisch unterschätzt, weil die Ausweitung der Beschäftigung hauptsächlich auf Teilzeitbasis erfolgte.

Die Lager blieben 1998 im Handel weitgehend unverändert. Die Wareneingänge wuchsen im Einzel- wie auch im Großhandel etwa gleich stark wie die Umsätze.

*Michael Wüger
Statistik: Martina Einsiedl*

VERFALL DER ROHSTOFFPREISE DÄMPFT INFLATION

Im Jahr 1998 schwächte sich der Preisauftrieb in nahezu allen Industrieländern ab. Im Durchschnitt der OECD-Länder (ohne Türkei) ging die Steigerungsrate der Verbraucherpreise auf 2,0% zurück. Auch in Österreich ließ der Preisauftrieb deutlich nach, die Teuerungsrate sank unter die Marke von 1%.

KRÄFTIGER RÜCKGANG DER ROHSTOFFPREISE

Die Mäßigung des Preisauftriebs im Laufe des Jahres ist vor allem dem Verfall der Rohstoffpreise zuzuschreiben, der im Herbst 1997 einsetzte und über das gesamte Jahr 1998 anhielt. Im IV. Quartal 1998 waren die Rohstoffpreise laut HWWA-Index auf Dollarbasis um 27% niedriger als im Vorjahr; im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Rückgang um 22,4%. Sowohl nichtenergetische Rohstoffe als auch Energierohstoffe verbilligten sich im Verlauf des Jahres; allerdings war der Preisverfall der Energierohstoffe mit -29% im Jahresdurchschnitt deutlicher ausgeprägt als jener der nichtenergetischen Rohstoffe (-13,7%). Da der Dollar im Durchschnitt 1998 nur noch leicht aufwertete (+1,4%), ermäßigte sich auch die Kostenbelastung der heimischen Verarbeiter kräftig. Energierohstoffe verbilligten sich auf Schillingbasis ge-

Entwicklung der Preise

	Ø 1988/1998 Jährliche Veränderung in %	1997 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1998 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Weltmarktpreise insgesamt			
Dollarbasis	- 0,8	- 1,8	-22,4
Schillingbasis	- 0,8	+13,0	-21,0
Ohne Energierohstoffe	- 1,4	+16,1	-12,3
Nahrungs- und Genußmittel	- 0,2	+22,2	-10,8
Industrierohstoffe	- 2,0	+13,7	-13,1
Agrarische Industrierohstoffe	- 2,1	+11,3	-13,0
NE-Metalle	- 4,0	+17,8	-19,4
Energierohstoffe	- 0,8	+11,0	-27,8
Preisindex des Bruttoinlandsproduktes	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,0
Importpreise, Waren	+ 0,4	+ 1,3	- 1,5
Exportpreise, Waren	+ 0,2	+ 1,1	- 0,0
Preisindex des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,9
Anlageinvestitionen	+ 2,2	+ 1,2	+ 0,4
Bauten	+ 3,0	+ 2,1	+ 0,4
Ausrüstungen	+ 1,0	- 0,5	+ 0,6
Privater Konsum	+ 2,7	+ 2,0	+ 0,9

genüber dem Vorjahr um 27,8%, nichtenergetische Rohstoffe um 12,3%.

Auf der Stufe des Großhandels gaben die Preise nur geringfügig nach (-0,5%), da in den ersten Monaten des Jahres noch der Anstieg der Rohstoffpreise aus dem Jahr 1997 weiterwirkte. Im Laufe des Jahres 1998 gingen die Preise merklich zurück. Die Vorjahresveränderungsrate ermäßigte sich besonders deutlich für Intermediärgüter ($\pm 0\%$ im I. Quartal auf -3,4% im IV. Quartal). Investitionsgüter waren im IV. Quartal um 1,2%, Konsumgüter um 1,1% billiger als 1997.

INFLATIONSRATE FÄLLT UNTER DIE MARKE VON 1%

Die Teuerung erreichte laut Verbraucherpreisindex mit +0,9% erstmals seit dem Jahr 1955 eine Rate unter der Marke von 1%. In den Jahren 1986 und 1987, die bezüglich der Entwicklung der Rohstoffpreise dem Jahr 1998 ähneln, ermäßigte sich die Inflationsrate nur auf 1,7% bzw. 1,4%.

Die Dämpfung der Teuerungsrate, die bereits das Jahr 1997 gekennzeichnet hatte, hielt auch 1998 an. Die Inflationsrate bildete sich von 1,2% zu Jahresbeginn auf 0,7% zu Jahresende zurück. Seit April 1998 ist das Preisniveau nahezu unverändert.

Eine Aufgliederung des Verbraucherpreisindex nach Komponenten, deren Preise sich auf ähnliche Weise bilden, zeigt, daß die Preise fast aller Untergruppen sinkende Tendenz haben. Ausnahmen sind die Nahrungsmittel und Sachgüter im Bereich der Wohnung (Baumaterial):

- *Nahrungsmittel* weisen bereits seit Mitte 1996 einen Aufwärtstrend auf, nach +1,6% im Jahr 1997 verteuerten sie sich 1998 um 1,9%. Allerdings wird die Entwicklung dieser Gruppe stark von der Bewegung der *Saisonwarenpreise* bestimmt, die im Jahresdurchschnitt um 7,6% stiegen. Die Preise von Nahrungsmitteln

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1988/1998 Jährliche Ver- änderung in %	1997 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1998 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Index der Verbraucherpreise	+2,6	+1,3	+0,9
Saisonwaren	+2,4	+2,5	+7,6
Nichtsaisonwaren	+2,6	+1,3	+0,8
<i>Verbrauchsgruppen</i>			
Ernährung und Getränke	+2,1	+1,7	+1,8
Tabakwaren	+2,2	+3,3	+0,9
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+4,3	+2,3	+2,8
Beleuchtung und Beheizung	+1,3	+3,3	-2,0
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+2,1	+0,5	+0,9
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+2,2	+0,3	-0,0
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+2,2	-0,5	+1,7
Körper- und Gesundheitspflege	+3,6	+0,2	+0,9
Freizeit und Bildung	+2,6	+0,7	+1,4
Verkehr	+2,4	+1,1	-1,1
<i>Gliederung nach Warenart</i>			
Nahrungsmittel	+1,7	+1,5	+1,9
Tabakwaren	+2,2	+3,3	+0,9
Industrielle und gewerbliche Waren	+1,9	-0,2	+0,2
Dienstleistungen	+3,4	+1,8	+1,3
Tarife	+2,9	+1,7	+3,2
Energie	+2,0	+3,0	-3,3
Mieten	+5,0	+3,9	+3,1
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+3,5	+0,6	+2,8
Abgaben	+5,7	+1,8	+1,6

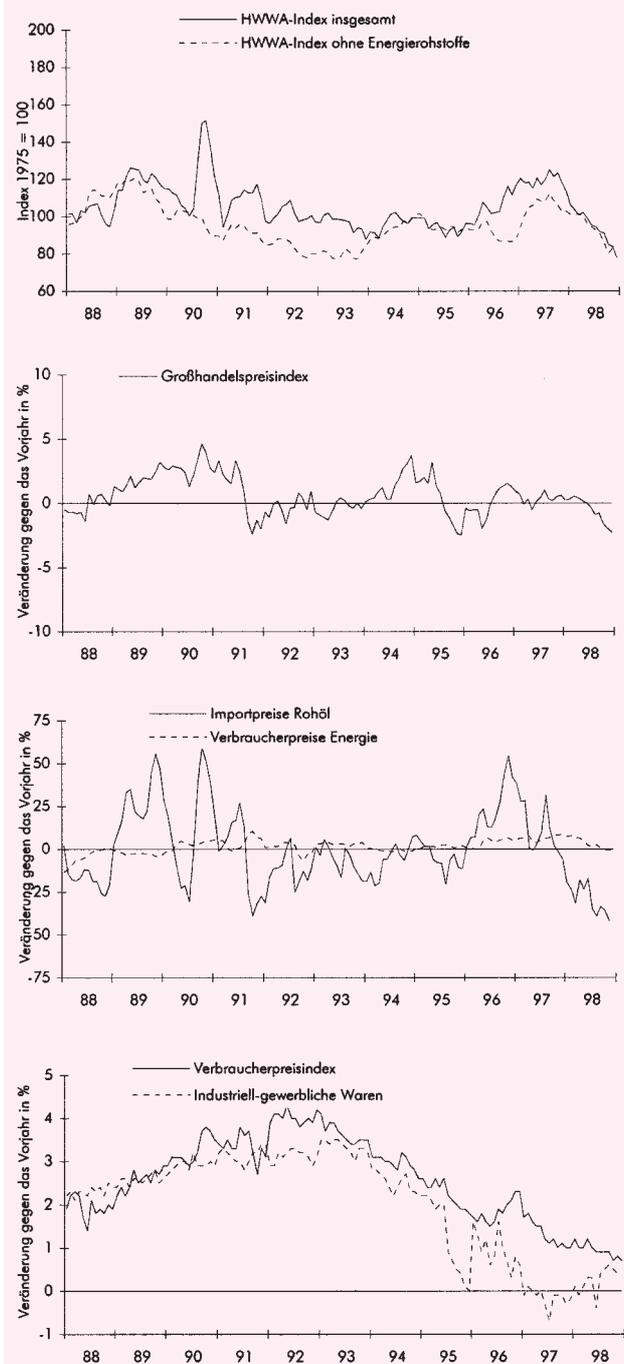
teln ohne Saisonprodukte und ohne Fleisch, Geflügel und Fische wiesen bei sinkendem Trend eine Steigerungsrate von 1,6% auf; Fleisch, Geflügel und Fische verteuerten sich, ebenfalls mit sinkender Tendenz, um nur 0,5%.

- Die andere Gruppe, die sich stärker als im Vorjahr verteuerte, waren die im VPI erfaßten *Baumaterialien* (+3,7%).

Der Verfall der Rohölpreise auf den Weltmärkten drückte sich in den Energiepreisen, die im VPI erfaßt werden, am stärksten aus. Diese sanken im gesamten Jahresverlauf; im Jahresdurchschnitt errechnet sich ein Rückgang um 3,3%. Die Verbilligung von Energie trug somit fast ½ Prozentpunkt zum Rückgang der Inflationsrate bei: Wenn man die Energiepreise aus dem VPI ausschaltet, ergibt sich eine um 0,4 Prozentpunkte höhere Inflationsrate. Berücksichtigt man auch indirekte Effekte, vor allem auf die Preise von industriellen Waren, und bezieht in die Berechnung alle Rohstoffpreise ein, so erhöht sich die Auswirkung auf nahezu -¾ Prozentpunkte.

In der Gruppe der *industriellen und gewerblichen* Waren hielt die Phase stabiler Preise an. Hier schlug vor allem der Rückgang der Rohstoffpreise sowie der Lohnstückkosten Österreichs und der wichtigsten Handelspartner durch. Die *Dienstleistungspreise* wurden auch 1998 durch niedrige Lohnzuwachsrate sowie die verzögerten Auswirkungen des EU-Beitritts gedämpft: Nach 1,8% im Jahr 1997 lag die Teuerungsrate in diesem Bereich 1998 bei nur 1,3%. Freilich trug zu dieser Entwicklung auch die mäßige Erhöhung von *öffentlichen Tarifen* bei (+1,5%). Der Preisauftrieb flaute auch im Bereich des

Überblick über die Preisentwicklung



Wohnungsaufwands (Mieten einschließlich Betriebskosten) auf 3,1% ab, wohl als Folge des reichlichen Angebotes an Neuwohnungen und der Verlangsamung der allgemeinen Inflation, soweit die Mieten an den Verbraucherpreis gebunden sind. Gemeindeabgaben (einschließlich Rauchfangkehrergebühren) wurden ebenfalls etwas weniger stark als im Vorjahr angehoben.

GEDÄMPFTES LOHNWACHSTUM

Die Konjunkturbelebung im Jahr 1997 fand angesichts einer deutlich niedrigeren Teuerungsrate als im Jahr da-

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1997	1998	1997	1998	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+2,4	+2,3	+1,4 ¹⁾	+2,2 ¹⁾	+1,8	+2,2
Ohne öffentlichen Dienst	+2,4	+2,3	+2,2 ¹⁾	+2,2 ¹⁾	+2,3	+2,2
Gewerbe	+2,4	+2,2	+2,2	+2,0	+2,3	+2,1
Baugewerbe	+2,7	+2,3	+2,2	+2,0	+2,5	+2,2
Industrie	+2,4	+2,6	+3,4	+3,1	+2,8	+2,8
Handel	+2,0	+1,7	+1,9	+1,7	+2,0	+1,7
Verkehr	+2,5	+1,5	+0,8 ¹⁾	+2,3 ¹⁾	+1,1	+2,1
Tourismus	+2,3	+2,5	+1,6	+1,7	+2,2	+2,3
Geld, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+1,5	+1,7	+1,5	+1,7
Freie Berufe	.	.	+1,8	+1,9	+1,8	+1,9
Land- und Forstwirtschaft	+1,9	+1,8	+1,9	+1,7	+1,9	+1,8
Öffentlicher Dienst	.	.	±0,0 ²⁾	+2,2 ²⁾	±0,0	+2,2

¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Bedienstete.

Effektivverdienste

	1996	1997	1998 ¹⁾
	In S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
ÖNACE			
Produzierender Bereich			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	31.198	+2,2	+2,0
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	186	+2,0	+2,2
Sachgüterproduktion			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	31.210	+2,1	+2,8
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	186	+2,2	+2,7
Bauwesen			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	28.369	+2,5	+0,5
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	170	+1,6	+1,4
Fachverbandsgliederung			
Industrie			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	33.379	+2,3	+2,5
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	198	+2,4	+2,2

Q: ÖSTAT, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ Durchschnitt Jänner bis November.

vor und der weiter steigenden Arbeitslosenquote in der Herbstlohnrunde noch keinen Niederschlag, und die Lohnabschlüsse entsprachen im großen und ganzen jenen vom Herbst 1996.

Nach einer zweijährigen Pause, in der nur Einmalzahlungen vereinbart worden waren, einigten sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes schon im September 1997 auf eine generelle Anhebung der Bruttogehälter um 466 S ab 1. Jänner 1998. Das entspricht im Durchschnitt einer Gehaltssteigerung um 1,7%, bedeutet aber gegenüber dem Gehaltsniveau im Jahr 1997 einen Einkommenszuwachs von nur 0,7%.

Für die Metallarbeiter und Industrieangestellten wurden um 2,7% höhere Kollektivvertragslöhne und um 2,1% höhere Ist-Löhne und -Gehälter vereinbart. Den Forderungen der Arbeitgeber nach größerer Flexibilität wurde mit einer „Verteilungsoption“ entgegengekommen, die es den Unternehmen erlaubt, die Ist-Löhne generell um nur 1,9% zu erhöhen, wenn mit dem Betriebsrat eine Einigung über die individuelle Verteilung von 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme zugunsten jüngerer Mitarbeiter mit niedrigem Einkommen und guter Leistung erzielt wird. Das Metallgewerbe folgte im wesentlichen diesem Abschluß. Die Handelsangestellten schlossen mit durchschnittlich +1,7% etwas schwächer ab als im Jahr zuvor.

Die wichtigsten Abschlüsse in der Frühjahrslohnrunde 1998 sahen für die Arbeiter der Chemieindustrie um 2,8% höhere Kollektivvertragslöhne und um 2,2% höhere Ist-Löhne vor; die Erdölindustrie folgte dem Abschluß der Metallindustrie. In der papier- und pappezeugenden Industrie wurden die Kollektivvertragslöhne um 2,4% und die Ist-Löhne um 1,7% erhöht, und im graphischen Gewerbe wurde ein Lohn- und Gehaltsabschluß vereinbart, der eine Anhebung der Mindestlöhne 1998 um 2,2% und mit 1. April 1999 um 2,3% vorsieht. In der Bauwirtschaft und im Gastgewerbe gestalteten sich die Verhandlungen langwierig und schwierig: In der Bauwirtschaft wurden einige Neuregelungen bezüglich Zeitausgleich, Pausen und Höhengzulagen getroffen und

die kollektivvertraglichen Mindestlöhne (ab 1. Mai 1998) um 2,0% angehoben. Im Gastgewerbe trat mit einer Verspätung von einem Monat am 1. Juli 1998 ein Kollektivvertrag in Kraft, der um 3,95% höhere Tariflöhne und einen Mindestlohn von 12.100 S vorsieht.

Die Tariflöhne stiegen im Jahresdurchschnitt 1998 in der Gesamtwirtschaft um 2,2%, und zwar einheitlich im öffentlichen und privaten Sektor. Nach einer deutlichen Abschwächung in den letzten zwei Jahren, die zu einem erheblichen Teil durch die Stagnation der Gehälter im öffentlichen Dienst bedingt war, beschleunigte sich damit das Tariflohnwachstum um fast ½ Prozentpunkt. In der Privatwirtschaft entwickelten sich die Mindestlöhne und -gehälter mit +2,2% etwa wie im Vorjahr (+2,3%). Mit +2,8% stiegen die Tariflöhne in der Industrie am stärksten. Während sich aber auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Tariflöhne der Arbeiter und der Angestellten mit rund +2¼% relativ gleichmäßig entwickelten, blieben in der Industrie die Mindestlöhne der Arbeiter mit +2,6% um ½ Prozentpunkt hinter denen der Angestellten (+3,1%) zurück. Im Gewerbe und im Baugewerbe erhöhten sich dagegen die Tarifgehälter der Angestellten (+2,0%) schwächer als die Tariflöhne der Arbeiter (+2¼%). Am niedrigsten waren die kollektivvertraglichen Mindestlohnsteigerungen im Handel und im Finanzsektor (+1,7%), und auch in der Land- und Forstwirtschaft sowie in den Freien Berufen blieb der Zuwachs unter 2%.

Die Belebung der Konjunktur spiegelt sich deutlich in der Entwicklung der Effektivverdienste des Jahres 1998. Hatte die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme nach den Berechnungen des ÖSTAT 1997 um nur 1,1% zugenommen, so stieg sie 1998 um 3,6%. 1997 hatten Ausgliederungen aus dem öffentlichen Sektor Verschiebungen zwischen der öffentlichen (-13,3%) und der privaten Lohnsumme (+5,3%) zur Folge, 1998 stiegen die private (+3,8%) und die öffentliche Lohn- und Gehaltssumme (+2,9%) wieder in Übereinstimmung mit langfristigen Relationen. Die Leistungseinkommen je

Löhne und Einkommen

	Ø 1988/1998 Jährliche Ver- änderung in %	1997 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1998
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten			
Brutto nominell	+ 3,8	+ 0,7	+ 2,6
Brutto real ¹⁾	+ 1,1	- 1,3	+ 1,7
Netto nominell	+ 3,2	- 1,8	+ 2,1
Netto real ¹⁾	+ 0,5	- 3,8	+ 1,2
Lohn- und Gehaltssumme insgesamt	+ 4,7	+ 1,1	+ 3,6
Privat	+ 5,0	+ 5,3	+ 3,8
Öffentlich	+ 3,4	-13,3	+ 2,9
Transfereinkommen, brutto	+ 5,4	+ 0,4	+ 2,6
Abzüge insgesamt	+ 6,5	+ 7,5	+ 4,5
Masseneinkommen, netto	+ 4,4	- 1,1	+ 2,9
Real ¹⁾	+ 1,7	- 3,1	+ 1,9

¹⁾ Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Konsums.

unselbständig Erwerbstätigen, die sich 1997 nicht nur konjunkturbedingt, sondern auch durch einen Wechsel der Berechnungsmethode des ÖSTAT mit +0,7% nur sehr schwach erhöhten, stiegen 1998 um 2,6%. Bei einer Tariflohnsteigerung um 2,2% ergab sich damit in der Gesamtwirtschaft eine positive Lohndrift von fast ½ Prozentpunkt. Nach dem deutlichen Rückgang in den zwei Jahren zuvor stiegen die realen Nettoeinkommen 1998 um 1,2%.

Im gesamten produzierenden Bereich laut ÖNACE-Gliederung errechnet sich für die Monatsverdienste eine Rate von +2%, in der Sachgüterproduktion von +2,8% und im Bauwesen von nur +0,5%. In der Industrie laut Fachverbandsgliederung erhöhten sich die Monatsverdienste 1998 um 2,5% und die Stundenverdienste um 2,2%; bei einem Tariflohnanstieg von 2,8% ergibt sich damit in der Industrie und in der Bauwirtschaft eine negative Lohndrift, während sich in der Gesamtwirtschaft die Effektivverdienste günstiger entwickelten als die Mindestlöhne.

DEUTLICHE ZUNAHME DER REALEN NETTO-
MASSENEINKOMMEN

Die Zunahme der Pro-Kopf-Einkommen war 1998 auch von einer Ausweitung der Beschäftigung (+1%) begleitet; damit beschleunigte sich das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme auf 3,6%. Nach zwei Jahren der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, in denen die Steigerung der öffentlichen Transferleistungen stark gebremst (1997 +0,4%), aber die Abzüge (+7,5%) deutlich erhöht wurden, nahmen 1998 bei gedämpftem Anstieg der Abzüge (+4,5%) die Transfers wieder um 2,6% zu. Die Nettomasseneinkommen stiegen damit nach einem nominellen Rückgang (-1,1%) wieder um 2,9%, und die reale Kaufkraft erhöhte sich um 1,9% (1997 -3,1%).

HERBSTLOHNRUNDE 1998

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Herbstlohnrunde 1998 waren zwiespältig: Einer kräfti-

Lohnrunde 1998

Arbeiter	Kollektivvertragsabschluß		
	Zeitpunkt	Mindestlöhne ¹⁾	Ist-Löhne Erhöhung in %
<i>Arbeiter</i>			
Metallgewerbe	Jänner	+2,7	+1,9
Erdölverarbeitung	Februar	+2,7	
Papierverarbeitung	März	+2,4	+1,7
Druck und Grafik	April	+2,2	
Textilindustrie	April	+2,3	
Stein- und keramische Industrie	Mai	+2,1	
Bauwirtschaft	Mai	+2,0	
Baubeneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+1,5 ²⁾	
Holzverarbeitung	Mai	+2,1	+1,7
Chemische Industrie	Mai	+2,8	+2,2
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+2,6	
Glasindustrie	Juni	+1,7 ³⁾	
Bekleidungsindustrie	Oktober	+2,0	
Metallindustrie	November	+3,7	+2,7 ⁴⁾
<i>Angestellte</i>			
Handel	Jänner	+1,7	
Banken	Februar	+1,6 ³⁾	
Holzverarbeitung	März	+2,1	
Versicherungen	April	+1,9	
Textilindustrie	April	+2,4	
	Juni	+1,8	
Papierindustrie	September	+2,6	+2,0 ⁴⁾
Glasindustrie	November	+2,4	+1,9 ⁴⁾
Chemische Industrie	November	+3,4	+2,5 ⁴⁾
Metallindustrie	November	+3,7	+2,9 ⁴⁾
Stein- und keramische Industrie	November	+2,6	+1,8
Papierverarbeitung	November	+2,6	+1,8

¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ August +0,5%. – ³⁾ Jänner +0,3%. – ⁴⁾ Mit einer Verteilungsoption, die eine höhere Ist-Lohnanhebung bedeuten kann. – ⁵⁾ Jänner +0,2%.

gen Produktivitäts- und Ertragssteigerung, begleitet von entsprechenden Exporterfolgen in der ersten Jahreshälfte, standen in einigen Branchen der Verfall der Preise und die Erwartung einer Wachstumsdämpfung infolge der Finanzkrise in Südostasien und Rußland gegenüber.

In diesem makroökonomischen Umfeld eröffneten die Verhandlungen der Metallarbeiter und der Industriearbeitenden die Herbstlohnrunde: Der Abschluß sieht eine Anhebung der tarifvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter um 3,7% und der Ist-Löhne und -Gehälter um 2,9% sowie eine einmalige Konjunkturprämie von 2.500 S vor. Wie im Vorjahr wurde eine „Optionsklausel“ vereinbart, die es den Betrieben erlaubt, die generelle Ist-Lohnerhöhung mit 2,7% zu begrenzen, wenn in Abstimmung mit dem Betriebsrat zusätzlich 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme individuell leistungsbezogen verteilt werden. Mit diesem Kollektivvertrag wurde in der Metallindustrie die arbeitsrechtliche Gleichstellung zwischen Arbeitern und Angestellten abgeschlossen und ein Mindestlohn von 14.900 S erreicht. Niedrigere Gehaltsanhebungen – für die Kollektivvertragslöhne zwischen +2,3% und +3,2% und für die Ist-Löhne zwischen +1,8% und +2,5% – sehen die Kollektivverträge für die Angestellten in den Branchen Chemie-, Glas-, papier- und pappeverarbeitende Industrie sowie der Stein- und keramischen Industrie vor. Eine ähnliche Vereinbarung wie für die Metallindustrie erzielten die Bediensteten der Elektrizitätswirtschaft: die arbeitsrechtliche Gleichstel-

lung von Arbeitern und Angestellten, Kollektivvertragserhöhungen um 3,0% bis 3,7% und Ist-Lohnsteigerungen um 2,3% bis 2,7% sowie eine Einmalzahlung von 2.500 S. In der Papierindustrie wurde nach langwierigen Verhandlungen vereinbart, bis 2002 die 36-Stunden-Woche einzuführen, die Kollektivvertragsgehälter um 2,6% und die Ist-Gehälter um 2,2% bzw. im Rahmen einer Verteilungsoption um 2,0% bis 2,5% anzuheben.

Zum Jahresbeginn tritt traditionell eine Reihe von Kollektivvertragsvereinbarungen in Kraft: Im Metallgewerbe, dessen Kollektivvertragspartner der Metallindustrie nur teilweise folgten, wurden die Mindestlöhne um 3,7% und die Ist-Löhne (ohne Einmalzahlung) um 2,5% angehoben. Die Kollektivvertragsgehälter der Handelsangestellten wurden um 2,2% und die Gehälter der öffentlich Bediensteten um 2,5% erhöht.

Für die Beschäftigten der Kreditinstitute sieht der neue Kollektivvertrag eine Gehaltserhöhung von 2,2% mit 1. Februar 1999 und in einem „Vorabschluß“ ab 1. Februar 2000 die Abgeltung der Inflation zuzüglich einer im Herbst auszuhandelnden zusätzlichen Erhöhung von höchstens 0,7% vor.

Mit 1. April wurden in der Textilindustrie die Kollektivvertragslöhne um 2,5% und die Ist-Löhne um 2,3% angehoben, die Gehälter in der Versicherungswirtschaft um 2,0%.

Laut Tariflohnindex ergibt sich für die ersten zwei Monate 1999 eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Tariflöhne um 2,5%, für die Privatwirtschaft um 2,5% und den öffentlichen Dienst um 2,4%.

*Alois Guger, Wolfgang Pollan
Statistik: Eva Latschka, Annamaria Rammel*

TROTZ GÜNSTIGER BESCHÄFTIGUNGS- ENTWICKLUNG KEIN ABBAU DER ARBEITSLOSIGKEIT

Der Aufschwung der letzten zwei Jahre reichte aus, um die Beschäftigungsverluste der Jahre 1996 und 1997 wettzumachen. 1998 erhöhte sich besonders die Zahl der unselbständig Beschäftigten (1998 +21.100, +0,7% gegenüber dem Vorjahr, einschließlich Bezieher von Karenzurlaubsgeld und Präsenzdienner), die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen stieg nur geringfügig (1998 +1.000, +0,3%). Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft sinkt. Die Expansion der Selbständigenzahl im gewerblichen Bereich gleicht diese Verluste gerade aus.

Die Belegung der Nachfrage nach Arbeitskräften schlug sich vor allem in der Frauenbeschäftigung nieder: Mehr als 80% des Anstiegs der Erwerbstätigkeit entfielen auf

Der Arbeitsmarkt im Überblick

	1994	1995	1996	1997	1998
Erwerbstätige	3,451.800	3,439.500	3,415.700	3,424.500	3,446.600
Frauen	1,454.600	1,450.100	1,445.300	1,454.200	1,472.600
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	3,070.700	3,068.200	3,047.300	3,055.600	3,076.700
Frauen	1,309.100	1,310.800	1,308.500	1,316.000	1,332.300
Selbständige und Mithelfende ²⁾	381.100	371.300	368.400	368.900	369.900
Frauen	145.500	139.300	136.800	138.200	140.300
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	214.900	215.700	230.500	233.300	237.800
Frauen	94.400	95.700	102.500	104.800	108.400
Erwerbspersonen	3,666.800	3,655.200	3,646.200	3,657.800	3,684.400
Frauen	1,549.000	1,545.800	1,547.800	1,559.000	1,580.900
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)					
Erwerbsquote ⁴⁾	67,8	67,5	67,2	67,2	67,6
Männer	77,4	77,1	76,6	76,5	76,5
Frauen	57,9	57,7	57,6	57,8	58,5
Beschäftigungsquote ⁵⁾	63,8	63,5	62,9	62,9	63,2
Männer	73,0	72,7	71,9	71,8	71,8
Frauen	54,4	54,1	53,8	54,0	54,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote ⁶⁾	6,5	6,6	7,0	7,1	7,2
Männer	6,4	6,4	6,9	6,9	6,9
Frauen	6,7	6,8	7,3	7,4	7,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO, eigene Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Erwerbspersonen. – ⁵⁾ Erwerbstätige.

Frauen (+18.400, großteils unselbständig Beschäftigte: +16.300).

Trotz der markanten Beschäftigungsausweitung sank die Zahl der Ausländer infolge der restriktiven Ausländerbeschäftigungspolitik im Jahre 1998 unter das Vorjahresniveau (-200, -0,1%). Eine Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit der Ausländer war die Folge (+900, +3,4% gegenüber dem Vorjahr). Der Beschäftigungsrückgang betrifft nur Drittstaatsangehörige, die Zahl der in Österreich beschäftigten EU-Staatsbürger steigt weiter.

Da sich 1998 das Arbeitskräfteangebot stärker erhöhte als die Nachfrage nach Arbeitskräften, konnte eine weitere Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit nicht verhindert werden (+4.400, +1,9%). Sie traf fast ausschließlich Frauen.

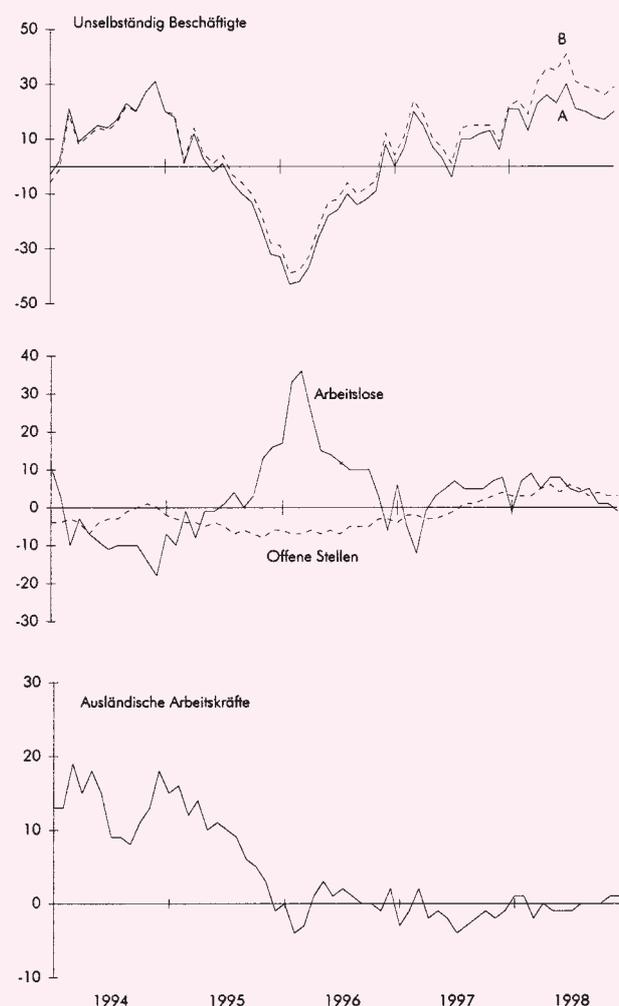
Die Arbeitslosenquote erreichte 7,2% der Unselbständigen und 6,5% des gesamten Arbeitskräfteangebotes. Das war der höchste Wert seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Berechnung gemäß EU-Standards, die zwar einen internationalen Vergleich, nicht jedoch einen Vergleich mit der österreichischen Vergangenheit zuläßt¹⁾, ergibt auf Basis vorläufiger Zahlen einen geringfügigen Anstieg von 4,4% 1997 auf 4,5% 1998.

Die amtliche Statistik der Arbeitslosigkeit entspricht den Anforderungen der Arbeitslosenversicherung; eine den

¹⁾ Zur Berechnung der international vergleichbaren EU-Arbeitslosenquote siehe Biffl, G., „Erfassung der ‚wahren‘ Arbeitslosigkeit in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(1).

Der Arbeitsmarkt seit 1994

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



A . . . offizielle Daten (einschließlich Bezieher von Karenzurlaubsgeld), B . . . ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld. – Die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde durch die Neuregelung der Bezugsdauer von Karenzurlaubsgeld stark beeinflusst; die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung ist nur aus B ersichtlich.

internationalen Abgrenzungen vergleichbare Zahl der Arbeitslosen erhält man, wenn man von der beim AMS registrierten Arbeitslosigkeit die Zahl der geringfügig beschäftigten Arbeitslosen und jene Personengruppe abzieht, die eine Einstellungsversicherung hat (1998 52.500).

Die so bereinigte Zahl der Arbeitslosen betrug 1998 167.200. Die vergleichsweise hohe Zahl der Arbeitslosen mit Einstellungsversicherung in den Daten des Arbeitmarktservice, im wesentlichen Saisonarbeitslose, erklärt den Großteil der Abweichung zwischen beiden Datenquellen.

Das Arbeitskräfteangebot reagiert in Österreich rasch und signifikant auf konjunkturbedingte Schwankungen der Nachfrage. Mit dem Aufschwung setzte 1997 eine Angebotsausweitung ein, die 1998 ihren einstweiligen Höhepunkt erreichte. Im Jahresdurchschnitt 1998 wurden 3,684.400 Erwerbspersonen statistisch erfaßt, um 26.500 oder 0,7% mehr als im Vorjahr. Damit wurde das bisher höchste Niveau des Arbeitskräfteangebotes seit dem Zweiten Weltkrieg von 3,668.300 1993 um fast 16.100 oder 0,4% überschritten. Das bedeutet aber nicht, daß der Grad der Integration der Personen im erwerbsfähigen Alter in den Arbeitsmarkt einen Höchstwert erreicht hätte. Die Erwerbsquote war mit 67,6% (Männer 76,5%, Frauen 58,5%) niedriger als in den frühen neunziger Jahren (1992 68,3%) und viel niedriger als ihre Höchstwerte in den frühen sechziger Jahren (1961 69,5%, Männer 89,9%, Frauen 51,7%) und Mitte der siebziger Jahre (1977 69,1%, Männer 84,8%, Frauen 54,3%).

DER DIENSTLEISTUNGSSEKTOR ALS MOTOR DER BESCHÄFTIGUNG

Da die Arbeitsproduktivität weiterhin äußerst rasch stieg, war die Arbeitskräftenachfrage 1998 angesichts eines BIP-Wachstums von 3,3% relativ schwach. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen (Selbständige und Unselbständige) um 22.100 (+0,6%) auf 3,446.600. Weil die Steigerung der Arbeitsproduktivität auch in früheren Phasen schwächerer Konjunktur stets über 2% lag, entstanden kaum Auslastungsreserven. Der Aufschwung schlug sich daher rasch in einer Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften nieder.

Der Zuwachs der Beschäftigung konzentriert sich auf den Dienstleistungssektor: Der Anstieg der aktiven unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftsklassen von

Der Arbeitsmarkt der Unselbständigen 1998

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Karenzurlaubsgeld-bezieher	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1994	3,070.700	+15.800	85.400	214.900	- 7.300	30.200	- 2.700
Ø 1995	3,068.200	- 2.500	82.800	215.700	+ 800	25.000	- 5.200
Ø 1996	3,047.300	-20.900	78.800	230.500	+14.800	19.400	- 5.600
Ø 1997	3,055.600	+ 8.300	75.000	233.300	+ 2.800	19.000	- 400
Ø 1998	3,076.700	+21.100	66.800	237.800	+ 4.400	23.100	+ 4.100
1998, Ø I. Quartal	3,011.300	+18.100	72.500	286.200	+ 5.100	20.100	+ 3.100
Ø II. Quartal	3,074.300	+24.200	65.600	220.700	+ 7.000	25.100	+ 4.900
Ø III. Quartal	3,149.100	+23.700	63.900	199.800	+ 4.600	25.300	+ 5.000
Ø IV. Quartal	3,072.000	+18.400	65.200	244.500	+ 1.100	21.900	+ 3.300

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

29.800 oder 1% entfiel ausschließlich auf – insbesondere unternehmensbezogene – Dienstleistungen. Im öffentlichen Bereich i. w. S. war die Nachfrage 1998 zurückhaltend, im Tourismus belebte sie sich nur mäßig. Im Handel und im Nachrichtenwesen expandierte die Beschäftigung aber wieder deutlich.

Die unselbständige Beschäftigung war in der Land- und Forstwirtschaft 1998 leicht rückläufig (–600, –2,2%), ebenso in der Bauwirtschaft (–2.100, –0,8%).

In der Sachgüterproduktion stagnierte die Beschäftigung insgesamt; der (qualifikationsintensive) Technologiesektor stellte aber zusätzliche Mitarbeiter ein und neutralisierte so den Abgang in anderen Branchen. Im Maschinenbau, Gerätebau und in der Fahrzeugzulieferung, aber auch in der Chemieindustrie expandierte die Beschäftigung 1998 wieder. Diese Entwicklung geht in ihrer Bedeutung weit über den unmittelbaren Beschäftigungseffekt in der Sachgüterproduktion hinaus, weil jeder Arbeitsplatz in diesem Bereich weitere Beschäftigung unter Dienstleistern generiert. Der positive Impuls ist vor allem in der Entwicklung der unternehmensorientierten Dienste abzulesen.

Ein Teil der Beschäftigungsexpansion dieser Branche betrifft den Arbeitskräfteverleih. Seit der Auslagerung des AMS aus der Hoheitsverwaltung im Jahre 1994 werden zunehmend Verleihfirmen etabliert. Laufende Daten über die Entwicklung dieses Sektors stehen nur für den privatwirtschaftlichen Bereich zur Verfügung, nicht jedoch für den gemeinnützigen Sektor. Die zunehmende Beschäftigung im Arbeitskräfteverleih bringt eine gewisse Verzerrung der Dynamik der Beschäftigung nach Branchen in der amtlichen Statistik. Daher wäre es wichtig, die Struktur und das Ausmaß der Beschäftigung in Verleihfirmen zu erfassen, um Fehlschlüsse bezüglich der branchenspezifischen Beschäftigungsentwicklung zu vermeiden.

Die Zahl der privaten Arbeitskräfteverleiher hat sich seit ihren Anfängen im Jahre 1989 von 367 auf 742 im Jahre 1998 erhöht; die Zahl der Betriebe, die Arbeitskräfte über Verleiher beschäftigen, stieg von rund 2.300 auf etwa 6.400. Die Zahl der bei Verleihfirmen Angestellten nahm von etwa 7.900 im Jahre 1989 bis 1998 auf 20.800 zu; ihr Anteil an allen unselbständig Beschäftigten vergrößerte sich demzufolge von 0,3% im Juli 1989, dem Jahr der Genehmigung des Arbeitskräfteverleihs, auf etwa 0,7% im Juli 1998.

Seit Beginn arbeiten insbesondere Männer als Leihbeschäftigte (1998 84%). Vor allem für ältere Arbeitskräfte dürfte dies ein Weg aus der Arbeitslosigkeit zurück in die Beschäftigung sein. Der Arbeitskräfteverleih konzentriert sich auf den industriell-gewerblichen Bereich, wird aber in der Statistik des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger dem Dienstleistungssektor zugezählt.

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten erreichte 1998 mit 162.500 den bisher höchsten Wert. Das kann als In-

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

	1997		1998	
	Stand	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Absolut	Absolut	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	26.191	25.616	– 575	– 2,2
Bergbau, Industrie und Gewerbe	928.767	926.566	– 2.201	– 0,2
Bergbau, Steine und Erden	14.455	14.270	– 185	– 1,3
Nahrung, Getränke, Tabak	79.552	77.648	– 1.904	– 2,4
Textilien, Bekleidung, Leder	45.530	44.296	– 1.234	– 2,7
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	84.410	83.792	– 618	– 0,7
Chemie, Recycling	57.716	58.586	+ 870	+ 1,5
Stein- und Glaswaren	30.252	30.192	– 60	– 0,2
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	271.024	275.534	+ 4.510	+ 1,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	47.497	46.531	– 966	– 2,0
Energie- und Wasserversorgung	31.623	31.150	– 473	– 1,5
Bauwesen	266.708	264.567	– 2.141	– 0,8
Dienstleistungen	2.013.550	2.046.125	+32.575	+ 1,6
Handel, Reparatur	478.500	482.498	+ 3.998	+ 0,8
Gaststättenwesen	142.767	144.507	+ 1.740	+ 1,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	222.854	225.003	+ 2.149	+ 1,0
Kredit- und Versicherungswesen	109.626	109.783	+ 157	+ 0,1
Unternehmensnahe Dienstleistungen	203.874	216.462	+12.588	+ 6,2
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	469.651	474.518	+ 4.867	+ 1,0
Unterrichtswesen	117.624	118.653	+ 1.029	+ 0,9
Gesundheits, Veterinär- und Sozialwesen	136.305	137.753	+ 1.448	+ 1,1
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	127.693	132.429	+ 4.736	+ 3,7
Private Haushalte	4.656	4.519	– 137	– 2,9
Präsenzdiener	12.082	11.587	– 495	– 4,1
Bezieher von Karenzurlaubsgeld	74.981	66.772	– 8.209	–10,9
Insgesamt	3.055.569	3.076.665	+21.096	+ 0,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO. Die Bereinigung der Wirtschaftsklassenzuordnung in Oberösterreich vom Juli 1997 erforderte eine rückwirkende Korrektur für den Zeitraum Jänner 1995 bis Juni 1997.

diz für die Zunahme auch anderer unkonventioneller Beschäftigungsverhältnisse gesehen werden. Die Zahl jener geringfügig Beschäftigten, die kein zusätzliches Sozialversicherungsverhältnis haben, steigt kontinuierlich. Sie lag zum Stichtag 1. Juli 1998 bei 76.100 und war damit um 12.400 (+20%) höher als zwei Jahre zuvor. Im Gegensatz dazu war die Zahl der geringfügig Beschäftigten mit sozialversicherungsrechtlicher Absicherung leicht rückläufig (–3.100, –3,4%). Der Großteil von ihnen geht einer pensionsversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit nach (43.700 oder 51%). Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert. Auch die Zahl der Arbeitslosen, die mangels einer traditionellen Beschäftigung einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, war etwas geringer als im Vorjahr. Sie stellen aber mit 18.100 noch immer 21% aller sozialversicherungsrechtlich abgesicherten geringfügig Beschäftigten. 23.300 geringfügig Beschäftigte waren 1998 Pensionisten, etwa ebenso viele wie im Jahr davor (27% aller sozialversicherungsrechtlich abgesicherten geringfügig Beschäftigten).

Etwa 72% der geringfügig Beschäftigten sind Frauen, der Anteil der Männer steigt allerdings leicht. Geringfügig Beschäftigte sind in fast allen Branchen tätig. Deutliche Branchenschwerpunkte sind der Handel (1998 rund

Geringfügig Beschäftigte

Stichtag 1. Juli

	1996	1997	1998	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
				1996	1997	1998
Insgesamt	143.619	158.121	162.452	+11,9	+10,1	+ 2,7
Nur geringfügig beschäftigt	63.624	68.662	76.056	+13,6	+ 7,9	+10,8
1 geringfügige Beschäftigung	60.592	65.195	72.375	+13,3	+ 7,6	+11,0
2 und mehr geringfügige Beschäftigungen	3.032	3.467	3.681	+21,2	+14,3	+ 6,2
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	79.995	89.459	86.396	+10,5	+11,8	- 3,4
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	41.320	45.281	43.732	+10,7	+ 9,6	- 3,4
Leistung aus der Arbeitslosenversicherung	16.036	19.866	18.140	+18,1	+23,9	- 8,7
Leistungsbezug aus der Krankenversicherung	510	547	642	- 1,2	+ 7,3	+17,4
Eigenpension	21.484	23.153	23.306	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,7
Mehrere Versicherungsverhältnisse	645	612	576	+ 9,1	- 5,1	- 5,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

38.000 oder 21% aller geringfügig Beschäftigten), die unternehmensorientierten Dienstleistungen (34.000 oder 19%) und der Tourismussektor (16.000 oder 9%). Auch der öffentliche Sektor bietet geringfügige Beschäftigung an, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich sowie der Hoheitsverwaltung.

TROTZ DYNAMISCHER ARBEITSKRÄFTE- NACHFRAGE ABBAU DER AUSLÄNDER- BESCHÄFTIGUNG

Die Dynamik der Nachfrage nach Arbeitskräften ließ 1998 einen Anstieg der Ausländerbeschäftigung erwarten. Das institutionelle Umfeld erschwerte allerdings die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte aus Drittstaaten. Den Daten des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger zufolge schrumpfte die Ausländerbeschäftigung um 400 auf 298.600. Rund 27.000 oder 8,3% der ausländischen unselbständig Beschäftigten sind Bürger der EU bzw. des EWR. Ihre Zahl hat sich seit Inkrafttreten der Freizügigkeit im Jahre 1994 (EWR-Abkommen) von 19.000 auf 27.000 erhöht (+8.000, +42%), d. h. jährlich um etwa 2.000, zugleich sank die Zahl der Beschäftigten aus Drittstaaten im Jahre 1998 um etwa 2.000 oder 0,6% auf 271.300. Diese Entwicklung wird in der Sozialversicherungsstatistik allerdings unterschätzt, da die Einbürgerung von Ausländern nur im Fall eines Betriebswechsels erfaßt wird. Nach Daten des AMS

zur bewilligungspflichtigen Beschäftigung dürften im Jahresdurchschnitt 1998 240.000 Drittstaatsangehörige beschäftigt gewesen sein, um etwa 7.000 oder 3% weniger als im Vorjahr (und um 31.000 weniger als gemäß Sozialversicherungsdaten). Ein Teil des Rückgangs der Zahl der Drittstaatsangehörigen könnte aus der Verringerung der Zahl der Befreiungsscheininhaber infolge von Einbürgerungen resultieren.

Die Abnahme der Beschäftigung von Ausländern schlug sich in einem schwachen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit der Ausländer nieder. Die Arbeitslosenquote der Ausländer erhöhte sich auf 8,7% (1997 8,4%), während jene der Inländer nur von 6,9% im Jahre 1997 auf 7% 1998 stieg.

UNGEBROCHEN HOHE ARBEITSLOSIGKEIT

Im Jahresdurchschnitt war die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen mit 237.800 um 4.400 höher als im Vorjahr (+1,9%). Der Anstieg betraf fast ausschließlich Frauen. Dafür sind zum Teil institutionelle Faktoren verantwortlich, zum Teil der Strukturwandel jener Arbeitsmärkte, auf denen Frauen in hohem Maße beschäftigt sind. Die Arbeitslosigkeit nahm nämlich vor allem in Dienstleistungsberufen zu, insbesondere in Handels- und Büroberufen, in der Reinigung und in Tourismusberufen. In diesen 4 Bereichen erreichte die Zahl der arbeitslosen

Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt ¹⁾		Anteile an der Gesamtbeschäftigung ¹⁾ in %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %		Stand	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %
Ø 1994	291.000	+15.000	+ 5,4	9,5	25.400	-1.600	- 6,1
Ø 1995	300.300	+ 9.300	+ 3,2	9,8	24.900	- 600	- 2,2
Ø 1996	300.400	+ 100	+ 0,0	9,9	27.600	+2.700	+10,9
Ø 1997	298.800	- 1.600	- 0,5	9,8	27.500	- 100	- 0,3
Ø 1998	298.600	- 200	- 0,1	9,7	28.500	+ 900	+ 3,4
1998, Ø I. Quartal	288.100	- 100	- 0,0	9,6	39.000	+ 700	+ 1,8
Ø II. Quartal	300.900	- 800	- 0,3	9,8	25.700	+1.400	+ 5,8
Ø III. Quartal	309.600	- 300	- 0,1	9,8	18.900	+1.000	+ 5,8
Ø IV. Quartal	295.700	+ 400	+ 0,1	9,6	30.300	+ 600	+ 1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. - ¹⁾ 1993 WIFO-Schätzung der Beschäftigungsentwicklung.

Die Arbeitslosigkeit 1998

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1994	120.600	- 6.100	94.400	- 1.200	214.900	- 7.300
Ø 1995	120.000	- 600	95.700	+ 1.300	215.700	+ 800
Ø 1996	128.000	+ 8.000	102.500	+ 6.800	230.500	+14.800
Ø 1997	128.600	+ 600	104.800	+ 2.300	233.300	+ 2.800
Ø 1998	129.400	+ 900	108.400	+ 3.600	237.800	+ 4.400
1998, Ø I. Quartal	176.600	- 100	109.600	+ 5.200	286.200	+ 5.100
Ø II. Quartal	113.300	+ 2.100	107.400	+ 4.900	220.700	+ 7.000
Ø III. Quartal	98.300	+ 1.400	101.500	+ 3.200	199.800	+ 4.600
Ø IV. Quartal	129.500	+ 0	114.900	+ 1.100	244.500	+ 1.100

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Frauen 69.400 (+3.000 gegenüber dem Vorjahr), das waren 64% aller arbeitslosen Frauen.

Institutionelle Faktoren, die das Ausmaß der Frauenarbeitslosigkeit sichtbar machen, sind die Verkürzung des Anspruchs auf Karenzurlaubsgeld, die 1998 zum Tragen kam, und der zunehmende Einsatz alternativer Beschäftigungsformen, der die Fluktuation der Arbeitskräfte und damit die Fluktuationsarbeitslosigkeit erhöht. Die Änderung der Karenzgeldregelung hatte vor allem deshalb einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge, weil immer mehr Frauen aus der Arbeitslosigkeit heraus den Karenzurlaub antreten und daher nach Ablauf der Karenzzeit nicht zu einem Arbeitsplatz zurückkehren können. Dieses Sichtbarwerden der Arbeitslosigkeit muß nicht mit einer Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme der Frauen verbunden sein.

Rein statistisch gesehen hat sich allerdings die geschlechtsspezifische Differenz der Arbeitslosenquote 1998 erhöht (Männer 6,9%, Frauen 7,5%), obschon der Frauenförderung im Nationalen Aktionsplan ein wichtiger Platz eingeräumt wurde.

Die Arbeitsmarktchancen der gering qualifizierten Arbeitslosen haben sich verschlechtert. Für Personen ohne Pflichtschulabschluß ist die Arbeitsplatzsuche besonders schwierig, ebenso für Pflichtschul- und Lehrabsolventen (insbesondere Männer), für Frauen auch mit mittlerem und höherem Schulabschluß. Die Arbeitslosigkeit von Akademikern ist hingegen rückläufig.

Die Arbeitslosigkeit differiert stark zwischen den Altersgruppen. Während die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, mit dem Alter eher abnimmt, steigt die durchschnittliche Verweildauer der älteren Arbeitnehmer stark.

Tendenziell erhöhte sich die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit auf dem Sekundärarbeitsmarkt (Jugendliche, Frauen und ältere Arbeitskräfte). Die Zugänge zur Arbeitslosigkeit stiegen 1998 um 3.700 auf 691.300. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit veränderte sich hingegen gegenüber dem Vorjahr kaum (durchschnittlich 127 Tage).

Relativ günstig entwickelte sich der Arbeitsmarkt für Jugendliche, allerdings mit deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschieden. Der gesamte Rückgang der Ju-

Die Arbeitslosigkeit in der administrativen und der EU-Statistik

Jahresdurchschnitt

	1995		1996		1997		1998
	Administrative Statistik	Mikrozensus	Administrative Statistik	Mikrozensus	Administrative Statistik	Mikrozensus	Administrative Statistik
Arbeitslose							
Lebensunterhaltskonzept	215.700	173.400	230.500	192.800	233.300	195.200	237.800
- Geringfügig Beschäftigte	- 13.600	- 29.700	- 16.000	- 32.400	- 19.900	- 30.500	- 18.100
- Mit Einstellungsuzugabe	- 51.000	-	- 51.300	-	- 51.100	-	- 52.500
= Labour-Force-Konzept	151.000	143.700	163.200	160.400	162.300	164.700	167.200
Unselbständig Beschäftigte							
Lebensunterhaltskonzept	3.068.200	3.144.900	3.047.300	3.143.700	3.055.600	3.155.500	3.076.700
+ Geringfügig Beschäftigte	+ 89.900	+ 76.600	+101.100	+ 51.800	+111.700	+ 61.700	+117.500
= Labour-Force-Konzept	3.158.100	3.221.500	3.148.400	3.195.500	3.167.300	3.217.200	3.194.200
Selbständig Beschäftigte							
Lebensunterhaltskonzept	371.300	490.100	368.400	479.600	368.900	472.200	369.900
+ Geringfügig Beschäftigte	+ 47.100	+ 47.100	+ 34.600	+ 34.600	+ 30.000	+ 30.000	+ 29.000
= Labour-Force-Konzept	418.400	537.200	403.000	514.200	398.900	502.200	398.900

Arbeitslosenquote (in % der Erwerbspersonen)

Lebensunterhaltskonzept	5,9	4,6	6,3	5,1	6,4	5,1	6,5
Labour-Force-Konzept	4,1	3,7	4,4	4,1	4,4	4,2	4,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, ÖSTAT, WIFO (eigene Berechnungen).

gendarbeitslosigkeit entfiel auf männliche Jugendliche, während die Zahl der vorgemerkten weiblichen Jugendlichen gegenüber dem Vorjahr unverändert blieb.

Besondere Aufmerksamkeit wird im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik dem Lehrstellenmarkt geschenkt. Dementsprechend entspannte sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr etwas. Die Zahl der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden lag Ende Dezember 1998 bei 2.500 und damit um 1.600 unter dem Vorjahresniveau; zum selben Zeitpunkt waren 1.600 Lehrstellen verfügbar, um 700 weniger als 1997. Die Schere zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen verringerte sich damit von 1.800 auf 1.000.

DEUTLICHE VERBESSERUNG DES STELLENANGEBOTES

Erstmals seit 7 Jahren erhöhte sich 1999 das Angebot der beim AMS gemeldeten offenen Stellen. Der Durchschnittsbestand an offenen Stellen betrug 23.100, er war um 4.100 oder 21,4% höher als im Vorjahr. Die Offene-Stellenquote (offene Stellen in Prozent der Arbeitsnachfrage, d. h. offene Stellen plus unselbständig Beschäftigte) stieg somit im Vorjahresvergleich leicht (von 0,6% auf 0,7%).

Sowohl Zugänge als auch Abgänge waren deutlich höher als in den letzten Jahren. Die Arbeitsmarktservicestellen wickelten ein erheblich gesteigertes Geschäftsvolumen ab. Die Laufzeit bis zur Vermittlung erhöhte sich etwas auf 31 Tage, ist damit aber erheblich niedriger als 1995, als die Durchschnittsbestände etwa das Niveau des Jahres 1998 erreicht hatten.

Gudrun Biffi

Statistik: Christine Braun

HÖHEPUNKT DER INDUSTRIEKONJUNKTUR 1998 ÜBERSCHRITTEN

In der Konjunkturstatistik für die Sektoren der Sachgütererzeugung stehen bisher nur die Monatswerte von Jänner bis einschließlich November 1998 zur Verfügung. In diesem Zeitraum wuchs die Sachgüterproduktion gegenüber dem Vorjahr um etwa 5%. Weil die Arbeitsproduktivität aber nur wenig schwächer stieg, blieb die Beschäftigung nahezu konstant. Am stärksten erhöhte sich die Produktion in dem von anhaltend kräftigem Wachstum geprägten EDV- und Büromaschinensektor, im Fahrzeugbau, der Herstellung von Telekommunikationstechnologie, der Tabakverarbeitung, dem Maschinenbau, der Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie der Gummi- und Kunststoffherstellung. Mit Ausnahme der Produzenten von nachrichtentechnischen Geräten verzeichneten alle diese Industriezweige auch einen Beschäftigungszuwachs. Aller-

dings streut dieser nach den jüngsten Daten des ÖSTAT zwischen +0,5% in der Tabakverarbeitung und +27,7% in der Erzeugung von EDV-Geräten und anderen Büromaschinen.

Ein Wachstum nahe oder unter dem Durchschnitt der gesamten Sachgüterproduktion erzielten die traditionellen Bereiche der Metallherzeugung und Metallverarbeitung sowie die Papierindustrie und die Holzverarbeitung.

Die österreichische Industrie überschritt im 1. Halbjahr 1998 ihren Konjunkturrückgang und trat in eine Phase geringeren Wachstums ein. Die Sachgüterproduktion expandierte 1998 um etwa 5%. Weil die Arbeitsproduktivität nur wenig schwächer stieg, blieb die Beschäftigung aber nahezu konstant. Am stärksten erhöhte sich die Produktion in dem von anhaltend kräftigem Wachstum geprägten Sektor der EDV- und Büromaschinen, im Fahrzeugbau und in der Produktion von nachrichtentechnischen Geräten.

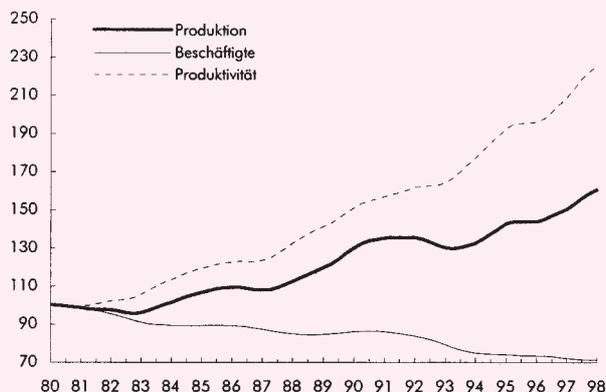
Während in den Metallbranchen dieses Wachstum ausreichte, um zusätzliche Arbeitskräfte aufzunehmen, nahm die Beschäftigung vor allem in der Holzverarbeitung und in geringerem Ausmaß auch in der Papierindustrie ab. Zwischen +1,7% und +2,4% erreichte der Anstieg der Produktion je Arbeitstag in den Sektoren Textilien und Textilwaren, Lederherzeugung und -verarbeitung, Chemikalien und chemische Erzeugnisse sowie in der Sammelgruppe Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse. Mit Ausnahme der chemischen Industrie wurde in allen diesen Bereichen Personal abgebaut.

Der aktuellen Konjunkturstatistik des ÖSTAT zufolge verzeichneten 1998 fünf Sektoren einen Produktionsrückgang: die Herstellung von Bekleidung, Glas, Waren aus Steinen und Erden (mit jeweils nur geringfügig negativen Veränderungsraten), vor allem aber die Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie die Medizin-, Meß- und Steuerungstechnik. Während in der Nahrungsmittelindustrie die Beschäftigung nahezu konstant blieb, nahm sie in der Medizintechnik um rund 5% ab. Die stark divergierende Entwicklung von Produktion und Beschäftigung im Bereich Verlagswesen, Druckerei und Vervielfältigung ist nicht sinnvoll interpretierbar.

In Ergänzung zur offiziellen Konjunkturstatistik des ÖSTAT liefert der in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission DG II/4 durchgeführte WIFO-Konjunkturtest ein genaueres Bild des zeitlichen Ablaufs der Entwicklung. Die österreichische Sachgütererzeugung überschritt demnach im 1. Halbjahr 1998 ihren Konjunkturrückgang.

Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der österreichischen Industrie

Gleitender Vierquartalsdurchschnitt, 1980 = 100

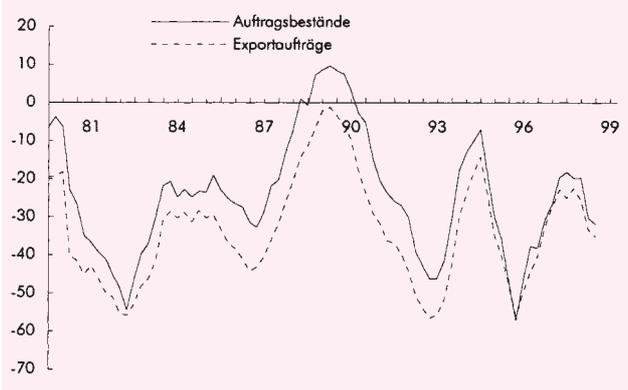
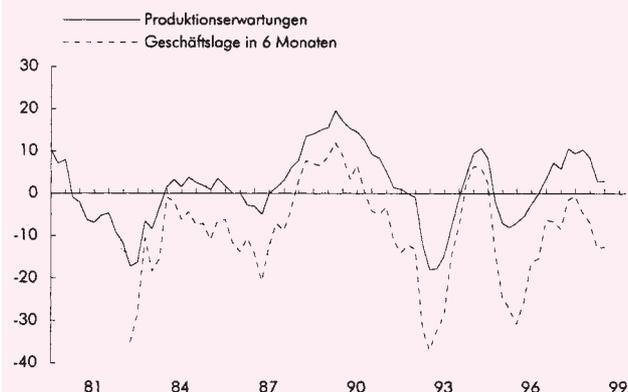


punkt und trat in eine Phase geringerer Expansion ein. Nach einem Rekordwachstum von knapp 7% im 1. Halbjahr 1998 verschlechterte sich die Einschätzung der befragten Unternehmen zunehmend. Die Wende erfolgte allerdings nicht abrupt, sondern entsprach weitgehend dem auslaufenden Konjunkturzyklus. Die Krisen in Südostasien, Rußland und Lateinamerika dürften die Stimmung jedoch merklich verschlechtert haben. Die übliche Verlagerung der Konjunktur vom Grundstoff zum Investitions- und Konsumgüterbereich war diesmal besonders deutlich ausgeprägt. Der sehr vom Ausland abhängige Grundstoffbereich beurteilte die Konjunktur zunehmend pessimistisch, während die stärker von der Inlandsnachfrage abhängige Konsumgüterindustrie, aber auch die Investitionsgüterindustrie etwas optimistischer war. Der Vertrauensindikator der EU signalisiert, daß sich das Klima in der österreichischen Sachgüterproduktion im Einklang mit der EU entwickelte.

1999 ist daher mit einer Verlangsamung des Wachstums in der Sachgüterproduktion zu rechnen, der Sektor wird jedoch weiterhin, wenn auch in abgeschwächtem Ausmaß, die Konjunktur stützen. Die jüngsten Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 1999 zeigen eine anhaltend schlechte Stimmung unter den österreichischen Sachgütererzeugern. Alle vier Indikatoren – Beurteilung der Auftragsbestände, der Auslandsauftragsbestände, Produktionserwartungen und erwartete Geschäftslage – entwickelten sich in den letzten 12 Monaten signifikant ungünstiger als im Vergleichszeitraum März 1997 bis Februar 1998 und liegen deutlich unter den Vergleichswerten des Vorjahres. Das spiegelt die Abschwächung der Industrieproduktion wider; diese wird sich laut WIFO-Prognose im laufenden Jahr mit +2,5% nur halb so stark ausweiten wie 1998. Eine Erholung wird aber für das Jahr 2000 erwartet, parallel zur Belebung der Weltwirtschaft. Der von der EU ermittelte saisonbereinigte Vertrauensindikator der Sachgütererzeugung scheint sich sowohl in Österreich als auch im ge-

Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischer und pessimistischer Meldungen



samten EU-Raum in den letzten Monaten auf unterdurchschnittlichem Niveau stabilisiert zu haben. Weil die anderen Indikatoren aber weiterhin nachgeben, läßt sich daraus noch keine Trendumkehr ableiten.

Seit Anfang 1996 befragt das WIFO im Rahmen seines Konjunkturtests die Unternehmen auch nach ihrer subjektiven Einschätzung der Wettbewerbsposition. Die Definition des Begriffs „Wettbewerbsposition“ wird dabei bewußt den Unternehmen überlassen. Die Antworten geben daher die subjektive Sicht der Unternehmen hinsichtlich der Faktoren wieder, die ihre Wettbewerbsfähigkeit bestimmen; diese Faktoren werden auch von den Unternehmen subjektiv gewichtet.

Gegenüber 1996 nahm der Saldo aus positiven und negativen Meldungen 1997 für alle 3 Fragen deutlich zu. 1998 verbesserte sich die subjektive Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Inlandsmarkt und auf dem EU-Markt weiter, während die Wettbewerbsposition auf den Drittlandsmärkten pessimistischer eingeschätzt wurde als 1997. Aus der Sicht der Unternehmen erhielt die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Inlandsmarkt 1998 die schlechteste Bewertung (Saldo +1,4 Prozentpunkte) gefolgt von jener auf Drittlandsmärkten (Saldo +2,8 Prozentpunkte) und dem EU-Markt (Saldo +4,8 Prozent-

Kennzahlen zur Konjunkturlage der Sachgütererzeugung nach ÖNACE 1998

	Produktion je Arbeitstag ¹⁾		Beschäftigung ¹⁾		Produktivität ¹⁾²⁾		Brutto-Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾		Arbeitskosten ¹⁾³⁾	
	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel und Getränke	93,9	- 4,7	60.575	+ 0,6	97,4	- 8,3	8.341,0	- 5,1	103,2	+ 2,9
Tabakverarbeitung	138,2	+14,1	1.090	+ 0,5	144,5	+13,2	333,8	+ 2,3	74,4	- 8,8
Textilien und Textilwaren	106,6	+ 1,7	18.798	- 3,0	117,4	+ 5,0	2.952,7	- 2,2	91,3	- 3,2
Bekleidung	76,8	- 0,1	11.470	- 5,4	94,0	+ 6,2	1.185,3	- 1,0	121,4	- 1,4
Ledererzeugung und -verarbeitung	106,9	+ 2,4	6.512	- 1,1	113,3	+ 4,3	594,3	- 0,9	99,6	- 3,8
Be- und Verarbeitung von Holz	123,1	+ 5,9	31.412	- 5,1	124,3	+12,1	2.858,3	- 2,5	87,5	- 8,7
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	108,0	+ 4,2	17.476	- 1,2	111,1	+ 4,3	3.056,4	+ 2,3	104,1	- 0,0
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	163,4	-32,0	21.935	+ 6,2	159,1	-40,4	5.633,3	+10,5	70,5	+74,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Bruttstoffe	128,9	+19,6	2.754	- 7,1	147,8	+26,4	1.476,4	- 6,6	73,9	-20,6
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	112,7	+ 2,0	24.175	+ 2,5	114,3	- 0,2	7.494,0	+ 4,8	93,8	+ 2,1
Gummi- und Kunststoffwaren	112,5	+ 8,8	24.913	+ 5,5	108,3	+ 4,2	3.706,2	+ 4,4	97,0	- 4,7
Glas, Waren aus Steinen und Erden	104,9	- 0,7	32.146	+ 0,2	108,2	+ 0,1	5.469,5	+ 3,1	100,0	+ 2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	113,4	+ 4,0	31.989	+ 1,6	116,4	+ 1,4	5.219,1	+ 3,2	96,1	+ 0,7
Metallerzeugnisse	120,0	+ 4,7	54.313	+ 4,3	110,2	- 0,5	8.406,1	+ 7,0	99,7	+ 3,5
Maschinenbau	108,2	+11,2	66.799	+ 4,4	103,8	- 2,2	15.148,8	+14,7	114,7	+12,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	145,0	+85,4	325	+27,7	177,4	+23,6	77,3	+21,6	46,8	-22,7
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	113,1	+10,8	28.536	+ 4,9	113,0	+ 1,3	6.333,7	+11,5	106,9	+ 5,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	119,5	+15,9	27.687	- 3,2	130,5	+14,5	10.819,2	+ 0,9	90,2	- 8,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	95,9	- 8,4	11.352	- 5,1	102,8	- 6,3	2.878,9	- 0,1	112,7	+13,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile	125,7	+ 8,6	24.722	+ 3,5	117,4	+ 5,2	3.656,7	+ 9,8	95,8	- 0,8
Sonstiger Fahrzeugbau	115,7	+19,7	4.828	+ 7,2	112,7	+ 6,4	1.112,2	+ 9,4	96,2	- 5,5
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	96,7	+ 2,3	37.543	- 8,7	108,2	+11,9	4.266,6	- 1,0	107,1	- 3,7
Sachgütererzeugung	113,2	+ 5,3	541.351	+ 0,7	114,9	+ 4,6	101.020,0	+ 4,7	97,5	- 0,5

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse (Jänner bis November). – ²⁾ Produktion je Beschäftigten. – ³⁾ Brutto-Lohn- und Gehaltssumme je Produktionseinheit.

punkte). Diese Einschätzung spiegelt zum Teil den Konjunkturverlauf wider: Die Inlandsnachfrage gewann erst mit der Verlagerung der Konjunktur vom Grundstoffsektor zum Investitions- und Konsumgüterbereich in der zweiten Phase des Aufschwungs an Dynamik. Zudem dürfte seit dem EU-Beitritt Österreichs und mit der fortschreitenden Integration der osteuropäischen Länder die Intensität des Wettbewerbs auf dem österreichischen Markt gestiegen sein. Die Performance auf den Auslandsmärkten – besonders in der EU – erhöhte sich durch die steigende Auslandsnachfrage in der frühen Phase des Aufschwungs, aber auch durch die Verbesserung der Kostenposition 1997 (z. B. gemessen an den Lohnstückkosten). Die Krise in Ostasien und Rußland und die damit einhergehenden Abwertungen sind eine Ursache der Verschlechterung der Wettbewerbsposition außerhalb der EU-Märkte.

Die Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit unterscheidet sich deutlich nach Sektoren. Auf dem Inlandsmarkt bezeichneten 1998 die Basisindustrie, die Chemieindustrie und die technische Verarbeitung ihre Wettbewerbsposition als überdurchschnittlich. Das gleiche gilt für die Einschätzung der Wettbewerbsposition auf dem EU-Markt. Auf den Drittlandsmärkten sahen die chemische Industrie und die technische Verarbeitung ihre Wettbewerbsposition überdurchschnittlich optimistisch, gegenüber 1997 hat sich der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Meldungen in der chemischen Industrie ein wenig verbessert, in der technischen Verarbeitung etwas verschlechtert. Die Basisindustrie bewertete ihre Wettbewerbsposition auf den Auslandsmärkten außerhalb der EU deutlich schlechter als 1997.

Über die Ertragslage der österreichischen Industrie liegen für 1998 noch keine gesicherten Daten vor. Aktuelle Schätzungen für 1997 bestätigen eine anhaltend zufriedenstellende Entwicklung. Der Cash-flow der österreichischen Sachgütererzeugung entwickelte sich demnach sowohl im internationalen Vergleich als auch gemessen am Konjunkturverlauf günstig. Zurückzuführen ist das u. a. auf den hohen Anteil kapitalintensiver Branchen und die damit verbundenen hohen Abschreibungsgegenwerte für Investitionen. 1997 stieg die Cash-flow-Quote nach Schätzung des WIFO auf 9,3% der Umsatzerlöse (1996 8,8%). Die schlechte Konjunktur im 2. Halbjahr 1998 macht allerdings für 1998 insgesamt einen Rückgang der Cash-flow-Umsatz-Relation wahrscheinlich.

Die zunehmende Stabilisierung der Erwartungen über die Zins- und Wechselkursentwicklung innerhalb des gemeinsamen europäischen Währungsraumes scheint gegen Ende des Vorjahres und im deutlichen Gegensatz zum allgemeinen Konjunkturverlauf die Unternehmen zu optimistischeren Investitionsplänen veranlaßt zu haben. Teilweise werden nun auch aufgeschobene Projekte aus dem Vorjahr in Angriff genommen. Am deutlichsten weitete die chemische Industrie ihre aktuellen Pläne aus (+43,3%) vor den Herstellern von traditionellen Konsumgütern (+14,0%), dem Basissektor (+11,8%) und der technischen Verarbeitung (+11,5%). Im Gegensatz dazu schränkten die Unternehmen der Bauzulieferbranchen ihre Investitionsvorhaben gegenüber 1998 weiter ein (-0,6%).

Michael Peneder, Michael Pfaffermayr
Statistik: Dagmar Guttmann, Gerhard Schwarz

RÜCKGANG IM WOHNUNGSNEUBAU DÄMPFT DIE BAUKONJUNKTUR 1998

Die österreichische Bauwirtschaft erzielte dank der starken Impulse vor allem im Baunebengewerbe 1998 insgesamt einen Zuwachs der realen Wertschöpfung von 3%. Allerdings ließ die Dynamik im 2. Halbjahr deutlich nach. Im Wohnungsneubau war ein markanter Rückgang zu verzeichnen, der sich 1999 fortsetzen wird. Die Konjunktur verlief 1998 in den einzelnen Bausparten sehr unterschiedlich. Während die Produktion im Hoch- und Tiefbau nur wenig stieg, erhielt der Adaptierungsbereich durch die bis 1999 geltende steuerliche Begünstigung der Auflösung der Mietzinsreserven Impulse. Neben dem kräftigen Wachstum im Adaptierungsbereich profitierte der sonstige Hochbau, vor allem der Büro- und Verwaltungsbereich von der guten allgemeinen Konjunkturlage und dem niedrigen Zinsniveau. Der Tiefbau steigerte seine Produktion besonders in der ersten Jahreshälfte 1998, da die restriktive Ausgabenpolitik des Bundes nach Erreichung der Konvergenzkriterien gelockert wurde. Der starke Rückgang im Wohnungsneubau hatte insgesamt einen Abbau der Baubeschäftigung zur Folge.

Die Abschwächung der Baukonjunktur im Laufe des Jahres 1998 bestätigen die Konjunkturmfragen des WIFO: Die Konjunkturerwartungen verschlechterten sich kontinuierlich, vor allem gegen Ende 1998.

UMSATZZUWÄCHSE IM BAUNEBENGEWERBE KRÄFTIG, IM HOCH- UND TIEFBAU MÄSSIG

Die Produktion des gesamten Bauwesens stieg 1998 nominell um 6,2%. Das Bauhilfs- und Baunebengewerbe erzielte einen kräftigen Umsatzzuwachs von 15,6%, während im Hoch- und Tiefbau nur ein geringer Anstieg zu verzeichnen war (+1,1%).

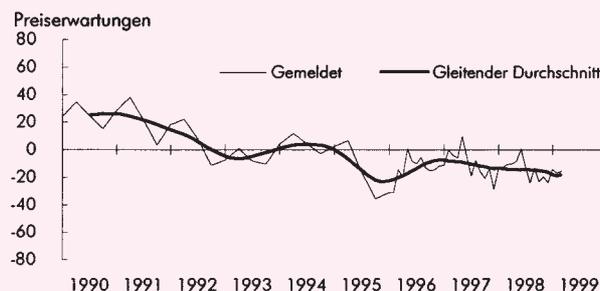
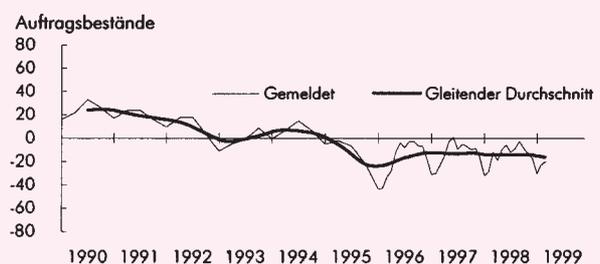
Die österreichische Baustatistik wurde auf EU-Nomenklatur umgestellt, sodaß nun gemäß der ÖNACE-Gliederung das gesamte Bauwesen, Hoch- und Tiefbau einschließlich Baunebengewerbe erfaßt sind. Die Pro-

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt Zu Preisen von 1983

	Bauwesen Veränderung gegen das Vorjahr in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegen das Vorjahr in %
1993	+2,5	+0,5
1994	+7,6	+2,4
1995	+0,0	+1,7
1996	+2,9	+2,0
1997	+2,0	+2,5
1998	+3,0	+3,3
1999	+1,5	+2,2
2000	+1,0	+2,6

Q: WIFO-Prognose vom März 1999.

Konjunktureinschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der EU (DG II/4). Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischer und pessimistischer Meldungen der Unternehmen.

duktionswerte laut ÖNACE werden nach dem Aktivitätsansatz verbucht, d. h. die Umsätze der Baubetriebe jenen Bereichen zugeordnet, in denen der Betrieb überwiegend tätig ist. Für die Analyse der Entwicklung der Bauproduktion insgesamt kann die Statistik nach ÖNACE herangezogen werden, für die Betrachtung einzelner Bausparten bietet die Produktionsstatistik nach der Güterklassifikation (GNACE) eine exaktere Information. Der Wert der reinen Bauleistung nach Bausparten ist hier etwa vergleichbar mit der früheren Baustatistik.

Produktionswert des Bauwesens

	1997	1998	1998			
			I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
<i>Bauwesen insgesamt, laut ÖNACE¹⁾</i>	+ 2,6	+ 6,2	+13,4	+ 5,9	+ 4,6	+ 3,9
Hoch- und Tiefbau	+ 3,4	+ 1,1	+ 8,2	+ 1,3	- 1,6	- 0,4
Baunebengewerbe ²⁾	+ 0,9	+15,6	+22,2	+15,7	+17,8	+10,4
<i>Laut GNACE³⁾</i>						
Hochbau	+ 1,0	+ 4,2	+ 6,6	+ 1,8	+ 0,9	+ 8,3
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 0,9	- 5,4	- 1,4	-11,5	-10,4	+ 3,3
Sonstiger Hochbau ⁴⁾	- 0,3	+ 3,3	+ 9,1	+ 6,1	- 1,1	+ 2,0
Adaptierungen im Hochbau	+ 4,3	+37,7	+28,3	+38,4	+42,3	+38,4
Tiefbau	+ 4,4	- 0,3	+20,4	+ 3,0	- 2,2	- 9,5
Straßen, Brücken- und Tunnelbau	+ 9,2	+ 1,4	+38,0	+ 6,4	- 2,3	-10,4
Sonstiger Tiefbau	+ 1,5	+ 1,5	+11,1	+ 3,2	+ 2,3	- 5,5

Q: ÖSTAT. – ¹⁾ Klassifikation laut EU. Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau.

KRÄFTIGE EXPANSION IM SANIERUNGS- BEREICH, EINBRUCH IM WOHNBAU

Das Bauwesen (einschließlich Bauhilfsgewerbe laut ÖSTAT, Konjunkturstatistik ÖNACE) steigerte seinen Produktionswert insgesamt im I. Quartal 1998 nominell um 13,4% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode, im II. Quartal um 5,9%, im III. Quartal um 4,6% und im IV. Quartal um 3,9%. Die Baukonjunktur wurde 1998 vom Bauhilfs- und Baunebengewerbe getragen: Während sich die Expansion im Hoch- und Tiefbau im Jahresverlauf deutlich abschwächte, war sie im Bauhilfs- und Baunebengewerbe in allen Quartalen kräftig.

Laut Güterklassifikation (GNACE) zeigt sich in den einzelnen Bausparten eine äußerst unterschiedliche Entwicklung. Insgesamt stiegen die Umsätze 1998 im Hochbau um 4,2%, der Tiefbau schrumpfte um 0,3%. Im Wohn- und Siedlungsbau sank der Produktionswert 1998 um 5,4%; dies war der stärkste Rückgang seit Anfang der neunziger Jahre. Im Gegensatz dazu stieg der Produktionswert des Adaptierungssektors im Durchschnitt 1998 um mehr als ein Drittel (+37,7%). Aufgrund der Steuerbegünstigung für die Auflösung der Mietzinsreserven tätigten vor allem private Haushalte verstärkt Reparatur- und Instandhaltungsinvestitionen. In einigen Monaten des Jahres 1998 erreichten die Umsatzzuwächse im Adaptierungsbereich bis zu 50%. Im sonstigen Hochbau (einschließlich Industrie- und Ingenieurbau) fiel das Wachstum hingegen mäßig aus (1998 +3,3%).

Der Tiefbau profitierte in der ersten Jahreshälfte von der forcierten Auftragsvergabe im Bereich der Infrastruktur. Die Lockerung der restriktiven Ausgabenpolitik ermöglichte eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, insbesondere auch die Vergabe von Aufträgen über die Sondergesellschaften (z. B. Schieneninfrastrukturgesellschaft). Im I. Quartal 1998 lagen sie um 20,4%, im II. Quartal um 3% über dem Vorjahresniveau, im III. Quartal sanken sie hingegen um 2,2%, im IV. Quartal um 9,5%.

Die Auftragsbestände verringerten sich im Laufe des Jahres 1998 im Hoch- und Tiefbau, die Auftragseingänge sanken insbesondere gegen Jahresende.

Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft 1998

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
I. Quartal	+6,0	+6,8	+2,0
II. Quartal	-0,8	+0,6	+1,4
III. Quartal	±0,0	+3,6	-0,2
IV. Quartal	-4,3	+0,3	+0,4
1998	-0,1	+2,7	+0,8

Q: ÖSTAT; ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>		
Ø 1995	268.317	- 0,5
Ø 1996	264.894	- 1,3
Ø 1997	266.708	+ 0,7
Ø 1998	264.567	- 0,8
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>		
Ø 1995	24.374	+ 8,4
Ø 1996	26.267	+ 7,8
Ø 1997	25.772	- 1,9
Ø 1998	25.882	+ 0,4
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 1995	3.171	-30,7
Ø 1996	2.569	-19,0
Ø 1997	2.116	-17,6
Ø 1998	2.087	- 1,4

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; 1995: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe. – ²⁾ Zuletzt in einem Bau-beruf beschäftigte Arbeitslose.

BAUSTOFFPRODUKTION 1998 NUR WENIG ERHÖHT

Die Stein- und keramische Industrie sowie die Glas- und Holzverarbeitende Industrie sind die traditionellen Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft. 1998 wurde allerdings die Baustoffproduktion nur wenig gesteigert: 1998 verringerte sich die Produktion der Stein- und keramischen Industrie um 0,1%, jene der Glasindustrie wuchs um 2,7%. Die Holzverarbeitende Industrie produzierte um 0,8% geringfügig mehr als 1997. Die Baustoffproduzenten klagten über massive Einbrüche in den ersten Monaten des Jahres 1999 – in der Folge der Rückgänge im Wohnungsneubau – vor allem in der Ziegelerzeugung und der Stein- und keramischen Industrie.

1998: BESCHÄFTIGUNGSRÜCKGANG IN DER BAUWIRTSCHAFT

Die Bauwirtschaft beschäftigte 1998 laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger 264.500 Arbeitskräfte, um 2.100 oder 0,8% weniger als im Jahr zuvor. Der starke Produktionsrückgang im Wohnungsneubau wurde offenbar durch die Zunahme der Nachfrage im Sanierungsbereich nicht kompensiert. Der Rückgang der Baubeschäftigung beschleunigte sich in der zweiten Jahreshälfte und insbesondere gegen Jahresende 1998. Im Jahresdurchschnitt 1998 waren 25.800 arbeitsuchende Bauarbeiter registriert, um 0,4% mehr als 1997. Zugleich verringerte sich die Zahl der offenen Stellen – im Jahresdurchschnitt 1998 wurden um 29 Arbeitsplätze weniger angeboten (-1,4%). Auch in den ersten zwei Monaten 1999 war ein deutlicher Beschäftigungsabbau zu verzeichnen (Jänner 1999 -2%, -4.000, Februar -3%, -7.300). Infolge des strengen Winterwetters zu Jahresbeginn 1999 beschleunigte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände	Auftragseingänge
	Mill. S	
1997, I. Quartal	72.918	14.428
II. Quartal	80.979	19.110
III. Quartal	77.882	18.549
IV. Quartal	70.259	24.562
1998, I. Quartal	70.663	14.938
II. Quartal	76.469	16.410
III. Quartal	73.681	16.979
1. Halbjahr	73.566	15.674
Jänner bis November	72.204	16.156
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1998, I. Quartal	- 3,1	+ 3,5
II. Quartal	- 5,6	-14,1
III. Quartal	- 5,4	- 8,5
1. Halbjahr	- 4,4	- 6,5
Jänner bis November	- 5,1	- 8,2

Q: ÖSTAT, ÖNACE, monatliche Erhebungen. Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgerätschaften.

GERINGE PREISSTEIGERUNG

Die Baupreise stiegen 1998 sehr mäßig: Der Baupreisindex erhöhte sich im Vorjahresvergleich um nur 0,9%. Dies ist die geringste Steigerungsrate seit Jahrzehnten. Die Hochbaupreise stiegen etwas stärker (+1,3%), während jene im Tiefbau stagnierten (+0,1%). Nur der Teilindex für sonstige Bauarbeiten im Wohnhaus- und Siedlungsbau weist mit +1,6% eine etwas kräftigere Verteuerung aus.

Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1986 = 100

	1995	1996	1997	1998	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Hochbau	+2,3	+1,8	+1,6	+1,2	+1,6	+1,3
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+2,3	+1,5	+1,3	+1,1	+1,3	+1,1
Baumeisterarbeiten	+2,1	+0,8	+0,8	+0,9	+0,7	+0,8
Sonstige Bauarbeiten	+2,7	+2,3	+2,0	+1,6	+2,0	+1,6
Tiefbau	+2,6	+3,0	+3,3	-0,7	+2,5	+0,1
Straßenbau	+3,0	+3,0	+3,6	-1,6	+2,8	-0,9
Brückenbau	+3,4	+4,1	+2,7	-1,3	+1,5	±0,0
Hoch- und Tiefbau	+2,5	+2,2	+2,4	-0,4	+1,9	+0,9

Q: ÖSTAT. -¹⁾ Neue Revision des Baupreisindex, neue Gewichtung der Bauparten, neue Basis: 1996 = 100.

Angesichts der Abschwächung der Baukonjunktur in der zweiten Jahreshälfte 1998 verschlechterte sich die Konjunktureinschätzung der Bauunternehmen merklich. Mit Beginn der Bausaison im März 1999 waren die Meldungen aber nicht mehr so pessimistisch. Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest ist auch 1999 eine gespaltene Baukonjunktur zu erwarten: Anfang März meldeten die Hochbauunternehmen einen weiteren deutlichen Rückgang der Auftragsbestände, während die Tiefbauanbieter ihre Auftragsbestände ausweiten konnten. 1999 dürften Infrastrukturinvestitionen forciert durchgeführt werden und neben dem Adaptierungs- und Sanierungsbereich eine Stütze der Baukonjunktur sein.

Margarete Czerny
Statistik: Monika Dusek

ENERGIEVERBRAUCH STEIGT DURCH VERBILLIGUNG DER ERDÖLPRODUKTE

Der Energieverbrauch stieg 1998 nach ersten groben Schätzungen um 1,9%. Der wesentliche Faktor für die Entwicklung des Gesamtverbrauchs ist der allgemeine Rückgang der Energiepreise, besonders von Rohöl und Erdölprodukten. Der Rohölpreisverfall (-33,3%) hatte 1998 eine deutliche Verbilligung von Treibstoffen (-5,6%) und Heizöl (-13,1%) zur Folge. Die Reaktion der Benzin- und Dieselpreise entsprach 1998 den langfristigen Zusammenhängen, d. h. der Rückgang des Rohölpreises wurde im gleichen Ausmaß wie in der Vergangenheit weitergegeben. Der Verbrauch von Erdölprodukten (vor allem von Treibstoffen) erhöhte sich entsprechend stark (+4,2%). Witterungsbedingt wäre eher ein Rückgang des Energieverbrauchs zu erwarten gewesen.

Im Jahr 1997 war der energetische Gesamtverbrauch (Endverbrauch plus Nettoumwandlungseinsatz) um 1,0% gestiegen (Endverbrauch +1,1%), während das BIP um 2,5% gewachsen war (vorläufige Ergebnisse). 1998 stagnierte der Gesamtverbrauch laut der vorläufigen Energiebilanz. Die Witterungsverhältnisse (Heizgradtage und Wasserführung der Flüsse) beeinflussen vor allem den Verbrauch der Energieträger Kohle, Gas und elektrische Energie. 1998 wird der Verbrauchsanstieg für Kohle auf 0,6%, für Gas auf 1,6% und für Wasserkraft bzw. elektrische Energie auf 5,1% geschätzt. Die mäßige Zunahme des Gasverbrauchs liegt unter dem mittelfristigen Trend und spiegelt den geringfügigen Rückgang der Heizgradtage um 3% wider.

Gemäß der Energieprognose des WIFO für 1998 vom Oktober 1998 war für den Gesamtverbrauch an Kohle eine Veränderungsrate (Konzept der Energiebilanz) von -8,1% zu erwarten, für Ölprodukte von +2,7%, für Gas von +6,3% und für elektrische Energie von -1,6%. Der Verbrauch von Erdölprodukten entspricht demnach gemäß den vorläufigen Daten etwa der Prognose, jener von Gas und Kohle weicht aber deutlich ab. Die Prognose schätzte die Entwicklung der Preise von Gas, Erdöl und Kohle falsch ein, die zu erwartenden Substitutionsprozesse zwischen Kohle und Gas traten nicht ein. Abweichend von der Prognose waren auch die klimatischen Bedingungen (Wasserführung der Flüsse) für die Stromerzeugung aus Wasserkraft im 2. Halbjahr 1998 überraschend günstig.

Die Entwicklung des Energieverbrauchs im Jahr 1998 erklärt sich vor allem mit dem höheren Energiebedarf des Verkehrs und steigender Nachfrage nach bestimmten Heizölsorten. Die Witterungsverhältnisse hatten entscheidenden Einfluß auf die Stromerzeugung aus Wasser- und Wärmekraft und damit auf den Umwandlungseinsatz zur Stromproduktion. Die Stromproduktion aus Wasserkraft wurde 1998 um 3,7% gesteigert, die Pro-

Energiebilanz

	Erzeugung	Einfuhr	Aufkommen	Lager	Ausfuhr	Gesamtverbrauch
	TJ					
<i>1997</i>						
Kohle	12.328	130.892	143.220	8.472	166	151.526
Erdölprodukte	41.324	487.033	528.358	24.573	70.721	482.210
Gas	51.404	216.911	268.316	8.235	–	276.551
Biomasse, brennbare Abfälle	148.607	1.750	150.357	250	242	150.365
Wärme	8.087	–	8.087	–	–	8.087
Wasserkraft, elektrische Energie	167.855	32.425	200.280	–	35.190	165.090
Energie insgesamt	429.607	869.011	1.298.618	41.530	106.319	1.233.829
<i>1998 (vorläufig)</i>						
Kohle	12.290	130.250	142.540	9.905	58	152.386
Erdölprodukte	40.551	504.959	545.510	26.225	76.976	494.759
Gas	53.834	227.498	281.332	– 283	–	281.048
Biomasse, brennbare Abfälle	146.595	74	146.669	11	10	146.669
Wärme	8.515	–	8.515	–	–	8.515
Wasserkraft, elektrische Energie	174.075	37.106	211.180	–	37.677	173.503
Energie insgesamt	435.861	899.886	1.335.746	35.857	114.722	1.256.880

duktion aus Wärmekraftwerken um 4,2% gedrosselt (Stromerzeugung insgesamt +1,0%).

Der Einfluß der Witterungsverhältnisse auf die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs ist in Österreich wie in den anderen EU-Ländern stark ausgeprägt. 1997 sank die Zahl der Heizgradtage bereits auf 3.771 (–9,7%). Für die Entwicklung des energetischen Endverbrauchs ergibt sich aus österreichischen Daten ein kurzfristiger Reaktionsparameter auf die Entwicklung der Heizgradtage von 0,37: Bei einem Rückgang der Zahl der Heizgradtage um 3,0% wie im Jahr 1998 würde somit der energetische Endverbrauch ceteris paribus um 1,1% sinken. 1998 dürfte dieser hypothetische witterungsbedingte Rückgang vor allem durch zwei Faktoren kompensiert worden sein:

- Verbilligung fast aller Energieträger,
- kräftige Steigerung des Verbrauchs von Erdölprodukten in der Sachgütererzeugung.

Obwohl detaillierte Daten zum energetischen Endverbrauch der einzelnen Sektoren der Sachgüterproduktion (in ÖNACE-Klassifikation) nur für 1998, nicht aber für 1997 vorliegen, weist z. B. die Verbrauchsentwicklung von Heizöl leicht, mittel und schwer darauf hin, daß die Veränderung des Energieverbrauchs in der Industrie 1998 das Gesamtergebnis wesentlich bestimmte.

Gesamtverbrauch

	1997	1998 (vorläufig)	1998
	TJ		
			Veränderung gegen das Vorjahr in %
Kohle	151.526	152.386	+ 0,57
Erdölprodukte	482.210	494.759	+ 2,60
Gas	276.551	281.048	+ 1,63
Biomasse, brennbare Abfälle	150.365	146.669	– 2,46
Wärme	8.087	8.515	+ 5,29
Wasserkraft, elektrische Energie	165.090	173.503	+ 5,10
Energie insgesamt	1.233.829	1.256.880	+ 1,87

MASSIVER RÜCKGANG DER PREISE VON ROHÖL UND ERDÖLPRODUKTEN

Der wichtigste international bestimmte Energiepreis, der Rohölpreis für Brent, brach 1998 um 33,3% ein (von 19,1 \$ je Barrel auf 12,7 \$); bereits 1997 war er um 7,6% gesunken. Die Treibstoffpreise reagieren aus verschiedenen Gründen nicht im gleichen Ausmaß und mit Verzögerung sowohl auf Preiserhöhungen als auch auf Preisrückgänge. Die Auswirkungen von Veränderungen des österreichischen Importpreises auf die Treibstoffpreise werden von den Wettbewerbsbedingungen und der Bedeutung der Rohölpreise (gemessen am Anteil der Rohölkosten an den Gesamtkosten) für die Mineralölwirtschaft bestimmt. Gemäß einer Studie des WIFO liegt der Bruttopreis von Treibstoffen in Österreich etwa im europäischen Durchschnitt und der Nettopreis (ohne Steuern) an der Spitze. Die für die Konsumenten entscheidenden internationalen Unterschiede zwischen den Bruttopreisen erzeugen durch den Tanktourismus hohen Wettbewerbsdruck auf die österreichische Mineralölwirtschaft.

Die österreichische Mineralölindustrie gab die Verbilligung von Rohöl 1998 zumindest im gleichen Ausmaß in den Treibstoffpreisen weiter wie in der Vergangenheit. Die vom WIFO geschätzte Elastizität in bezug auf Rohölpreisänderungen von 0,25 für Superbenzin und für Dieselöl ergäbe bei einer Rohölverbilligung um 33,3% eine Preisreduktion beider Produkte um 8,3%. Tatsächlich wurde Superbenzin 1998 um 5,1% billiger, Dieselöl um 7,1%. Der Preisrückgang hielt 1999 an: Im Jänner 1999 sank der Preis von Superbenzin (häufigster Preis laut Erhebung der Arbeiterkammer) weiter um 7,2%, jener von Dieselöl um 10,1%. Bereits im Jänner 1998 reagierten die Preise auf die Verbilligung von Brent um 11,6% auf 15,1 \$ je Barrel (Superbenzin –0,15 \$, –1,2%, Dieselöl –0,17 \$, –1,7%).

Die Energiepreise sanken 1998 insgesamt (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie +1,3%, Teilindex für

Mineralölprodukte

	1997	1998	1998
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	10.069	10.379	+ 3,08
Einfuhr	3.928	4.470	+13,80
Ausfuhr	1.271	1.418	+11,57
Lager und Statistische Differenz	-2.241	-2.502	+11,64
Verbrauch	10.485	10.929	+ 4,23
Flüssiggas	179	137	-23,62
Normalbenzin	706	677	- 4,09
Superbenzin	1.386	1.410	+ 1,74
Leuchtpetroleum	1	1	- 6,02
Flugpetroleum	511	547	+ 6,92
Dieseltreibstoff	3.280	3.469	+ 5,74
Gasöl für Heizzwecke	1.907	1.888	- 0,99
Heizöle	1.863	2.091	+12,26
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	652	709	+ 8,88

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Teilweise Schätzung.

Energie -3,3%), nachdem sie 1997 noch gestiegen waren (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie +1,2%, Teilindex für Energie +3,1%). Das war im wesentlichen durch den Rückgang der Preise von Mineralölprodukten bedingt (Teilindex für Energie ohne Treibstoffe -1,4%, Teilindex für Treibstoffe -5,6%). Kohle verbilligte sich um etwa 0,9% (Steinkohle -0,4%, Briketts -1,2%, Koks -0,7%), der Erdgaspreis sank nach einer kräftigen Steigerung im Jahr 1997 (bedingt durch die Einführung der Energiesteuer) 1998 um 3,1%. Heizöl extra leicht wurde um 9,0%, Heizöl leicht um 13,8% billiger, Brennholz um 1,3%. Der Strompreis veränderte sich 1998 nicht.

Die Produktion von Mineralölprodukten erhöhte sich bei einem Verbrauchszuwachs von 4,2% leicht unterproportional (+3,1%). Importe und Exporte wurden 1998 stark ausgeweitet. Diese Einschätzung beruht auf der Anwendung der Veränderungsdaten laut Außenhandelsstatistik (ÖSTAT) auf die Niveaudaten des Außenhandels mit Energie laut Wirtschaftsministerium; offen ist, wieweit auch heuer die Außenhandelsdaten des ÖSTAT revidiert werden müssen. Der Verbrauch entwickelte sich - wie schon in den letzten Jahren - nach Energieträgern sehr unterschiedlich. Der Substitutionseffekt zwischen Benzin und Dieselöl hält an (Verbrauch von Superbenzin +1,7%, von Dieselöl +5,7%). Insgesamt war der Treibstoffverbrauch um 3,4% höher als im Vorjahr.

Wegen des milden Wetters war die Nachfrage nach Ofenheizöl geringer als 1997 (-1,0%). Jene Heizöle, die vor allem in der Industrie eingesetzt werden, wurden wesentlich mehr verbraucht als im Vorjahr (+12,3%).

LEBHAFTER STROMAUSSENHANDEL

1998 nahm der Stromverbrauch um 1,9% zu. Das zeigt eine gewisse (im Vergleich mit anderen Energieträgern schwache) Reaktion der Stromnachfrage auf die Entwicklung der Zahl der Heizgradtage. Ebenso hat die Witterung Einfluß auf die Stromerzeugung. Dank der gu-

Elektrischer Strom

	1997	1998	1998
	GWh		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	56.833	57.391	+ 0,98
Wasserkraft	37.295	38.677	+ 3,71
Wärmekraft	19.539	18.715	- 4,22
Einfuhr	9.006	10.306	+14,43
Ausfuhr	9.776	10.467	+ 7,07
Verbrauch	54.596	55.650	+ 1,93

Q: Bundeslastverteiler.

ten Wasserführung vor allem im 2. Halbjahr 1998 stieg die Stromerzeugung aus Wasserkraft überdurchschnittlich (+3,7%), während die Wärmekrafterzeugung zurückerückging (-4,2%; Stromerzeugung insgesamt +1,0%). Der aus Wasserkraft erzeugte Strom erhöht den Außenhandelssaldo mit Strom. Die Importe stiegen mit +14,4% massiv, während die Exporte um 7,1% zunahmen. Der Außenhandelssaldo verschlechterte sich somit gegenüber 1997, war aber noch leicht positiv; die Exporte machen 101,6% der Importe aus.

KOHLLENVERBRAUCH STEIGT

Der Kohlenverbrauch war 1998 nach vorläufigen Rechnungen um 1,2% höher als im Vorjahr. Die Nachfrage nach einzelnen Produkten entwickelte sich sehr unterschiedlich: Braunkohlenbriketts (witterungsbedingt) und Koks (Eisen- und Stahlerzeugung) wurden weniger verbraucht, der Einsatz von Steinkohle stieg 1998 kräftig. Das könnte ein Hinweis dafür sein, daß in manchen Branchen - in denen die Produktionstechnologien das erlauben - die Einführung der Energiesteuer auf Erdgas Substitutionsprozesse zur Kohle auslöste.

Die im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung bedeutenden Lagerveränderungen wurden für die vorläufige Energiebilanz 1998 geschätzt: Demnach erhöhte sich der Gesamtverbrauch von Kohle schwächer als der Endverbrauch. Daten über den Einsatz von Kohle für die Stromerzeugung liegen für 1998 bis jetzt nicht vor, da

Kohle

	1997	1998	1998
	1000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Aufkommen	6.875	6.883	+ 0,11
Erzeugung	2.688	2.685	- 0,08
Einfuhr	4.187	4.197	+ 0,24
Ausfuhr	17	15	-13,31
Lager und Statistische Differenz	- 701	- 640	- 8,69
Verbrauch	6.157	6.228	+ 1,15
Steinkohle	3.306	3.460	+ 4,66
Steinkohlenkoks	1.604	1.554	- 3,07
Braunkohle	1.123	1.124	+ 0,09
Braunkohlenbriketts	124	90	-27,89

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Teilweise Schätzung.

Erdgas

	1997	1998	1998
	Mill. m ³		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1.428	1.495	+ 4,73
Einfuhr	6.025	6.319	+ 4,88
Ausfuhr	–	–	–
Lager und Statistische Differenz	– 14	– 238	
Verbrauch	7.439	7.577	+ 1,86

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

die monatliche Brennstoffstatistik nicht mehr in der üblichen Form verfügbar ist.

UNTERDURCHSCHNITTBLICHE ZUNAHME DES ERDGASVERBRAUCHS

Die Nachfrage nach Erdgas unterlag 1998 zwei gegenläufigen Einflüssen: Der Rückgang der Zahl der Heizgradtage um 3,0% müßte sich – wie 1997 – vor allem auf den Erdgasverbrauch dämpfend auswirken. Andererseits wirken der Preisrückgang und die gute Industriekonjunktur verbrauchssteigernd. Insgesamt erhöhte sich der Erdgasverbrauch mit +1,9% schwächer als im mittelfristigen Durchschnitt.

*Kurt Kratena
Statistik: Susanne Kopal*

LEBHAFTER GÜTERVERKEHR

Die heimische Nachfrage nach Gütertransporten stützte sich 1998 in erster Linie auf das Wachstum der Industrieproduktion (+4,6% gegen 1997). In den besonders transportintensiven Branchen entwickelte sich die Produktion recht unterschiedlich: Kräftige Zuwächse meldete die Erdöl-, Eisen- und Papierindustrie, während die Produktion in der Holzbearbeitung und der Nahrungsmittelindustrie sank. Die Baukonjunktur flachte zwar im Laufe des Jahres 1998 ab, insgesamt war aber die Produktion höher als 1997. Auch der reale Anstieg der Einzelhandelsumsätze (+2,5%) belebte die Transportnachfrage. Das Außenhandelsvolumen wuchs um 5,7%.

Die Bahn konnte ihren Marktanteil im Güterverkehr halten; die Transportleistungen waren 1998 mit 15,3 Mrd. t-km um 3,8% höher als 1997. Der Zuwachs ist in erster Linie dem kräftigen Anstieg des Transitverkehrs zuzuschreiben (+9,1%), der Einfuhrverkehr nahm um 4,4%, der Ausfuhrverkehr um 2,3% zu. Im Inlandverkehr wurde das Vorjahresergebnis knapp verfehlt. Die Bahn mußte allerdings erhebliche Tarifabschläge gewähren: Die Tariferträge aus dem Güterverkehr waren 1998 mit 10,8 Mrd. S um 2,5% niedriger als 1997. Die durchschnittlichen Einnahmen je n-t-km betragen 1998 0,704 S, um 6% weniger als 1997. Dieser Rückgang ist

Güterverkehr

		1998	1998	Ø 1992/1997
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill. n-t-km	15.347,7	+ 3,8	+ 4,3
Inland	Mill. n-t-km	3.268,9	– 0,9	+ 0,2
Einfuhr	Mill. n-t-km	4.682,8	+ 4,4	+ 6,7
Ausfuhr	Mill. n-t-km	3.528,8	+ 2,3	+ 3,1
Transit	Mill. n-t-km	3.732,8	+ 9,1	+ 7,3
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	99.902,3	+ 8,5	+ 5,3
Fuhrgewerbe	in t	25.701,4	+24,4	+ 8,2
Werkverkehr	in t	74.200,9	+ 3,9	+ 4,6
Schiffahrt ²⁾	1.000 t	9.848,4	+ 7,0	+ 7,9
Rohrleitungen, Mineralöl	Mill. n-t-km	8.109,8	+ 1,9	+ 2,9
Einfuhr und Inland	Mill. n-t-km	3.736,1	– 1,0	+ 1,4
Transit	Mill. n-t-km	4.373,7	+ 4,5	+ 4,4
Luftfahrt ³⁾	1.000 t	117,8	+ 4,5	+ 8,5
AUA ⁴⁾	1.000 t	43,8	+ 7,2	+ 7,1

¹⁾ Vorläufige Werte. – ²⁾ Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. – ³⁾ Schätzung. – ⁴⁾ Fracht, An- und Abflug.

insofern erstaunlich, als die ÖBB auf den Ausbau des Logistikangebotes mit vermehrten Dienstleistungen setzten. Um in diesem Bereich die Marktstellung zu festigen, kaufen die ÖBB Speditionsunternehmen auf.

Die nautischen Verhältnisse auf der Donauwasserstraße waren 1998 relativ günstig. Die Transportleistungen der Schiffahrt waren um 7% höher als im Vorjahr. Nach wie vor leidet die Transportnachfrage im Südostverkehr unter der Jugoslawienkrise. Die Transporte über den Rhein-Main-Donau-Kanal erreichten 1998 rund 7 Mill. t. Dies liegt noch weit unter den ursprünglichen Erwartungen von 20 Mill. t. Weiterhin kräftig stieg das Transportaufkommen der Luftfracht (+5% gegenüber 1997).

Über die Entwicklung des Straßengüterverkehrs im Jahr 1998 liegen derzeit noch keine Daten vor. Die lebhaftere Nachfrage nach Lastkraftwagen hielt an. 1998 meldete die Wirtschaft 28.956 Lkw (+6,5%) und 3.874 Sattel-fahrzeuge (+40,6%) neu an. Das Fuhrgewerbe erhöhte die Fahrzeuginvestitionen um 22%. Neben den Sattel-fahrzeugen waren vor allem schwere Lkw (+12,7%) gefragt. Die Durchsatzleistung der Mineralöl-Rohrleitungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,9% zu. Dabei verringerte sich der Einfuhr- und Binnenverkehr um 1%, der Transitverkehr stieg um 4,5%.

TOURISMUS BELEBT PERSONENVERKEHR

Nach mehreren Jahren kräftigen Rückgangs nahm die Zahl der Übernachtungen in Österreich 1998 gegenüber dem Vorjahr um 1,5% zu. Der Personenverkehr profitierte nicht nur von der günstigen Entwicklung des Reiseverkehrs, sondern auch vom Beschäftigungswachstum (+0,7%). Die Bahn hat bisher keine Daten über die Entwicklung des Personenverkehrs 1998 veröffentlicht. Die Tariferträge der Bahn aus dem Personenverkehr schrumpften, mit 6,75 Mrd. S wurde 1998 um 4,1% we-

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs 1998



niger eingenommen als 1997. Die städtischen Verkehrsbetriebe verzeichneten einen Frequenzzuwachs um 2½%. Die günstige Entwicklung der Wiener Linien (+0,8%) ist nicht nur dem laufend ausgebauten U-Bahn-

Personenverkehr

		1998	1998	Ø 1992/1997
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
Wiener Verkehrsbetriebe	Mill. Pers.	704,2	+0,8	+2,2
Luftfahrt ¹⁾	1.000 Pers.	13.672,4	+8,2	+7,6
AUA	1.000 Pers.	3.837,8	+9,4	+2,9

¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. Schätzung.

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	1998	1998	Ø 1992/1997
	Stück	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
<i>Pkw</i>	295.865	+ 7,6	- 6,0
Bis 1.500 cm ³	69.537	+ 8,3	+ 0,2
1.501 cm ³ und mehr	226.316	+ 7,4	- 1,5
<i>Lkw</i>	28.956	+ 6,5	+ 1,3
Bis 1.999 kg	24.932	+ 5,9	-16,3
2.000 bis 6.999 kg	1.210	+ 7,1	+ 4,6
7.000 kg und mehr	2.814	+12,7	+ 0,5
<i>Anhänger</i>	21.850	- 6,8	+ 6,0
Bis 2.999 kg	19.656	- 8,8	+ 2,4
3.000 bis 6.999 kg	470	+24,3	+ 3,6
7.000 kg und mehr	1.724	+13,8	+ 5,8
<i>Sattelfahrzeuge</i>	3.874	+40,6	+13,0

angebot, sondern auch der Parkraumbewirtschaftung im Wiener Kernraum zuzuschreiben. Immer mehr Tagespendler sind gezwungen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Ein anhaltend kräftiges Wachstum meldet die Luftfahrt: 1998 frequentierten 13,6 Mill. Fluggäste die österreichischen Flughäfen (+8% gegenüber 1997; die AUA verzeichneten einen Zuwachs von 9,4%).

Der Pkw-Markt erholte sich 1998. Es wurden 295.865 fabriksneue Pkw angemeldet, um 7,6% mehr als 1997. Wie bereits 1997 waren Klein-Pkw besonders gefragt (+35,8%). Auch große Pkw (Neuzulassungen +10,6%) wurden überdurchschnittlich häufig gekauft.

*Wilfried Puwein
Statistik: Erna Kerreich*

AGRARSEKTOR 1998: HÖHERE PRODUKTION, EINKOMMENSDRUCK HÄLT AN

Der Agrarsektor weitete seine Produktion 1998 gemessen am Volumen deutlich aus. Dem Werte nach fiel allerdings der agrarische Rohertrag leicht hinter das Vorjahresergebnis zurück. Die aus der Land- und Forstwirtschaft erwirtschafteten Einkommen sanken 1998 wie schon in den zwei vorangegangenen Jahren. Die Einbußen im Rohertrag gehen primär auf den Zusammenbruch des Schweinemarktes zurück. Die planmäßige Kürzung der degressiven Ausgleichszahlungen drückte die Agrareinkommen zusätzlich. Eine gute Weinernte, Einsparungen beim Zukauf von Betriebsmitteln und eine etwas reduzierte Belastung mit indirekten Steuern dämpften den Einbruch, glichen aber die Verluste nicht voll aus. Nach Produktionssparten war die Entwicklung 1998 ungewohnt stark differenziert: Die Verluste trafen ausschließlich die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft profitierte von der anhaltend guten Holzkonjunktur.

EINBRUCH DER SCHWEINEPREISE UND NIEDRIGERE DIREKTZAHLUNGEN DRÜCKEN AGRAREINKOMMEN

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung des WIFO von Ende März steigerte die Land- und Forstwirtschaft ihre Endproduktion 1998 zu Preisen der Jahre 1982/1984 berechnet mit +2,8% überdurchschnittlich und erreichte damit ihr bestes reales Ergebnis seit 1990. Der Zuwachs geht auf einen kräftigen Anstieg der Erträge im Pflanzenbau und aus der Tierhaltung zurück. Die Forstwirtschaft nahm trotz einer anhaltend guten Marktlage den Holzeinschlag deutlich zurück (14,03 Mill. efm, -4,7%).

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft

	1996	1997	1998	1996	1997	1998
	Ø 1982/1984 = 100			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzenbau	90,7	96,6	106,7	-5,1	+9,8	+7,1
Tierhaltung	96,8	96,3	99,4	+1,8	-0,5	+3,3
Landwirtschaft	94,9	97,3	101,7	-0,4	+2,6	+4,5
Forstwirtschaft	116,7	115,7	110,7	+8,0	-0,9	-4,2
Land- und Forstwirtschaft	98,6	100,5	103,2	+1,2	+1,9	+2,8
Minus Vorleistungen	101,1	102,9	102,5	+0,6	+2,0	-0,4
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	97,3	99,1	103,7	+1,5	+1,8	+4,6
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft	57,3	55,7	54,3	-4,7	-2,8	-2,5
Arbeitsproduktivität ¹⁾	169,8	178,0	191,0	+6,5	+4,8	+7,3
Landwirtschaftliche Nutzfläche	96,1	95,9	.	-0,1	-0,2	.
Flächenproduktivität netto ²⁾	98,4	101,2	.	+0,0	+2,8	.

Q: Eigene Berechnungen. 1998: vorläufige Werte. - ¹⁾ Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP zu Faktorkosten (real) je Beschäftigten. - ²⁾ Importbereinigte reale Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar.

AGRARPRODUKTION KRÄFTIG GESTIEGEN, PREISE GESUNKEN

Nach WIFO-Schätzungen stagnierten die Bezüge der Land- und Forstwirtschaft an Vorleistungen real trotz der Produktionssteigerung und eines Rückgangs der Betriebsmittelpreise. Die höhere Endproduktion und stagnierende Vorleistungsbezüge ließen den realen Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP mit +4,6% ungewohnt kräftig steigen. Gleiches gilt für die Arbeitsproduktivität im Agrarsektor.

Nach einem Anstieg im Vorjahr sanken die Agrarpreise einschließlich Holz 1998 um durchschnittlich etwa 4,3%. Landwirtschaftliche Produkte wurden u. a. wegen des höheren Angebotes um durchschnittlich 6,4% billiger. Die Konjunktur auf dem Holzmarkt hielt an. Im Jahresdurchschnitt erzielte Holz um 5,0% höhere Preise als im Vorjahr.

Nach Produkten entwickelten sich die landwirtschaftlichen Märkte und die Erzeugerpreise wie üblich unterschiedlich. Pflanzliche Erzeugnisse waren 1998 um durchschnittlich etwa 4,1% billiger als im Vorjahr. Dabei fiel der Rückgang der Weinpreise infolge der guten Ernte besonders ins Gewicht. Die Preise von Tieren und tierischen Erzeugnisse gaben um durchschnittlich rund 7,6% nach. Der europaweite Zusammenbruch der Schweinemarkte prägte die Entwicklung. Im Jahresmittel waren Mastschweine 1998 um über ein Viertel billiger als im Vorjahr. Schlachtrinder erzielten – nach der Erholung bis Anfang 1998 – im Jahresdurchschnitt 1998 um etwa 4,4% höhere Preise.

Die von den Agrarbetrieben zugekauften Vorleistungen wurden 1998 im Durchschnitt um rund 2,4% billiger. Diese Entwicklung wurde primär durch den Verfall der Preise von Eiweißfuttermitteln geprägt. Auch Treibstoffe und Stickstoffdünger wurden billiger. Investitionsgüter

waren um durchschnittlich 1,2% teurer als im Vorjahr. Die Austauschrelationen zwischen Agrarwaren und von der Land- und Forstwirtschaft zugekauften Vorleistungen und Investitionsgütern verschoben sich damit erheblich zu Lasten der agrarischen Urproduktion. Diese Öffnung der „Preisschere“ war mitverantwortlich für die Ertrags- und Einkommenseinbußen der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1998.

ROHERTRAGSWERT LEICHT RÜCKLÄUFIG

Die diskutierten Einbußen der agrarischen Erzeugerpreise übertrafen 1998 den realen Ertragszuwachs. Der Wert der Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft war daher mit rund 62,8 Mrd. S um etwa 1,0% geringer als im Vorjahr. Höhere Erträge im Pflanzenbau glichen den Rückgang in der Tierhaltung nur zum Teil aus. Der Rohertrag der Forstwirtschaft überstieg das gute Vorjahresergebnis nur knapp. Im Pflanzenbau (+5,8%) prägte der dank der guten Ernte viel höhere Ertrag aus dem Weinbau das Ergebnis. Auch Kartoffeln brachten dank der günstigen Marktlage bessere Erträge als im Vorjahr. Der Rohertrag aus den Sparten Getreide, Ölsaaten und Obst stagnierte; die Produzenten von Zuckerrüben und Gemüse erlitten Einbußen. Das Minus in der Tierhaltung (-5,1%) wurde durch den Einbruch der Erträge aus der Schweinemast geprägt. Die Schweinehalter büßten 1998 im Vergleich zum Vorjahr rund 2,3 Mrd. S und damit über ein Fünftel ihres Rohertrags ein. In den Jahren davor hatten die Mäster allerdings von einer ungewöhnlich langen und kräftigen Schweinehausaue profitiert, die durch verschiedene Sonderfaktoren gestützt wurde und den Markteinbruch 1998 wesentlich mitverursacht hat. Einbußen waren auch in der Eier- und Geflügelproduktion zu verzeichnen. Die Rinderhaltung und die Milchproduktion brachten hingegen höhere Roherträge.

Für den Ankauf von Vorleistungen wandten die Agrarbetriebe 1998 rund 27,5 Mrd. S auf, um 2,6% weniger als im Vorjahr. Diese Einsparungen glichen die leichten Rohertragseinbußen etwa aus, die Bruttowertschöpfung des Agrarsektors (Beitrag zum BIP) entsprach mit rund 35,3 Mrd. S (+0,4%) nahezu dem Ergebnis des Vorjahres. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am BIP blieb mit 1,4% unverändert.

DIREKTZAHLUNGEN WEITER GEKÜRZT

Die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe wurden im Zuge des EU-Beitritts für das Jahr 1995 auf rund 24,8 Mrd. S kräftig erhöht; seither sind sie jährlich gesunken. Der Rückgang ist primär auf die planmäßige Kürzung der befristeten und degressiv gestalteten Ausgleichszahlungen zurückzuführen. Diese Zahlungen sollten die Folgen des mit der Übernahme der GAP verbundenen Preisbruchs für die Bauern abfedern. Die substantielle jährliche Kürzung der Direktzahlungen prägte und

Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft

	1996	1997	1998	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Zu laufenden Preisen in Mill. S			1996	1997	1998
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzenbau	16.304	17.028	18.022	- 4,7	+ 4,4	+ 5,8
Tierhaltung	32.790	32.882	31.220	+ 2,4	+ 0,3	- 5,1
Landwirtschaft	49.094	49.910	49.242	- 0,1	+ 1,7	- 1,3
Forstwirtschaft	12.444	13.457	13.517	- 2,4	+ 8,1	+ 0,4
Land- und Forstwirtschaft	61.538	63.367	62.759	- 0,6	+ 3,0	- 1,0
Minus Vorleistungen	27.431	28.249	27.503	+ 4,8	+ 3,0	- 2,6
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	34.107	35.118	35.256	- 4,5	+ 3,0	+ 0,4
Plus Subventionen	22.667	20.299	18.659	- 8,5	-10,4	- 8,1
Minus indirekte Steuern ¹⁾	2.071	2.133	1.827	+38,8	+ 3,0	-14,3
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Faktorkosten)	54.703	53.284	52.088	- 7,3	- 2,6	- 2,2
Minus Abschreibungen	20.061	20.170	20.235	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3
Beitrag zum Volkseinkommen	34.642	33.114	31.853	-11,4	- 4,4	- 3,8
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft in %						
Zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	1,5	1,4	1,4			
Zum Volkseinkommen (zu Faktorkosten)	2,0	1,8	1,7			

Q: Eigene Berechnungen. 1998: vorläufige Werte. - ¹⁾ Einschließlich Nettozahllast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Umsatzsteuer aufgrund der Pauschalierung.

belastete die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft seit 1995 maßgeblich; dies trifft auch für das Jahr 1998 zu.

Für das Jahr 1998 wurden rund 18,7 Mrd. S an Subventionen an landwirtschaftliche Betriebe ausgeschüttet, um rund 1,6 Mrd. S oder 8,1% weniger als im Vorjahr. Der Rückgang geht wie erwähnt primär auf die Kürzung der degressiven Ausgleichszahlungen auf Bundesebene zurück. Die Umweltprogramme waren mit rund 7,8 Mrd. S um etwa 500 Mill. S höher dotiert als im Vorjahr.

Die Belastung der Land- und Forstwirtschaft mit indirekten Steuern sank 1998 auf rund 1,8 Mrd. S und lag damit um rund 300 Mill. S unter dem Spitzenwert des Vorjahres. Der dominierende Posten ist seit dem EU-Beitritt die Nettozahllast der Agrarbetriebe aus der Umsatzsteuerpauschalierung. Diese Nettobelastung mit Umsatzsteuer verringerte sich nach ersten Schätzungen des WIFO von 1,8 Mrd. S im Jahr 1997 auf rund 1,5 Mrd. S im Jahre 1998, weil die Agrarbetriebe weniger investierten.

Mit 1. Jänner 2000 ist eine Anhebung des agrarischen Vorsteuerpauschales von bisher 10% auf 12% (für Umsätze an Unternehmen) geplant. Dadurch wird die systemwidrige Belastung der für Zwecke der Umsatzsteuer pauschalieren kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe erheblich vermindert.

Die Abschreibungen für Ausrüstungen und Wirtschaftsgebäude stiegen 1998 nur leicht auf 20,2 Mrd. S (+0,3%). Der reale Kapitalstock der Agrarwirtschaft sinkt seit Jahren langsam. Die Investitionsgüterpreise stiegen 1998 um durchschnittlich etwa 1,2%.

Die kurz vorgestellten Entwicklungen in einzelnen Teilbereichen ergaben per Saldo 1998 einen Beitrag des Agrarsektors zum Volkseinkommen von rund 31,9 Mrd. S, um etwa 3,8% weniger als im Vorjahr. Dieser Betrag entspricht den aus der Land- und Forstwirtschaft insgesamt erwirtschafteten Einkommen einschließlich öffentlicher Beihilfen. Er steht zur Entlohnung aller im Agrarsektor eingesetzten Ressourcen zur Verfügung.

Der Rückgang der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft kam 1998 nicht unerwartet. Er wurde maßgeblich durch die planmäßige Kürzung der zur Abfederung der Folgen des EU-Beitritts den Bauern gewährten Ausgleichszahlungen bestimmt. Der dramatische Einbruch der Schweinepreise akzentuierte allerdings die Verluste entscheidend. (Traditionell wird rund ein Fünftel des gesamten landwirtschaftlichen Rohertrags aus der Schweinehaltung erwirtschaftet.) Der kräftige reale Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion, die anhaltend gute Holzkonjunktur sowie Einsparungen im Bereich der Vorleistungen und indirekten Steuern glichen diese Ausfälle nur zum Teil aus. Mit dem schwachen Ergebnis 1998 verzeichnete der Agrarsektor nunmehr bereits in drei aufeinanderfolgenden Jahren erhebliche Einbußen seiner Nettowertschöpfung.

EINBUSSEN AUCH FÜR DIE EUROPÄISCHE LANDWIRTSCHAFT

1998 war auch für die EU-Landwirtschaft ein schwaches Jahr. Nach Angaben von Eurostat (Stand Jänner 1999) sank das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit je Beschäftigten (gemessen als preisbereinigte Nettowertschöpfung zu Faktorkosten je Jahresarbeitseinheit, „Indikator 1“) im Durchschnitt der EU 15 um rund 3,7%. Der Rückgang geht auch in der EU primär auf sinkende Erzeugerpreise (europaweiter Einbruch der Schweinepreise) und eine Kürzung der Subventionen zurück. In Dänemark, Großbritannien, Portugal und in den Niederlanden waren die Ausfälle mit mehr als 10% am höchsten. Für Deutschland, Frankreich und Luxemburg wurde eine leichte Zunahme ermittelt. Die österreichische Landwirtschaft erzielte mit -4,2% ein knapp unterdurchschnittliches Ergebnis. (In den von Eurostat veröffentlichten Daten ist die Forstwirtschaft nicht enthalten.)

Der Rückgang der Einkommen der EU-Landwirtschaft im Jahre 1998 folgt ähnlichen Einbußen im Vorjahr. Allerdings lagen 1998 die realen Einkommen der EU-Landwirte im Durchschnitt noch um etwa 13% über dem Mittelwert der Jahre 1990/91, weil sie zwischen 1993 und 1996 kräftig gestiegen waren. Für die österreichischen Bauern trifft dies nicht zu, sie erlitten auch im Vergleich zu 1990/91 Verluste (-14%).

Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Selbständige und mithelfende Familienangehörige	Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	Beschäftigte ²⁾ insgesamt	Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtwirtschaft
	In 1.000			In %
1995	139,7	26,0	165,7	4,8
1996	132,0	25,9	157,9	4,6
1997	127,5	25,9	153,4	4,5
1998	124,0	25,6	149,6	4,3
Veränderung gegen das Vorjahr in % ³⁾				
1995	- 6,2	- 1,6	- 5,5	
1996	- 5,5	- 0,6	- 4,7	
1997	- 3,4	+ 0,1	- 2,8	
1998	- 2,7	- 1,1	- 2,5	

Q: Berechnungen des WIFO; ab 1992 vorläufige Werte. Es gelten die Definitionen der jeweils letzten Volkszählung (für 1951 bis 1971: Definition der Volkszählung 1971). Die Fortschreibung ab 1992 stützt sich auf Daten der Sozialversicherung der Bauern (für Selbständige und mithelfende Familienangehörige) sowie auf Angaben des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. - ¹⁾ Ab 1987 ohne Präsenzdiener, Karenzurlaubsgeldbezieher usw. - ²⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte. - ³⁾ Berechnung der Veränderungsdaten mit ungerundeten Werten.

INVESTITIONSBOOM FLAUT AB

Nach einem Rückgang in der ersten Hälfte der neunziger Jahre und einer „EU-Starre“ im Jahre 1995 stieg die Investitionsbereitschaft der agrarischen Betriebe ab Anfang 1996 sprunghaft und verstärkte sich 1997 weiter. Seit Anfang 1998 flaut dieser Investitionsboom wieder ab. Die Investitionen der Land- und Forstwirtschaft in Ausrüstungen und Wirtschaftsgebäude waren allerdings auch 1998 überdurchschnittlich.

Die überraschend hohe Investitionswelle in den Jahren 1996 und 1997 hat zwei Gründe: Die Übernahme der EU-Strukturpolitik verbesserte die Investitionsförderung für die Bauern. Dies stimulierte und erleichterte den Versuch eines Teils der bäuerlichen Betriebe, durch außergewöhnliche Investitionsanstrengungen strukturell gegenüber den Mitbewerbern auf dem EU-Binnenmarkt aufzuholen („Sprung nach vorne“) und damit ihre Wettbewerbsposition zu sichern. Diese Strategie birgt das Risiko teurer und das Einkommen der bäuerlichen Familien belastender Fehlinvestitionen.

ABWANDERUNG AUS DER LANDARBEIT SEIT 1996 RÜCKLÄUFIG

Im Zuge des bekannten Strukturwandels verliert die Agrarwirtschaft längerfristig Arbeitskräfte, ihr Anteil an den Beschäftigten sinkt. Allerdings verläuft diese Entwicklung nicht gleichmäßig. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre sank die Arbeitskräftezahl in der Land- und Forstwirtschaft mit -5½% bis -6% jährlich viel stärker als in den Jahren und Jahrzehnten davor. Seit Anfang 1996 verlangsamt sich die Abwanderung aus der Landarbeit wieder. Diese Tendenz war überraschend ausgeprägt und hielt bis etwa Ende 1998 an. Ab der Jahreswende 1998/99 dürfte sich die Abwanderung auf

niedrigem Niveau stabilisieren. 1998 waren nach Berechnungen des WIFO im Jahresdurchschnitt rund 149.600 Personen hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, um 2,4% weniger als im Vorjahr. Dies ist der geringste jährliche Rückgang seit Mitte der achtziger Jahre. Zugleich lag die Abnahmerate 1998 weit unter dem längerfristigen Mittel von rund -3½% bis -4% jährlich.

Die Ursachen der zwischen Anfang 1996 und Ende 1998 beobachteten erheblichen Verlangsamung der Abnahme des agrarischen Arbeitskräftepotentials sind vielfältig: zunehmende Probleme auf dem Arbeitsmarkt, die ersten Erfahrungen mit der GAP und darauf basierend eine nüchternere Einschätzung der Chancen und Risiken auf dem EU-Binnenmarkt (Lösung aus der „EU-Starre“), eventuell auch demographische Aspekte.

REFORM DER GAP VEREINBART

Der Europäische Rat von Berlin vereinbarte im März 1999 im Rahmen seiner Beschlüsse zur „Agenda 2000“ u. a. Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Darin sind Kürzungen der institutionellen Preise für Getreide (-15%), Rindfleisch (-20%) und Milch (-15%) vorgesehen, die schrittweise und teils verzögert (Milch in drei Schritten ab 2005) umgesetzt werden sollen. Neue und zum Teil höhere Direktzahlungen sowie eine Aufstockung der Milchquote sollen die Ertrags- und Einkommenseinbußen der Landwirte zum Teil ausgleichen. Das Agrarbudget soll im Durchschnitt der Periode bei 40,5 Mrd. Euro stabilisiert werden (zu Preisen von 1999, ohne Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raumes und ohne Veterinärausgaben).

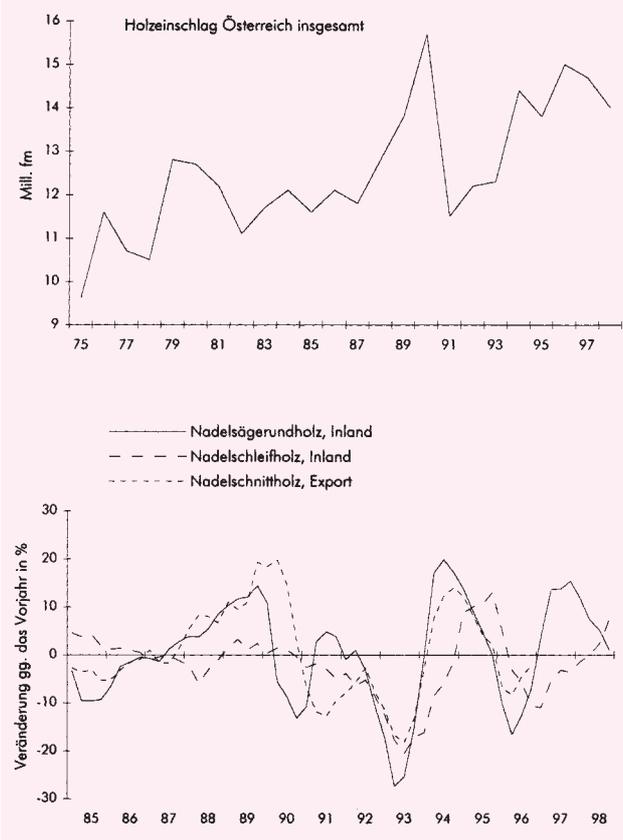
Matthias Schneider
Statistik: Dietmar Weinberger

STABILER HOLZMARKT

Der seit 1996 anhaltende Aufschwung der Schnittholzkonjunktur hielt bis ins Frühjahr 1998 an. Er war sowohl von der Export- als auch von der inländischen Nachfrage getragen. Im Sommer 1998 schwächten sich die heimische Baukonjunktur und die Schnittholzexporte ab. Die Schnittholzpreise gaben im Inland im Laufe des Jahres kaum nach und waren im Jahresdurchschnitt um 1,6% höher als 1997. Die Preise von Sägerundholz erreichten bereits im Februar ihren jährlichen Höchstwert, sanken dann bis August leicht und festigten sich im Herbst wieder. Mit 1.090 S je fm lag der jährliche Durchschnittspreis 1998 um 6,3% über dem Vorjahreswert.

Der Produktionswert der Holzbe- und -verarbeitung (ohne Herstellung von Möbeln) sank um 1,5%. Die Zahl der Beschäftigten wurde in dieser Branche im Laufe des

Holzversorgung und Holzpreise



Jahres um 5,3% reduziert. Der Produktionswert der Papierindustrie war 1998 um 7% höher als 1997. Die Zellstoffkonjunktur ließ aber im Laufe des Jahres spürbar nach. Die Zahl der Beschäftigten sank um 1,2%. Ende 1998 waren die Auftragsbestände der Papierindustrie um 24% niedriger als vor einem Jahr. Besonders stark verringerten sich die Aufträge aus Drittstaaten. Die Schleifholzpreise verbesserten sich bis Jahresende. Im Jahresdurchschnitt waren die Preise um 2,1% höher als 1997.

Die Forstwirtschaft erntete 1998 14 Mill. fm Holz (-4,7% gegenüber 1997). Der Einschlag entsprach damit wieder dem längerfristigen Trendwert. Zum Rückgang trug der verminderte Schadholzanteil bei, 1998 fiel um 29% weniger Schadholz an als 1997. Ohne die Zwangsnutzung schlagerte die Forstwirtschaft um 4,3% mehr als 1997. Nach dem relativ hohen Einschlag im Vorjahr drosselten die Bundesforste die Schlägerungen stark (-19%). Die übrigen Forstbetriebe mit einer Waldfläche von mehr als 200 ha schlagerten um 4½% weniger, der Einschlag im bäuerlichen Wald verfehlte das Ergebnis von 1997 nur knapp.

Die regionale Einschlagsentwicklung wurde durch den unterschiedlichen Schadholzanfall 1997 und die Einschlagspolitik der Bundesforste geprägt. Vorarlberg (-11,9%), Niederösterreich (-10,4%) und Salzburg (-10,2%) meldeten den größten Einschlagsrückgang. In

Holzeinschlag

	1996	1997	1998	1996	1997	1998
	1.000 fm ohne Rinde			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Starknutzholz	8.195	8.530	8.165	+ 1,4	+ 4,1	- 4,3
Schwachnutzholz	3.018	2.772	2.692	+13,2	- 8,2	- 2,9
Brennholz	3.797	3.424	3.176	+24,1	- 9,8	- 7,2
Insgesamt	15.010	14.726	14.033	+ 8,7	- 1,9	- 4,7

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Tirol (-4,0%), Kärnten (-3,2%), Oberösterreich (-2,0%) und in der Steiermark (-0,9%) ging die Holzernte unterdurchschnittlich stark zurück. Die Endproduktion der Forstwirtschaft erreichte 1998 nach vorläufigen Berechnungen des WIFO nominell rund 13,5 Mrd. S, gleich

viel wie im Vorjahr. Die Durchschnittserlöse der Forstwirtschaft stiegen um rund 4,7%, das Volumen war um 4,7% geringer als 1997.

Die Sägeindustrie erwartet für 1999 einen anhaltend stabilen Holzmarkt. Gestützt wird diese Erwartung auf die rege Hausbautätigkeit in den USA (Jänner 1999 +17% gegenüber 1998), die Belebung der Baukonjunktur in Japan und die beschränkte Lieferfähigkeit der kanadischen und russischen Schnittholzexporteure. Die Prognosen für Italien, den wichtigsten Absatzmarkt Österreichs, sind ebenfalls günstig. Billige Kredite beleben den Wohnungsneubau, die Schnittholzlager der Importeure sind relativ niedrig.

Wilfried Puwein

Statistik: Dietmar Weinberger

Slowdown in World Economy Dampens Economic Activity in Austria – Summary

With a growth rate of 3.3 percent, Austria's economy performed well in 1998. The driving force of the economic upswing in the first half of the year was the boom in exports; in the early fall, however, export growth weakened considerably as a result of the international financial crisis. Even though consumer spending picked up markedly in the course of the year, the rise in domestic demand proved insufficient to offset the shortfall in foreign demand, and economic activity slowed down in the second half of 1998. The plunge in prices of raw materials and of crude oil resulted in a further moderation of inflation. The favourable performance of Austria's economy is also reflected in a robust expansion of employment, which unfortunately did not match the rise in labour supply; thus, unemployment continued on its upward trend.

Economic activity in the first half of the year was determined by the lively demand from abroad. Exports, growing at two-digit rates, boosted industrial output. Capital spending also expanded rapidly; investment in construction benefited from the mild weather in the first quarter of the year and from a boom in the renovation and modernisation business.

The economic upturn which began in 1997 came to a standstill in the second half of 1998, as foreign demand dropped off sharply under the impact of the financial and currency crises. Still, the balance in the current account improved in 1998, thanks to the good performance of Austria's tourism sector. Foreign exchange receipts from international travel rose by ATS 8 billion.

Consumer spending, though firming up in the course of the year, remained subdued, only partly offsetting

the impact of the export deceleration on GDP. The slight recovery in consumer expenditures was supported by the rise in disposable income – the first after two meagre years – and an exceptionally low rate of inflation.

With the goal of meeting the Maastricht criteria, fiscal policy had reduced the public deficit from 3.7 percent of GDP in 1996 to 1.9 percent in 1997. This stance was not maintained in 1998. Despite the pick-up in economic activity, the general government deficit reached 2.1 percent of GDP.

The economic upturn had a positive impact on labour demand. Dependent employment (excluding persons in military service and on parental leave) rose by 29,800 persons. A large part of this gain is due to the expansion of part-time employment in the service sector. The rise in employment did not yet match the increase in the labour supply, and unemployment rose slightly.

With a rate of 0.9 percent, the rise in consumer prices hit a record low since 1955. While the inflation slowdown in 1997 was mainly due to the lagged effects of Austria's accession to the EU, the price stabilisation in 1998 can be attributed to the plunge in prices of raw materials as well as to the liberalisation of some service sectors (electricity, telecommunication).

With a growth rate of 3.3 percent, Austria's economy is in the top group of EU countries. Real GDP expanded about ½ percentage point faster than in the EU on average; Austria's economy also grew faster than Germany's, where the construction and tourism sector fared considerably worse.